

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 - 52200 - 251/53 III

Bonn, den 21. Februar 1953

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anbei übersende ich den

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung steuer-
licher Vorschriften und zur Sicherung der
Haushaltsführung**

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Bundestages herbeizuführen (Anlage 1).

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 101. Sitzung am 20. Februar 1953 die sich aus der Anlage 2 ergebenden Bemerkungen und Änderungen zur Vorlage gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen.

Die Bundesregierung hat zu den Bemerkungen und Änderungsvorschlägen des Bundesrates nach der Anlage 3 Stellung genommen.

Ich wäre dankbar, wenn der vorbezeichnete Gesetzentwurf in der Sitzung des Plenums am 26. Februar 1953 behandelt werden könnte.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Entwurf eines Gesetzes

zur Änderung steuerlicher Vorschriften

und zur Sicherung der Haushaltsführung

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Teil

Änderung steuerlicher Vorschriften

ABSCHNITT I

Einkommensteuer

Artikel 1

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 33) in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes (ESt- und KSt-Ergänzungsgesetz) vom 20. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 302),
des Gesetzes über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz — LAG —) vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446),
des Ersten Gesetzes zur Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes vom 10. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 789),
des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 793),
des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes vom (Bundesgesetzbl. I S.) und

des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Vorfinanzierung des Lastenausgleichs vom (Bundesgesetzbl. I S.)

wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Im § 4 erhält der Absatz 4 die folgende Fassung:

„(4) Betriebsausgaben sind die Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt sind, soweit sie bei wirtschaftlicher Führung des Betriebs unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung nicht als unangemessen anzusehen sind.“

2. § 7 c wird wie folgt geändert:

- a) Im Absatz 1 werden

aa) im Satz 1 hinter den Worten „wenn die Zuschüsse oder Darlehen“ die Worte „unter den in den Absätzen 2 bis 6 bezeichneten Voraussetzungen vor dem 1. Januar 1955“ eingefügt und

bb) der folgende Buchstabe g angefügt:
„g) private Bauherren zur Errichtung eines Eigenheims.“

- b) Absatz 2 wird durch die folgenden Absätze 2 bis 6 ersetzt:

„(2) Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit ist

1. bei Zuschüssen und Darlehen, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen, und außerdem

2. bei Darlehen,
daß sie innerhalb von drei Jahren
nicht zurückgezahlt oder beliehen
werden.

(3) Die Zuschuß- und Darlehnsnehmer
müssen die empfangenen Zuschüsse und
Darlehen unverzüglich und unmittelbar
zum Bau von Wohnungen im Sinn des § 7
Abs. 1 und 2 des Ersten Wohnungs-
baugesetzes vom 24. April 1950 (Bun-
desgesetzbl. S. 83) verwenden. Die Or-
gane der staatlichen Wohnungspolitik
sind berechtigt, die Zuschüsse und Dar-
lehen an solche im Absatz 1 bezeich-
neten Empfangsberechtigten weiterzu-
geben, die die Zuschüsse und Darlehen
unverzüglich und unmittelbar zum
Bau von Wohnungen im Sinn des Sat-
zes 1 verwenden. Voraussetzung hier-
für ist, daß die Zuschüsse und Darle-
hen unverzüglich und die Darlehen
außerdem unter den gleichen Bedin-
gungen weitergegeben werden, zu
denen die Organe die Darlehen
empfangen haben. Beträge, die an das
Organ zurückgezahlt worden sind,
dürfen bis zu ihrer Rückzahlung an
den Darlehnsgeber nur zur Förderung
von Wohnungen im Sinn des Satzes 1
verwendet werden.

(4) Die Zuschüsse und Darlehen sind
für jede geförderte Wohnung im Sinn
des Absatzes 3 Satz 1 bis zum Betrag
von 7000 Deutsche Mark, im Fall des
Absatzes 1 Buchstabe g bis zum Betrag
von 10 000 Deutsche Mark abzugsfähig.
Dies gilt auch, wenn der Bau einer
Wohnung durch mehrere Steuerpflich-
tige gefördert wird. Zum Nachweis
der im Absatz 1 Buchstabe f, im Ab-
satz 3 Satz 1 und in den Sätzen 1 und
2 bezeichneten Voraussetzungen ist
eine Bescheinigung der nach § 10 des
Ersten Wohnungsbaugesetzes bestimm-
ten Stelle vorzulegen.

(5) Die Zuschüsse und Darlehen
können als Betriebsausgaben höchstens
bis zu 15 vom Hundert des Gewinns,
der sich vor Abzug der Zuschüsse und
Darlehen im Sinn dieser Vorschrift und
im Sinn der §§ 7 d Abs. 2 und 7 f für
das Wirtschaftsjahr ergibt, abgezogen
werden. Das gilt nicht, soweit der
Steuerpflichtige durch Zuschüsse und
Darlehen den Bau von Wohnungen für
seine Arbeitnehmer fördert.

(6) Beträge, die zur Tilgung von ab-
zugsfähigen Darlehen gezahlt werden,
stellen beim Darlehnsgeber Betriebs-
einnahmen dar.“

3. § 7 d wird wie folgt geändert:

- a) Im Absatz 1 wird hinter Satz 2 der
folgende Satz eingefügt:

„Wird von der Bewertungsfreiheit
nach Satz 1 Gebrauch gemacht, so
sind die Absetzungen für Abnutzung
nach § 7 in gleichen Jahresbeträgen
vorzunehmen.“

- b) Absatz 2 erhält die folgende Fassung:

„(2) Steuerpflichtige, die den Ge-
winn auf Grund ordnungsmäßiger
Buchführung ermitteln, können Zu-
schüsse und unverzinsliche Darlehen,
sonstige Steuerpflichtige können Zu-
schüsse zur Förderung des Schiff-
baus im Jahr der Hingabe als Be-
triebsausgaben oder Werbungskosten
absetzen. Die Zuschüsse und Darle-
hen können als Betriebsausgaben
höchstens bis zu 15 vom Hundert
des Gewinns, der sich vor Abzug der
Zuschüsse und Darlehen im Sinn die-
ser Vorschrift und im Sinn der
§§ 7 c und 7 f für das Wirtschafts-
jahr ergibt, abgezogen werden. Die-
ser Satz erhöht sich für Zuschüsse
und Darlehen zur Förderung von
Neubauten, die im Rahmen eines
Schiffbauprogramms der Bundesre-
gierung mit Hilfe von Bundesmitteln
durchgeführt werden, auf 50 vom
Hundert. Die Abzugsfähigkeit der
Zuschüsse und Darlehen zur Förde-
rung der bezeichneten Neubauten
beschränkt sich auf insgesamt 150
Millionen Deutsche Mark für jedes
Kalenderjahr. Voraussetzung für die
Abzugsfähigkeit ist

1. bei Zuschüssen und Darlehen, daß

a) sie weder unmittelbar noch
mittelbar in wirtschaftlichem
Zusammenhang mit der Auf-
nahme eines Kredits stehen,

b) sie vor dem 1. Januar 1955
einem Unternehmer für den
von ihm bei einer Werft
im Geltungsbereich des Grund-
gesetzes oder in Berlin (West)
in Auftrag gegebenen Bau oder
Umbau eines zum Erwerb

durch die Schifffahrt dienenden Schiffs gegeben werden,

- c) der Bau oder Umbau des Schiffs als im Jahr der Hingabe schiffahrts- oder fischerei-politisch förderungswürdig anerkannt ist,

- d) sie als den zu fördernden Zwecken dienlich anerkannt sind, und außerdem

2. bei Darlehen,

daß sie innerhalb von drei Jahren nicht zurückgezahlt oder beliehen werden.

Der Nachweis für die in Ziffer 1 Buchstaben b bis d bezeichneten Voraussetzungen wird durch eine Bescheinigung erbracht, die bei Fischerfahrzeugen vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und bei allen anderen Schiffen vom Bundesminister für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und der obersten Verkehrsbehörde des Landes, in dem der Unternehmer seinen Sitz hat, erteilt wird. Beträge, die zur Tilgung von abzugsfähigen Darlehen gezahlt werden, stellen beim Darlehnsgeber Betriebseinnahmen dar.“

4. § 9 a wird gestrichen.

5. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Ziff. 2 werden

- aa) im Buchstaben c hinter dem Wort „Aufwendungen“ die Worte „vor dem 1. Januar 1955“ eingefügt und die Worte „wenn hierzu keine fremden Mittel verwandt werden“ gestrichen;

- bb) im Buchstaben d die Worte „worden ist und hierzu keine fremden Mittel verwandt werden“ durch die Worte „und der Vertrag vor dem 1. Januar 1955 abgeschlossen worden ist“ ersetzt;

cc) die folgenden Sätze angefügt:

„Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit dieser Aufwendungen ist, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen.

Für die in den Buchstaben a und b bezeichneten Beiträge zu Versicherungen auf den Lebensfall und an Bausparkassen ist außerdem Voraussetzung, daß die Versicherungssumme oder das Baudarlehen weder ganz noch zum Teil vor Ablauf von drei Jahren nach dem Abschluß des Versicherungs- oder Bausparvertrags ausgezahlt werden. Bei einer Auszahlung vor Ablauf von drei Jahren wird eine Nachversteuerung nach Maßgabe einer Rechtsverordnung durchgeführt. Das gleiche gilt, wenn vor Ablauf von drei Jahren die Ansprüche aus dem Versicherungs- oder dem Bausparvertrag beliehen werden;“.

- b) Im Absatz 2 erhält die Ziffer 3 mit Wirkung vom 1. Januar 1955 die folgende Fassung:

„Für die Sonderausgaben im Sinn des Absatzes 1 Ziff. 2 gilt folgendes:

- a) Die Aufwendungen sind bis zu einem Jahresbetrag von 1000 Deutsche Mark in voller Höhe abzugsfähig. Dieser Betrag erhöht sich um je 500 Deutsche Mark im Jahr für die Ehefrau und für jedes Kind im Sinn des § 32 Abs. 4 Ziff. 4, für das dem Steuerpflichtigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird;

- b) bei Steuerpflichtigen, die mindestens vier Monate vor dem Ende des Veranlagungszeitraums das 50. Lebensjahr vollendet haben und in deren Einkommen überwiegend Einkünfte aus selbständiger Arbeit oder aus nichtselbständiger Arbeit enthalten sind, erhöhen sich der im Buchstaben a Satz 1 bezeichnete Jahresbetrag von 1000 Deutsche Mark auf 2000 Deutsche Mark und der im Buchstaben a Satz 2 bezeichnete Betrag von je 500 Deutsche Mark auf je 1000 Deutsche Mark.“

- 6. Im § 32 erhält der Absatz 1 die folgende Fassung:

„(1) Die zu veranlagende Einkommensteuer bemißt sich nach der Anlage 1

zu diesem Gesetz (Einkommensteuertabelle). Dabei gilt das folgende:“.

7. § 32 b wird gestrichen.

8. Im § 33 Abs. 2 werden die Worte „für die Wiederbeschaffung notwendigen Hausrats und notwendiger Kleidung behandelt“ durch die Worte „behandelt, die vor dem 1. Januar 1955 für die Wiederbeschaffung notwendigen Hausrats und notwendiger Kleidung gemacht werden“ ersetzt.

9. Im § 33 a wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Der Freibetrag nach Absatz 1 wird letztmals für den Veranlagungszeitraum 1954 gewährt.“

10. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Im Absatz 1 erhält der Satz 1 die folgende Fassung:

„Die Lohnsteuer bemißt sich nach der Anlage 2 zu diesem Gesetz (Jahreslohnsteuertabelle).“

b) Im Absatz 6 werden die Worte „Die Höhe“ durch die Worte „Die Berechnung“ ersetzt und die folgende Ziffer 5 angefügt:

„5. wenn die im Laufe des Kalenderjahrs einbehaltene Lohnsteuer die auf den Arbeitslohn des Kalenderjahrs nach der Jahreslohnsteuertabelle entfallende Lohnsteuer übersteigt (Lohnsteuer-Jahresausgleich).“

11. § 41 wird wie folgt geändert:

a) Im Absatz 1 werden

aa) mit Wirkung ab 1. Januar 1954 in Ziffer 2 die Worte „Buchstaben a und b“ und die Ziffer 3 und

bb) mit Wirkung ab 1. Januar 1955 die Ziffer 5 gestrichen.

b) Im Absatz 2 wird der folgende Satz angefügt:

„Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, daß die nach Absatz 1 vom Arbeitslohn abzuziehenden Beträge ohne Eintragung auf der Lohnsteuerkarte im Laufe

des Kalenderjahrs oder in einem besonderen Verfahren nach Ablauf des Kalenderjahrs berücksichtigt werden.“

12. In § 46 Abs. 1 Ziff. 3 wird die Zahl „3600“ durch die Zahl „7200“ ersetzt.

13. Im § 47 erhält der Absatz 2 die folgende Fassung:

„(2) Ist die Einkommensteuerschuld größer als die Summe der Beträge, die nach Absatz 1 anzurechnen sind, so ist der Unterschiedsbetrag, soweit er den im Veranlagungszeitraum fällig gewordenen, aber nicht entrichteten Vorauszahlungen entspricht, sofort, im übrigen innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheids zu entrichten (Abschlußzahlung).“

14. Im § 50 erhält Absatz 7 die folgende Fassung:

„(7) Die Absätze 1 bis 6 mit Ausnahme des Absatzes 3 Satz 2 gelten auch im Fall des § 1 Abs. 3.“

15. § 51 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Ziff. 1 erhält der Wortlaut vor dem Buchstaben a die folgende Fassung:

„1. zur Durchführung dieses Gesetzes für die Veranlagungszeiträume 1953 bis 1955, bei den Steuerabzügen (§§ 38 bis 45 a) auch für das Kalenderjahr 1956, Rechtsverordnungen zu erlassen, soweit dies zur Wahrung der Gleichmäßigkeit bei der Besteuerung, zur Beseitigung von Unbilligkeiten in Härtefällen oder zur Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens erforderlich ist, und zwar:“.

b) In Absatz 1 Ziff. 2 werden die folgenden Buchstaben i und k angefügt:

„i) über die Bewertungsfreiheit für geringwertige Anlagegüter,

k) über die Durchführung des § 7f;“.

c) Absatz 1 Ziff. 3 erhält die folgende Fassung:

„3. die in den §§ 3, 3 a Ziff. 4, § 7 c Abs. 1, § 10 Abs. 1 Ziff. 2, §§ 29, 31, 39, 41 Abs. 2, §§ 42 und 50 vorgesehenen Rechtsverordnungen zu erlassen.“

- d) Absatz 2 wird gestrichen; Absatz 3 wird Absatz 2.
16. Die Anlage zu § 32 und § 39 wird durch die folgenden Anlagen 1 und 2 ersetzt:
- „Anlage 1
(zu § 32)
Einkommensteuertabelle¹⁾
- Anlage 2
(zu § 39)
Jahreslohnsteuertabelle¹⁾

Artikel 2

§ 43 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 54) in der Fassung der Verordnung zur Änderung und zur Verlängerung der Geltungsdauer einkommensteuerlicher, lohnsteuerlicher und körperschaftsteuerlicher Durchführungsvorschriften vom 23. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 598) wird mit Wirkung vom 1. Mai 1953 gestrichen.

Artikel 3

Die Vorschriften über die Gewährung eines Landarbeiterfreibetrags (§ 4 der Zweiten Verordnung über die Vereinfachung des Lohnabzugs vom 24. April 1942 — Reichsgesetzbl. I S. 252 —) sind für Lohnzahlungszeiträume, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes enden, nicht mehr anzuwenden.

Artikel 4

- (1) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 3, Buchstabe a, Ziff. 4, 7, 12, 13 und 14 sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1953 anzuwenden.
- (2) Die Vorschrift des Artikels 1 Ziff. 1 ist erstmals auf Aufwendungen anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bewirkt werden.
- (3) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 2 und 3 Buchstabe b sind mit Ausnahme der Vorschriften über die Begrenzung der Abzugsfähigkeit (§ 7 c Abs. 5 und § 7 d Abs. 2

Sätze 2 bis 4 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung dieses Gesetzes) erstmals auf Zuschüsse und unverzinsliche Darlehen anzuwenden, die nach dem 30. April 1953 hingegeben worden sind. Die Begrenzung der Abzugsfähigkeit gilt erstmals für Wirtschaftsjahre, die nach dem 30. April 1953 enden; bei der Ermittlung des Gewinns für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Mai 1953 begonnen haben, können die Zuschüsse und unverzinslichen Darlehen aber mindestens in der Höhe abgezogen werden, in der sie vor dem 1. Mai 1953 hingegeben worden sind.

(4) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 5 Buchstabe a sind erstmals auf Sonderausgaben anzuwenden, die auf Grund von Verträgen geleistet werden, die nach dem 30. April 1953 abgeschlossen worden sind.

(5) Die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 6, 10 Buchstabe a und Ziff. 16 gelten ab 1. Mai 1953. Beim Steuerabzug vom Arbeitslohn sind die Vorschriften des Artikels 1 Ziff. 10 Buchstabe a und Ziff. 16 erstmals auf den Arbeitslohn anzuwenden, der für einen Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, der nach dem 30. April 1953 endet. Bei sonstigen, insbesondere einmaligen Bezügen sind diese Vorschriften auf den Arbeitslohn anzuwenden, der dem Steuerpflichtigen nach dem 30. April 1953 zufließt.

(6) Für den Veranlagungszeitraum 1953 beträgt die Einkommensteuer ein Drittel des Jahresbetrags der Einkommensteuer, die sich bei Anwendung der Grundtabelle A und der Tabelle B (Anlage zu § 32 und § 39 des Einkommensteuergesetzes) in der bis zum 30. April 1953 geltenden Fassung ergibt, zuzüglich zwei Drittel des Jahresbetrags der Einkommensteuer, die sich bei Anwendung der Einkommensteuertabelle in der Fassung dieses Gesetzes ergibt. Für die Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs für das Kalenderjahr 1953 ist die Jahreslohnsteuer entsprechend zu berechnen. Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung die sich hiernach für das Kalenderjahr 1953 ergebende Einkommensteuertabelle und Jahreslohnsteuertabelle bekanntzumachen.

(7) Für die Veranlagungszeiträume 1951 und 1952 ist § 32 b des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 20. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 302) mit der Maßgabe anzuwenden, daß bei der erstmaligen Inanspruchnahme für den Veranlagungszeitraum

¹⁾ Siehe Anhang.

1951 die nach § 32 b Abs. 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes zu erfüllenden Voraussetzungen lediglich in den Veranlagungszeiträumen 1951 und 1952 und bei erstmaliger Inanspruchnahme für den Veranlagungszeitraum 1952 lediglich in diesem Veranlagungszeitraum vorliegen müssen. Die im § 32 b Abs. 1 Satz 3 des Einkommensteuergesetzes vorgesehene Bindung endet mit dem Veranlagungszeitraum 1952. Der noch vorhandene Gesamtbetrag des während der Anwendung des § 32 b des Einkommensteuergesetzes nicht entnommenen Gewinns ist für den Veranlagungszeitraum 1953 nachzuversteuern. Bei der Nachversteuerung ist § 34 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, daß auf den nachzuversteuernden Betrag höchstens ein Steuersatz von 20 vom Hundert anzuwenden ist.

Artikel 5

(1) Eine Nachversteuerung nach § 10 Abs. 1 Ziff. 3 und § 32 a des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 1949 (WiGBl. S. 266) ist letztmals für den Veranlagungszeitraum 1952 durchzuführen.

(2) Die Verpflichtung zur Nachversteuerung von Mehrentnahmen nach § 10 a und § 32 a des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. 1951 I S. 1) kann auf Antrag durch Zahlung von 10 vom Hundert des am Ende des Veranlagungszeitraums 1952 noch vorhandenen besonders festgestellten Betrags (§ 10 a Abs. 1 letzter Satz und § 32 a Abs. 2 Ziff. 1 des Einkommensteuergesetzes in der bezeichneten Fassung) abgelöst werden. Der Antrag ist bis zum Ablauf der Steuererklärungsfrist für den Veranlagungszeitraum 1953 zu stellen. Die Ablösung ist bei der Veranlagung für den Veranlagungszeitraum 1953 durchzuführen. Ist für den Veranlagungszeitraum 1953 eine Nachversteuerung nach Artikel 4 Abs. 7 vorzunehmen, so kann auf Antrag die Ablösung nach Satz 1 bei der Veranlagung für den Veranlagungszeitraum 1954 durchgeführt werden.

ABSCHNITT II

Körperschaftsteuer

Artikel 6

Das Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 1952 (Bun-

desgesetzbl. I S. 305) in der Fassung des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 793) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Im Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „des Absatzes 2“ durch die Worte „der Absätze 2 und 3“ ersetzt.

b) Der folgende Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Die Körperschaftsteuer ermäßigt sich bei unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften (§ 1 Abs. 1 Ziff. 1) für die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen auf 40 vom Hundert des Einkommens. Berücksichtigungsfähige Ausschüttungen sind die auf Grund eines Gewinnverteilungsbeschlusses vorgenommenen Gewinnausschüttungen für Wirtschaftsjahre, deren Ergebnisse bei der Veranlagung berücksichtigt sind, soweit in diesen Gewinnausschüttungen keine Gewinnanteile enthalten sind, die bei den Gesellschaftern nach § 9 außer Ansatz bleiben; bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung bleiben Gewinnausschüttungen außer Betracht, die 8 vom Hundert des eingezahlten Stammkapitals (Nennkapitals) übersteigen. Im Fall der Mindestbesteuerung ermäßigt sich die Körperschaftsteuer für die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen auf 40 vom Hundert des Einkommens. Weicht das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr ab, so sind die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen in dem im § 5 Abs. 2 Satz 2 bezeichneten Verhältnis auf die Kalenderjahre aufzuteilen.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und erhält den folgenden Zusatz:

„Soweit die Körperschaftsteuer in den Fällen der Ziffern 2 und 4 60 vom Hundert des Einkommens beträgt, ist Absatz 2 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen nur mit dem Teil anzusetzen sind, der dem Verhältnis des mit 60 vom Hundert zu versteuernden Teils des Einkommens zum gesamten Einkommen entspricht.“

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

2. In § 23 a Abs. 1 Ziff. 1 erhält der Wortlaut vor dem Buchstaben a die folgende Fassung:

„1. zur Durchführung dieses Gesetzes für die Veranlagungszeiträume 1953 bis 1955 Rechtsverordnungen zu erlassen, soweit dies zur Wahrung der Gleichmäßigkeit bei der Besteuerung, zur Beseitigung von Unbilligkeiten in Härtefällen oder zur Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens erforderlich ist, und zwar:“.

Artikel 7

Die Vorschriften des Artikels 6 Ziff. 1 sind erstmals für den Veranlagungszeitraum 1953 anzuwenden.

ABSCHNITT III

Ermächtigung zur Verlängerung der Geltungsdauer von Durchführungsvorschriften zum Einkommensteuergesetz und zum Körperschaftsteuergesetz

Artikel 8

Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ergangenen Rechtsverordnungen durch Rechtsverordnung weiterhin für anwendbar zu erklären und sie dem Einkommensteuergesetz und dem Körperschaftsteuergesetz in der Fassung dieses Gesetzes anzupassen.

ABSCHNITT IV

Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft

Artikel 9

Im § 36 Abs. 1 des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 7) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 22. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 585) wird der folgende Satz angefügt:

„Wird von den Abschreibungen nach Satz 1 Gebrauch gemacht, so sind die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 des Einkommensteuergesetzes in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen.“

ABSCHNITT V

Gewerbsteuer

Artikel 10

Das Gewerbesteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 270) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Im § 13 Abs. 3 wird die Zahl „3000“ durch die Zahl „6000“ ersetzt.
2. Im § 20 erhält der Absatz 2 die folgende Fassung:

„(2) Ist die Steuerschuld größer als die Summe der anzurechnenden Vorauszahlungen, so ist der Unterschiedsbetrag, soweit er den im Erhebungszeitraum fällig gewordenen, aber nicht entrichteten Vorauszahlungen entspricht, sofort, im übrigen innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheids zu entrichten (Abschlußzahlung).“

Artikel 11

Die Vorschriften des Artikels 10 sind erstmals für den Erhebungszeitraum 1953 anzuwenden.

ABSCHNITT VI

Abwicklung der vorläufigen Gewerbesteuerfestsetzungen für das Gewerbekapital

Artikel 12

(1) Der Hilfswert, der an Stelle des Einheitswerts des gewerblichen Betriebs der Ermittlung des Gewerbekapitals für den Erhebungszeitraum vom 21. Juni bis 31. Dezember 1948 und für die Erhebungszeiträume 1949 bis 1951 zugrunde liegt, gilt für diese Erhebungszeiträume und den Erhebungszeitraum 1952 als maßgebender Einheitswert im Sinn des § 12 Abs. 5 des Gewerbesteuergesetzes. Die vorläufigen Festsetzungen des einheitlichen Steuermeßbetrags (§ 14 des Gewerbesteuergesetzes) sind insoweit engültig.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden:

1. wenn eine Wertfortschreibung vorgenommen wird, für die Erhebungszeiträume, für die nach § 12 Abs. 5 des Gewerbesteuer-gesetzes der Einheitswert vom Fortschrei-bungszeitpunkt maßgebend ist;
2. wenn der Steuerpflichtige beantragt, den maßgebenden Einheitswert zugrunde zu legen.

(3) Der Antrag nach Absatz 2 Ziff. 2 kann nur für die im Absatz 1 bezeichneten Erhe-bungszeiträume einheitlich und nur bis zum 31. Dezember 1953 gestellt werden. Wird der Feststellungsbescheid über den Einheitswert des gewerblichen Betriebs vom Hauptfeststel-lungszeitpunkt (Nachfeststellungszeitpunkt) erst nach dem 30. November 1953 unanfecht-bar, so kann der Antrag bis zum Ablauf eines Monats, seitdem der Bescheid unanfechtbar geworden ist, gestellt werden. Die Antrags-frist ist eine Ausschlussfrist.

ABSCHNITT VII

Abgabe „Notopfer Berlin“

Artikel 13

§ 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Erhebung einer Abgabe „Notopfer Berlin“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1952 (Bun-desgesetzbl. I S. 131) in der Fassung des Ersten Gesetzes zur Vereinfachung des Einkommen-steuergesetzes vom 10. Dezember 1952 (Bun-desgesetzbl. I S. 789) erhält die folgende Fas-sung:

„(2) Ist die Abgabeschuld größer als die Summe der Beträge, die nach Absatz 1 anzurechnen sind, so ist der Unterschieds-betrag, soweit er den im Erhebungszeit-raum (§ 3 Ziff. 2) fällig gewordenen, aber nicht entrichteten Vorauszahlungen entspricht, sofort, im übrigen innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Ab-gabebescheids zu entrichten (Abschluß-zahlung).“

Artikel 14

Die Vorschrift des Artikels 13 ist erstmals für den Erhebungszeitraum 1953 anzuwenden.

Zweiter Teil

Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in den Rechnungsjahren 1953 und 1954

ABSCHNITT I

Inanspruchnahme eines Teils der Einkommen- steuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund

§ 1

(1) In den Rechnungsjahren 1953 und 1954 nimmt der Bund zur Deckung seiner durch andere Einkünfte nicht gedeckten Ausgaben 40 vom Hundert der Einnahmen in An-spruch, die den Ländern in den Rechnungs-jahren 1953 und 1954 aus der Einkommen-steuer und der Körperschaftsteuer zufließen.

(2) Übersteigen die Einnahmen, die den Ländern aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer zufließen, in den Rech-nungsjahren 1953 und 1954 den Gesamt-betrag von je 10 800 000 000 Deutsche Mark, so nimmt der Bund in diesen Rechnungs-jahren von den Mehreinnahmen bis zum Ge-samtbetrag von je 950 000 000 Deutsche Mark 80 vom Hundert und von den weiteren Mehreinnahmen 40 vom Hundert in An-spruch. Die Mehreinnahmen werden in der Weise in Anspruch genommen, daß in allen Ländern die ihnen aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer verbleibenden Einnahmen zu den in Anspruch genommenen Einnahmen im gleichen Verhältnis stehen; der Bundesminister der Finanzen stellt nach Ablauf des Rechnungsjahres durch Rechts-verordnung, die der Zustimmung des Bundes-rates bedarf, den Vorphundertatz der in Anspruch genommenen Einnahmen aus der Einkommensteuer und der Körperschaft-steuer fest.

§ 2

(1) Die Finanzämter führen von ihren Einnahmen aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer täglich an die Bundes-hauptkasse ab

1. im Rechnungsjahr 1953: 40 vom Hundert,
2. im Rechnungsjahr 1954

- a) bis zum Ende des Monats, in dem die im § 1 Abs. 2 Satz 2 vorgesehene Rechtsverordnung für das Rechnungs-jahr 1953 in Kraft getreten ist: 40 vom Hundert,

- b) vom Beginn des folgenden Monats: den für das Rechnungsjahr 1953 festgestellten Vomhundertsatz (§ 1 Abs. 2 Satz 2).

Der Bundesminister der Finanzen kann zur Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens die Abführung der Einnahmen anderweitig regeln.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Rechtsverordnung den Vomhundertsatz der von den Finanzämtern täglich an die Bundeshauptkasse abzuführenden Einnahmen (Absatz 1) zur Anpassung an die voraussichtlichen Mehreinnahmen (§ 1 Abs. 2) anderweitig feststellen.

(3) Die nach § 1 Abs. 1 vom Bund in Anspruch genommenen, auf den Monat April 1953 entfallenden und für diese Zeit noch nicht abgeführten Einnahmen sind bis zum 15. Juni 1953 an die Bundeshauptkasse abzuführen.

(4) Soweit die nach den Absätzen 1 bis 3 abgeführten Beträge die nach diesem Gesetz vom Bund in Anspruch genommenen Einnahmen nicht erreichen oder übersteigen, werden die Ansprüche des Bundes oder der Länder auf Leistung der Unterschiedsbeträge mit dem Inkrafttreten der im § 1 Abs. 2 Satz 2 vorgesehenen Rechtsverordnung fällig.

ABSCHNITT II

Zuschüsse des Bundes an die Länder

§ 3

(1) In den Rechnungsjahren 1953 und 1954 gewährt der Bund den Ländern zur Deckung von Ausgaben auf dem Gebiet des Schulwesens Zuschüsse im Gesamtbetrag von je 200 000 000 Deutsche Mark. Die Zuschüsse werden auf die einzelnen Länder in dem Verhältnis verteilt, in dem ihre Schüler-richtzahlen (Absatz 2) zur Summe der Schüler-richtzahlen aller Länder stehen.

(2) Die Schüler-richtzahl eines Landes ist die Zahl der Schüler des ersten bis achten Schuljahrganges der in dem Land belegenen allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und private Volksschulen, Sonderschulen, Mittelschulen, Einheitsschulen und höhere Schulen), soweit sie die Zahl von 100 Schülern je 1000 Einwohner übersteigt. Für das Rech-

nungsjahr sind die Schülerzahlen und die Einwohnerzahlen (Wohnbevölkerung) maßgebend, die das Statistische Bundesamt auf Grund einheitlich durchgeführter Erhebungen jeweils am 30. Juni ermittelt hat.

(3) Der Bundesminister der Finanzen stellt durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Höhe der den einzelnen Ländern nach den Absätzen 1 und 2 zu gewährenden Zuschüsse fest.

§ 4

Der Bundesminister der Finanzen überweist die Zuschüsse den Ländern in monatlichen Teilbeträgen. Bis zur Feststellung der Zuschüsse (§ 3 Abs. 3) leistet der Bundesminister der Finanzen monatliche Vorauszahlungen auf der Grundlage der für das Vorjahr ermittelten Schülerzahlen und Einwohnerzahlen. Soweit die monatlichen Vorauszahlungen die monatlichen Teilbeträge der nach § 3 für die abgelaufenen Monate des Rechnungsjahres zu gewährenden Zuschüsse nicht erreichen oder übersteigen, werden die Ansprüche der Länder oder des Bundes auf Leistung der Unterschiedsbeträge mit dem Inkrafttreten der im § 3 Abs. 3 vorgesehenen Rechtsverordnung fällig.

Dritter Teil

Schlußvorschriften

§ 1

Der bayerische Kreis Lindau gilt als Land im Sinne des Zweiten Teils dieses Gesetzes.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe der §§ 12 Abs. 1 und 13 Abs. 1 des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Einkommensteuertabelle

Lfd. Nr.	Einkommen DM	Die Einkommensteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I DM	Steuer- klasse II DM	Steuerklasse III bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
1	801— 850	2	—	—	—	—	—	—	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
2	851— 900	6	—	—	—	—	—	—	
3	901— 950	11	—	—	—	—	—	—	
4	951— 1 000	15	—	—	—	—	—	—	
5	1 001— 1 050	20	—	—	—	—	—	—	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
6	1 051— 1 100	24	—	—	—	—	—	—	
7	1 101— 1 150	29	—	—	—	—	—	—	
8	1 151— 1 200	33	—	—	—	—	—	—	
9	1 201— 1 250	39	—	—	—	—	—	—	
10	1 251— 1 300	45	—	—	—	—	—	—	
11	1 301— 1 350	51	—	—	—	—	—	—	
12	1 351— 1 400	57	—	—	—	—	—	—	
13	1 401— 1 450	64	—	—	—	—	—	—	
14	1 451— 1 500	70	—	—	—	—	—	—	
15	1 501— 1 550	76	—	—	—	—	—	—	
16	1 551— 1 600	82	—	—	—	—	—	—	
17	1 601— 1 650	89	2	—	—	—	—	—	
18	1 651— 1 700	95	6	—	—	—	—	—	
19	1 701— 1 750	101	11	—	—	—	—	—	
20	1 751— 1 800	107	15	—	—	—	—	—	
21	1 801— 1 850	114	20	—	—	—	—	—	
22	1 851— 1 900	120	24	—	—	—	—	—	
23	1 901— 1 950	126	29	—	—	—	—	—	
24	1 951— 2 000	132	33	—	—	—	—	—	
25	2 001— 2 050	139	39	—	—	—	—	—	
26	2 051— 2 100	145	45	—	—	—	—	—	
27	2 101— 2 150	151	51	—	—	—	—	—	
28	2 151— 2 200	158	57	—	—	—	—	—	
29	2 201— 2 250	166	64	2	—	—	—	—	
30	2 251— 2 300	173	70	6	—	—	—	—	
31	2 301— 2 350	181	76	11	—	—	—	—	
32	2 351— 2 400	188	82	15	—	—	—	—	
33	2 401— 2 450	196	89	20	—	—	—	—	
34	2 451— 2 500	203	95	24	—	—	—	—	
35	2 501— 2 550	211	101	29	—	—	—	—	
36	2 551— 2 600	218	107	33	—	—	—	—	
37	2 601— 2 650	226	114	39	—	—	—	—	
38	2 651— 2 700	233	120	45	—	—	—	—	
39	2 701— 2 750	241	126	51	—	—	—	—	
40	2 751— 2 800	250	132	57	—	—	—	—	
41	2 801— 2 850	259	139	64	2	—	—	—	
42	2 851— 2 900	267	145	70	6	—	—	—	
43	2 901— 2 950	276	151	76	11	—	—	—	
44	2 951— 3 000	285	158	82	15	—	—	—	
45	3 001— 3 050	294	166	89	20	—	—	—	
46	3 051— 3 100	302	173	95	24	—	—	—	
47	3 101— 3 150	311	181	101	29	—	—	—	
48	3 151— 3 200	320	188	107	33	—	—	—	
49	3 201— 3 250	329	196	114	39	—	—	—	
50	3 251— 3 300	337	203	120	45	—	—	—	
51	3 301— 3 350	347	211	126	51	—	—	—	
52	3 351— 3 400	357	218	132	57	—	—	—	
53	3 401— 3 450	367	226	139	64	—	—	—	
54	3 451— 3 500	377	233	145	70	—	—	—	
55	3 501— 3 550	387	241	151	76	—	—	—	
56	3 551— 3 600	397	250	158	82	4	—	—	
57	3 601— 3 650	407	259	166	89	9	—	—	
58	3 651— 3 700	417	267	173	95	13	—	—	
59	3 701— 3 750	427	276	181	101	18	—	—	
60	3 751— 3 800	437	285	188	107	22	—	—	
61	3 801— 3 850	447	294	196	114	27	—	—	
62	3 851— 3 900	457	302	203	120	31	—	—	
63	3 901— 3 950	467	311	211	126	36	—	—	
64	3 951— 4 000	477	320	218	132	42	—	—	
65	4 001— 4 050	489	329	226	139	49	—	—	
66	4 051— 4 100	500	337	233	145	55	—	—	
67	4 101— 4 150	511	347	241	151	61	—	—	
68	4 151— 4 200	522	357	250	158	67	—	—	
69	4 201— 4 250	534	367	259	166	74	—	—	
70	4 251— 4 300	545	377	267	173	80	3	—	
71	4 301— 4 350	556	387	276	181	86	7	—	

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in								
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III						
				bei Kinderermäßigung für						
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	von — bis									
72	4 351— 4 400	567	397	285	188	92	12	—	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.	
73	4 401— 4 450	579	407	294	196	99	16	—		
74	4 451— 4 500	590	417	302	203	105	21	—		
75	4 501— 4 550	601	427	311	211	111	25	—		
76	4 551— 4 600	612	437	320	218	117	30	—		
77	4 601— 4 650	624	447	329	226	124	34	—		
78	4 651— 4 700	636	457	337	233	130	40	—		
79	4 701— 4 750	648	467	347	241	136	46	—		
80	4 751— 4 800	661	477	357	250	142	52	—		
81	4 801— 4 850	673	489	367	259	149	59	—		
82	4 851— 4 900	686	500	377	267	155	65	—	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.	
83	4 901— 4 950	698	511	387	276	163	71	—		
84	4 951— 5 000	711	522	397	285	170	77	1		
85	5 001— 5 050	723	534	407	294	178	84	5		
86	5 051— 5 100	736	545	417	302	185	90	10		
87	5 101— 5 150	748	556	427	311	193	96	14		
88	5 151— 5 200	761	567	437	320	200	102	19		
89	5 201— 5 250	773	579	447	329	208	109	23		
90	5 251— 5 300	786	590	457	337	215	115	28		
91	5 301— 5 350	798	601	467	347	223	121	32		
92	5 351— 5 400	811	612	477	357	230	127	37		
93	5 401— 5 450	824	624	489	367	238	134	44		
94	5 451— 5 500	837	636	500	377	246	140	50		
95	5 501— 5 550	851	648	511	387	255	146	56		
96	5 551— 5 600	865	661	522	397	264	152	62		
97	5 601— 5 650	879	673	534	407	273	160	69		
98	5 651— 5 700	892	686	545	417	281	167	75		
99	5 701— 5 750	906	698	556	427	290	175	81		
100	5 751— 5 800	920	711	567	437	299	182	87		
101	5 801— 5 850	934	723	579	447	308	190	94		
102	5 851— 5 900	947	736	590	457	316	197	100		
103	5 901— 5 950	961	748	601	467	325	205	106		
104	5 951— 6 000	975	761	612	477	334	212	112		
105	6 001— 6 050	989	773	624	489	343	220	119		
106	6 051— 6 100	1 002	786	636	500	353	227	125		
107	6 101— 6 150	1 016	798	648	511	363	235	131		
108	6 151— 6 200	1 030	811	661	522	373	243	137		
109	6 201— 6 250	1 044	824	673	534	383	252	144		
110	6 251— 6 300	1 059	837	686	545	393	260	150		
111	6 301— 6 350	1 074	851	698	556	403	269	157		
112	6 351— 6 400	1 089	865	711	567	413	278	164		
113	6 401— 6 450	1 104	879	723	579	423	287	172		
114	6 451— 6 500	1 119	892	736	590	433	295	179		
115	6 501— 6 550	1 134	906	748	601	443	304	187		
116	6 551— 6 600	1 149	920	761	612	453	313	194		
117	6 601— 6 650	1 164	934	773	624	463	322	202		
118	6 651— 6 700	1 179	947	786	636	473	330	209		
119	6 701— 6 750	1 194	961	798	648	484	339	217		
120	6 751— 6 800	1 209	975	811	661	495	349	224		
121	6 801— 6 850	1 224	989	824	673	507	359	232		
122	6 851— 6 900	1 239	1 002	837	686	518	369	239		
123	6 901— 6 950	1 254	1 016	851	698	529	379	248		
124	6 951— 7 000	1 269	1 030	865	711	540	389	257		
125	7 001— 7 050	1 284	1 044	879	723	552	399	266		
126	7 051— 7 100	1 300	1 059	892	736	563	409	274		
127	7 101— 7 150	1 316	1 074	906	748	574	419	283		
128	7 151— 7 200	1 332	1 089	920	761	585	429	292		
129	7 201— 7 250	1 349	1 104	934	773	597	439	301		
130	7 251— 7 300	1 365	1 119	947	786	608	449	309		
131	7 301— 7 350	1 381	1 134	961	798	619	459	318		
132	7 351— 7 400	1 397	1 149	975	811	631	469	327		
133	7 401— 7 450	1 414	1 164	989	824	643	480	336		
134	7 451— 7 500	1 430	1 179	1 002	837	656	491	345		
135	7 501— 7 550	1 446	1 194	1 016	851	668	502	355		
136	7 551— 7 600	1 462	1 209	1 030	865	681	513	365		
137	7 601— 7 650	1 479	1 224	1 044	879	693	525	375		
138	7 651— 7 700	1 495	1 239	1 059	892	706	536	385		
139	7 701— 7 750	1 511	1 254	1 074	906	718	547	395		
140	7 751— 7 800	1 527	1 269	1 089	920	731	558	405		
141	7 801— 7 850	1 544	1 284	1 104	934	743	570	415		
142	7 851— 7 900	1 560	1 300	1 119	947	756	581	425		
143	7 901— 7 950	1 576	1 316	1 134	961	768	592	435		
144	7 951— 8 000	1 593	1 332	1 149	975	781	603	445		
145	8 001— 8 050	1 611	1 349	1 164	989	793	615	455		
146	8 051— 8 100	1 628	1 365	1 179	1 002	806	626	465		
147	8 101— 8 150	1 646	1 381	1 194	1 016	818	638	475		
148	8 151— 8 200	1 663	1 397	1 209	1 030	832	651	486		
149	8 201— 8 250	1 681	1 414	1 224	1 044	846	663	498		
150	8 251— 8 300	1 698	1 430	1 239	1 059	859	676	509		

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
151	8 301— 8 350	1 716	1 446	1 254	1 074	873	688	520	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
152	8 351— 8 400	1 733	1 462	1 269	1 089	887	701	531	
153	8 401— 8 450	1 751	1 479	1 284	1 104	901	713	543	
154	8 451— 8 500	1 768	1 495	1 300	1 119	914	726	554	
155	8 501— 8 550	1 786	1 511	1 316	1 134	928	738	565	
156	8 551— 8 600	1 803	1 527	1 332	1 149	942	751	576	
157	8 601— 8 650	1 821	1 544	1 349	1 164	956	763	588	
158	8 651— 8 700	1 838	1 560	1 365	1 179	969	776	599	
159	8 701— 8 750	1 856	1 576	1 381	1 194	983	788	610	
160	8 751— 8 800	1 873	1 593	1 397	1 209	997	801	621	
161	8 801— 8 850	1 891	1 611	1 414	1 224	1 011	813	633	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
162	8 851— 8 900	1 908	1 628	1 430	1 239	1 024	826	646	
163	8 901— 8 950	1 926	1 646	1 446	1 254	1 038	840	658	
164	8 951— 9 000	1 944	1 663	1 462	1 269	1 053	854	671	
165	9 001— 9 050	1 962	1 681	1 479	1 284	1 068	868	683	
166	9 051— 9 100	1 981	1 698	1 495	1 300	1 083	881	696	
167	9 101— 9 150	2 000	1 716	1 511	1 316	1 098	895	708	
168	9 151— 9 200	2 019	1 733	1 527	1 332	1 113	909	721	
169	9 201— 9 250	2 037	1 751	1 544	1 349	1 128	923	733	
170	9 251— 9 300	2 056	1 768	1 560	1 365	1 143	936	746	
171	9 301— 9 350	2 075	1 786	1 576	1 381	1 158	950	758	
172	9 351— 9 400	2 094	1 803	1 593	1 397	1 173	964	771	
173	9 401— 9 450	2 112	1 821	1 611	1 414	1 188	978	783	
174	9 451— 9 500	2 131	1 838	1 628	1 430	1 203	991	796	
175	9 501— 9 550	2 150	1 856	1 646	1 446	1 218	1 005	808	
176	9 551— 9 600	2 169	1 873	1 663	1 462	1 233	1 019	821	
177	9 601— 9 650	2 187	1 891	1 681	1 479	1 248	1 033	835	
178	9 651— 9 700	2 206	1 908	1 698	1 495	1 263	1 047	848	
179	9 701— 9 750	2 225	1 926	1 716	1 511	1 278	1 062	862	
180	9 751— 9 800	2 244	1 944	1 733	1 527	1 293	1 077	876	
181	9 801— 9 850	2 262	1 962	1 751	1 544	1 310	1 092	890	
182	9 851— 9 900	2 281	1 981	1 768	1 560	1 326	1 107	903	
183	9 901— 9 950	2 300	2 000	1 786	1 576	1 342	1 122	917	
184	9 951— 10 000	2 319	2 019	1 803	1 593	1 358	1 137	931	
185	10 001— 10 050	2 337	2 037	1 821	1 611	1 375	1 152	945	
186	10 051— 10 100	2 356	2 056	1 838	1 628	1 391	1 167	958	
187	10 101— 10 150	2 375	2 075	1 856	1 646	1 407	1 182	972	
188	10 151— 10 200	2 394	2 094	1 873	1 663	1 423	1 197	986	
189	10 201— 10 250	2 412	2 112	1 891	1 681	1 440	1 212	1 000	
190	10 251— 10 300	2 431	2 131	1 908	1 698	1 456	1 227	1 013	
191	10 301— 10 350	2 450	2 150	1 926	1 716	1 472	1 242	1 027	
192	10 351— 10 400	2 469	2 169	1 944	1 733	1 488	1 257	1 041	
193	10 401— 10 450	2 487	2 187	1 962	1 751	1 505	1 272	1 056	
194	10 451— 10 500	2 506	2 206	1 981	1 768	1 521	1 287	1 071	
195	10 501— 10 550	2 525	2 225	2 000	1 786	1 537	1 303	1 086	
196	10 551— 10 600	2 544	2 244	2 019	1 803	1 553	1 319	1 101	
197	10 601— 10 650	2 562	2 262	2 037	1 821	1 570	1 336	1 116	
198	10 651— 10 700	2 581	2 281	2 056	1 838	1 586	1 352	1 131	
199	10 701— 10 750	2 600	2 300	2 075	1 856	1 604	1 368	1 146	
200	10 751— 10 800	2 619	2 319	2 094	1 873	1 621	1 384	1 161	
201	10 801— 10 850	2 637	2 337	2 112	1 891	1 639	1 401	1 176	
202	10 851— 10 900	2 656	2 356	2 131	1 908	1 656	1 417	1 191	
203	10 901— 10 950	2 675	2 375	2 150	1 926	1 674	1 433	1 206	
204	10 951— 11 000	2 694	2 394	2 169	1 944	1 691	1 449	1 221	
205	11 001— 11 050	2 712	2 412	2 187	1 962	1 709	1 466	1 236	
206	11 051— 11 100	2 731	2 431	2 206	1 981	1 726	1 482	1 251	
207	11 101— 11 150	2 750	2 450	2 225	2 000	1 744	1 498	1 266	
208	11 151— 11 200	2 769	2 469	2 244	2 019	1 761	1 514	1 281	
209	11 201— 11 250	2 787	2 487	2 262	2 037	1 779	1 531	1 297	
210	11 251— 11 300	2 806	2 506	2 281	2 056	1 796	1 547	1 313	
211	11 301— 11 350	2 825	2 525	2 300	2 075	1 814	1 563	1 329	
212	11 351— 11 400	2 844	2 544	2 319	2 094	1 831	1 579	1 345	
213	11 401— 11 450	2 862	2 562	2 337	2 112	1 849	1 597	1 362	
214	11 451— 11 500	2 881	2 581	2 356	2 131	1 866	1 614	1 378	
215	11 501— 11 550	2 900	2 600	2 375	2 150	1 884	1 632	1 394	
216	11 551— 11 600	2 919	2 619	2 394	2 169	1 901	1 649	1 410	
217	11 601— 11 650	2 937	2 637	2 412	2 187	1 919	1 667	1 427	
218	11 651— 11 700	2 956	2 656	2 431	2 206	1 936	1 684	1 443	
219	11 701— 11 750	2 975	2 675	2 450	2 225	1 955	1 702	1 459	
220	11 751— 11 800	2 994	2 694	2 469	2 244	1 974	1 719	1 475	
221	11 801— 11 850	3 012	2 712	2 487	2 262	1 992	1 737	1 492	
222	11 851— 11 900	3 031	2 731	2 506	2 281	2 011	1 754	1 508	
223	11 901— 11 950	3 050	2 750	2 525	2 300	2 030	1 772	1 524	
224	11 951— 12 000	3 069	2 769	2 544	2 319	2 049	1 789	1 540	
225	12 001— 12 100	3 098	2 797	2 572	2 347	2 077	1 815	1 565	
226	12 101— 12 200	3 138	2 834	2 609	2 384	2 114	1 850	1 598	
227	12 201— 12 300	3 178	2 872	2 647	2 422	2 152	1 885	1 633	
228	12 301— 12 400	3 218	2 909	2 684	2 459	2 189	1 920	1 668	

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in								
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III						
				bei Kinderermäßigung für						
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	von — bis									
229	12 401—12 500	3 258	2 947	2 722	2 497	2 227	1 957	1 703	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.	
230	12 501—12 600	3 298	2 984	2 759	2 534	2 264	1 994	1 738		
231	12 601—12 700	3 338	3 022	2 797	2 572	2 302	2 032	1 773		
232	12 701—12 800	3 378	3 059	2 834	2 609	2 339	2 069	1 808		
233	12 801—12 900	3 418	3 098	2 872	2 647	2 377	2 107	1 843		
234	12 901—13 000	3 458	3 138	2 909	2 684	2 414	2 144	1 878		
235	13 001—13 100	3 498	3 178	2 947	2 722	2 452	2 182	1 913	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.	
236	13 101—13 200	3 538	3 218	2 984	2 759	2 489	2 219	1 949		
237	13 201—13 300	3 578	3 258	3 022	2 797	2 527	2 257	1 987		
238	13 301—13 400	3 618	3 298	3 059	2 834	2 564	2 294	2 024		
239	13 401—13 500	3 658	3 338	3 098	2 872	2 602	2 332	2 062		
240	13 501—13 600	3 698	3 378	3 138	2 909	2 639	2 369	2 099		
241	13 601—13 700	3 738	3 418	3 178	2 947	2 677	2 407	2 137		
242	13 701—13 800	3 778	3 458	3 218	2 984	2 714	2 444	2 174		
243	13 801—13 900	3 818	3 498	3 258	3 022	2 752	2 482	2 212		
244	13 901—14 000	3 858	3 538	3 298	3 059	2 789	2 519	2 249		
245	14 001—14 100	3 898	3 578	3 338	3 098	2 827	2 557	2 287		
246	14 101—14 200	3 938	3 618	3 378	3 138	2 864	2 594	2 324		
247	14 201—14 300	3 978	3 658	3 418	3 178	2 902	2 632	2 362		
248	14 301—14 400	4 018	3 698	3 458	3 218	2 939	2 669	2 399		
249	14 401—14 500	4 058	3 738	3 498	3 258	2 977	2 707	2 437		
250	14 501—14 600	4 098	3 778	3 538	3 298	3 014	2 744	2 474		
251	14 601—14 700	4 138	3 818	3 578	3 338	3 052	2 782	2 512		
252	14 701—14 800	4 178	3 858	3 618	3 378	3 090	2 819	2 549		
253	14 801—14 900	4 218	3 898	3 658	3 418	3 130	2 857	2 587		
254	14 901—15 000	4 258	3 938	3 698	3 458	3 170	2 894	2 624		
255	15 001—15 100	4 298	3 978	3 738	3 498	3 210	2 932	2 662		
256	15 101—15 200	4 338	4 018	3 778	3 538	3 250	2 969	2 699		
257	15 201—15 300	4 378	4 058	3 818	3 578	3 290	3 007	2 737		
258	15 301—15 400	4 418	4 098	3 858	3 618	3 330	3 044	2 774		
259	15 401—15 500	4 458	4 138	3 898	3 658	3 370	3 082	2 812		
260	15 501—15 600	4 498	4 178	3 938	3 698	3 410	3 122	2 849		
261	15 601—15 700	4 538	4 218	3 978	3 738	3 450	3 162	2 887		
262	15 701—15 800	4 578	4 258	4 018	3 778	3 490	3 202	2 924		
263	15 801—15 900	4 618	4 298	4 058	3 818	3 530	3 242	2 962		
264	15 901—16 000	4 658	4 338	4 098	3 858	3 570	3 282	2 999		
265	16 001—16 100	4 698	4 378	4 138	3 898	3 610	3 322	3 037		
266	16 101—16 200	4 738	4 418	4 178	3 938	3 650	3 362	3 074		
267	16 201—16 300	4 778	4 458	4 218	3 978	3 690	3 402	3 114		
268	16 301—16 400	4 818	4 498	4 258	4 018	3 730	3 442	3 154		
269	16 401—16 500	4 858	4 538	4 298	4 058	3 770	3 482	3 194		
270	16 501—16 600	4 898	4 578	4 338	4 098	3 810	3 522	3 234		
271	16 601—16 700	4 938	4 618	4 378	4 138	3 850	3 562	3 274		
272	16 701—16 800	4 978	4 658	4 418	4 178	3 890	3 602	3 314		
273	16 801—16 900	5 018	4 698	4 458	4 218	3 930	3 642	3 354		
274	16 901—17 000	5 058	4 738	4 498	4 258	3 970	3 682	3 394		
275	17 001—17 100	5 098	4 778	4 538	4 298	4 010	3 722	3 434		
276	17 101—17 200	5 138	4 818	4 578	4 338	4 050	3 762	3 474		
277	17 201—17 300	5 178	4 858	4 618	4 378	4 090	3 802	3 514		
278	17 301—17 400	5 218	4 898	4 658	4 418	4 130	3 842	3 554		
279	17 401—17 500	5 258	4 938	4 698	4 458	4 170	3 882	3 594		
280	17 501—17 600	5 298	4 978	4 738	4 498	4 210	3 922	3 634		
281	17 601—17 700	5 338	5 018	4 778	4 538	4 250	3 962	3 674		
282	17 701—17 800	5 378	5 058	4 818	4 578	4 290	4 002	3 714		
283	17 801—17 900	5 418	5 098	4 858	4 618	4 330	4 042	3 754		
284	17 901—18 000	5 458	5 138	4 898	4 658	4 370	4 082	3 794		
285	18 001—18 100	5 499	5 178	4 938	4 698	4 410	4 122	3 834		
286	18 101—18 200	5 542	5 218	4 978	4 738	4 450	4 162	3 874		
287	18 201—18 300	5 584	5 258	5 018	4 778	4 490	4 202	3 914		
288	18 301—18 400	5 627	5 298	5 058	4 818	4 530	4 242	3 954		
289	18 401—18 500	5 669	5 338	5 098	4 858	4 570	4 282	3 994		
290	18 501—18 600	5 712	5 378	5 138	4 898	4 610	4 322	4 034		
291	18 601—18 700	5 754	5 418	5 178	4 938	4 650	4 362	4 074		
292	18 701—18 800	5 797	5 458	5 218	4 978	4 690	4 402	4 114		
293	18 801—18 900	5 839	5 499	5 258	5 018	4 730	4 442	4 154		
294	18 901—19 000	5 882	5 542	5 298	5 058	4 770	4 482	4 194		
295	19 001—19 100	5 924	5 584	5 338	5 098	4 810	4 522	4 234		
296	19 101—19 200	5 967	5 627	5 378	5 138	4 850	4 562	4 274		
297	19 201—19 300	6 009	5 669	5 418	5 178	4 890	4 602	4 314		
298	19 301—19 400	6 052	5 712	5 458	5 218	4 930	4 642	4 354		
299	19 401—19 500	6 094	5 754	5 499	5 258	4 970	4 682	4 394		
300	19 501—19 600	6 137	5 797	5 542	5 298	5 010	4 722	4 434		
301	19 601—19 700	6 179	5 839	5 584	5 338	5 050	4 762	4 474		
302	19 701—19 800	6 222	5 882	5 627	5 378	5 090	4 802	4 514		
303	19 801—19 900	6 264	5 924	5 669	5 418	5 130	4 842	4 554		
304	19 901—20 000	6 307	5 967	5 712	5 458	5 170	4 882	4 594		

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
305	20 001—20 100	6 349	6 009	5 754	5 499	5 210	4 922	4 634	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
306	20 101—20 200	6 392	6 052	5 797	5 542	5 250	4 962	4 674	
307	20 201—20 300	6 434	6 094	5 839	5 584	5 290	5 002	4 714	
308	20 301—20 400	6 477	6 137	5 882	5 627	5 330	5 042	4 754	
309	20 401—20 500	6 519	6 179	5 924	5 669	5 370	5 082	4 794	
310	20 501—20 600	6 562	6 222	5 967	5 712	5 410	5 122	4 834	
311	20 601—20 700	6 604	6 264	6 009	5 754	5 450	5 162	4 874	
312	20 701—20 800	6 647	6 307	6 052	5 797	5 491	5 202	4 914	
313	20 801—20 900	6 689	6 349	6 094	5 839	5 533	5 242	4 954	
314	20 901—21 000	6 732	6 392	6 137	5 882	5 576	5 282	4 994	
315	21 001—21 100	6 774	6 434	6 179	5 924	5 618	5 322	5 034	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
316	21 101—21 200	6 817	6 477	6 222	5 967	5 661	5 362	5 074	
317	21 201—21 300	6 859	6 519	6 264	6 009	5 703	5 402	5 114	
318	21 301—21 400	6 902	6 562	6 307	6 052	5 746	5 442	5 154	
319	21 401—21 500	6 944	6 604	6 349	6 094	5 788	5 482	5 194	
320	21 501—21 600	6 987	6 647	6 392	6 137	5 831	5 525	5 234	
321	21 601—21 700	7 029	6 689	6 434	6 179	5 873	5 567	5 274	
322	21 701—21 800	7 072	6 732	6 477	6 222	5 916	5 610	5 314	
323	21 801—21 900	7 114	6 774	6 519	6 264	5 958	5 652	5 354	
324	21 901—22 000	7 157	6 817	6 562	6 307	6 001	5 695	5 394	
325	22 001—22 100	7 199	6 859	6 604	6 349	6 043	5 737	5 434	
326	22 101—22 200	7 242	6 902	6 647	6 392	6 086	5 780	5 474	
327	22 201—22 300	7 284	6 944	6 689	6 434	6 128	5 822	5 516	
328	22 301—22 400	7 327	6 987	6 732	6 477	6 171	5 865	5 559	
329	22 401—22 500	7 369	7 029	6 774	6 519	6 213	5 907	5 601	
330	22 501—22 600	7 412	7 072	6 817	6 562	6 256	5 950	5 644	
331	22 601—22 700	7 454	7 114	6 859	6 604	6 298	5 992	5 686	
332	22 701—22 800	7 497	7 157	6 902	6 647	6 341	6 035	5 729	
333	22 801—22 900	7 539	7 199	6 944	6 689	6 383	6 077	5 771	
334	22 901—23 000	7 582	7 242	6 987	6 732	6 426	6 120	5 814	
335	23 001—23 100	7 624	7 284	7 029	6 774	6 468	6 162	5 856	
336	23 101—23 200	7 667	7 327	7 072	6 817	6 511	6 205	5 899	
337	23 201—23 300	7 709	7 369	7 114	6 859	6 553	6 247	5 941	
338	23 301—23 400	7 752	7 412	7 157	6 902	6 596	6 290	5 984	
339	23 401—23 500	7 794	7 454	7 199	6 944	6 638	6 332	6 026	
340	23 501—23 600	7 837	7 497	7 242	6 987	6 681	6 375	6 069	
341	23 601—23 700	7 879	7 539	7 284	7 029	6 723	6 417	6 111	
342	23 701—23 800	7 922	7 582	7 327	7 072	6 766	6 460	6 154	
343	23 801—23 900	7 964	7 624	7 369	7 114	6 808	6 502	6 196	
344	23 901—24 000	8 007	7 667	7 412	7 157	6 851	6 545	6 239	
345	24 001—24 100	8 049	7 709	7 454	7 199	6 893	6 587	6 281	
346	24 101—24 200	8 092	7 752	7 497	7 242	6 936	6 630	6 324	
347	24 201—24 300	8 134	7 794	7 539	7 284	6 978	6 672	6 366	
348	24 301—24 400	8 177	7 837	7 582	7 327	7 021	6 715	6 409	
349	24 401—24 500	8 219	7 879	7 624	7 369	7 063	6 757	6 451	
350	24 501—24 600	8 262	7 922	7 667	7 412	7 106	6 800	6 494	
351	24 601—24 700	8 304	7 964	7 709	7 454	7 148	6 842	6 536	
352	24 701—24 800	8 347	8 007	7 752	7 497	7 191	6 885	6 579	
353	24 801—24 900	8 389	8 049	7 794	7 539	7 233	6 927	6 621	
354	24 901—25 000	8 432	8 092	7 837	7 582	7 276	6 970	6 664	
355	25 001—25 100	8 474	8 134	7 879	7 624	7 318	7 012	6 706	
356	25 101—25 200	8 517	8 177	7 922	7 667	7 361	7 055	6 749	
357	25 201—25 300	8 559	8 219	7 964	7 709	7 403	7 097	6 791	
358	25 301—25 400	8 602	8 262	8 007	7 752	7 446	7 140	6 834	
359	25 401—25 500	8 644	8 304	8 049	7 794	7 488	7 182	6 876	
360	25 501—25 600	8 687	8 347	8 092	7 837	7 531	7 225	6 919	
361	25 601—25 700	8 729	8 389	8 134	7 879	7 573	7 267	6 961	
362	25 701—25 800	8 772	8 432	8 177	7 922	7 616	7 310	7 004	
363	25 801—25 900	8 814	8 474	8 219	7 964	7 658	7 352	7 046	
364	25 901—26 000	8 857	8 517	8 262	8 007	7 701	7 395	7 089	
365	26 001—26 100	8 899	8 559	8 304	8 049	7 743	7 437	7 131	
366	26 101—26 200	8 942	8 602	8 347	8 092	7 786	7 480	7 174	
367	26 201—26 300	8 984	8 644	8 389	8 134	7 828	7 522	7 216	
368	26 301—26 400	9 027	8 687	8 432	8 177	7 871	7 565	7 259	
369	26 401—26 500	9 069	8 729	8 474	8 219	7 913	7 607	7 301	
370	26 501—26 600	9 112	8 772	8 517	8 262	7 956	7 650	7 344	
371	26 601—26 700	9 154	8 814	8 559	8 304	7 998	7 692	7 386	
372	26 701—26 800	9 197	8 857	8 602	8 347	8 041	7 735	7 429	
373	26 801—26 900	9 239	8 899	8 644	8 389	8 083	7 777	7 471	
374	26 901—27 000	9 282	8 942	8 687	8 432	8 126	7 820	7 514	
375	27 001—27 100	9 326	8 984	8 729	8 474	8 168	7 862	7 556	
376	27 101—27 200	9 371	9 027	8 772	8 517	8 211	7 905	7 599	
377	27 201—27 300	9 416	9 069	8 814	8 559	8 253	7 947	7 641	
378	27 301—27 400	9 461	9 112	8 857	8 602	8 296	7 990	7 684	
379	27 401—27 500	9 506	9 154	8 899	8 644	8 338	8 032	7 726	
380	27 501—27 600	9 551	9 197	8 942	8 687	8 381	8 075	7 769	

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in								
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III						
				bei Kinderermäßigung für						
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	von — bis									
381	27 601—27 700	9 596	9 239	8 984	8 729	8 423	8 117	7 811	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.	
382	27 701—27 800	9 641	9 282	9 027	8 772	8 466	8 160	7 854		
383	27 801—27 900	9 686	9 326	9 069	8 814	8 508	8 202	7 896		
384	27 901—28 000	9 731	9 371	9 112	8 857	8 551	8 245	7 939		
385	28 001—28 100	9 776	9 416	9 154	8 899	8 593	8 287	7 981	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.	
386	28 101—28 200	9 821	9 461	9 197	8 942	8 636	8 330	8 024		
387	28 201—28 300	9 866	9 506	9 239	8 984	8 678	8 372	8 066		
388	28 301—28 400	9 911	9 551	9 282	9 027	8 721	8 415	8 109		
389	28 401—28 500	9 956	9 596	9 326	9 069	8 763	8 457	8 151		
390	28 501—28 600	10 001	9 641	9 371	9 112	8 806	8 500	8 194		
391	28 601—28 700	10 046	9 686	9 416	9 154	8 848	8 542	8 236		
392	28 701—28 800	10 091	9 731	9 461	9 197	8 891	8 585	8 279		
393	28 801—28 900	10 136	9 776	9 506	9 239	8 933	8 627	8 321		
394	28 901—29 000	10 181	9 821	9 551	9 282	8 976	8 670	8 364		
395	29 001—29 100	10 226	9 866	9 596	9 326	9 018	8 712	8 406		
396	29 101—29 200	10 271	9 911	9 641	9 371	9 061	8 755	8 449		
397	29 201—29 300	10 316	9 956	9 686	9 416	9 103	8 797	8 491		
398	29 301—29 400	10 361	10 001	9 731	9 461	9 146	8 840	8 534		
399	29 401—29 500	10 406	10 046	9 776	9 506	9 188	8 882	8 576		
400	29 501—29 600	10 451	10 091	9 821	9 551	9 231	8 925	8 619		
401	29 601—29 700	10 496	10 136	9 866	9 596	9 273	8 967	8 661		
402	29 701—29 800	10 541	10 181	9 911	9 641	9 317	9 010	8 704		
403	29 801—29 900	10 586	10 226	9 956	9 686	9 362	9 052	8 746		
404	29 901—30 000	10 631	10 271	10 001	9 731	9 407	9 095	8 789		
405	30 001—30 100	10 676	10 316	10 046	9 776	9 452	9 137	8 831		
406	30 101—30 200	10 721	10 361	10 091	9 821	9 497	9 180	8 874		
407	30 201—30 300	10 766	10 406	10 136	9 866	9 542	9 222	8 916		
408	30 301—30 400	10 811	10 451	10 181	9 911	9 587	9 265	8 959		
409	30 401—30 500	10 856	10 496	10 226	9 956	9 632	9 308	9 001		
410	30 501—30 600	10 901	10 541	10 271	10 001	9 677	9 353	9 044		
411	30 601—30 700	10 946	10 586	10 316	10 046	9 722	9 398	9 086		
412	30 701—30 800	10 991	10 631	10 361	10 091	9 767	9 443	9 129		
413	30 801—30 900	11 036	10 676	10 406	10 136	9 812	9 488	9 171		
414	30 901—31 000	11 081	10 721	10 451	10 181	9 857	9 533	9 214		
415	31 001—31 100	11 126	10 766	10 496	10 226	9 902	9 578	9 256		
416	31 101—31 200	11 171	10 811	10 541	10 271	9 947	9 623	9 299		
417	31 201—31 300	11 216	10 856	10 586	10 316	9 992	9 668	9 344		
418	31 301—31 400	11 261	10 901	10 631	10 361	10 037	9 713	9 389		
419	31 401—31 500	11 306	10 946	10 676	10 406	10 082	9 758	9 434		
420	31 501—31 600	11 351	10 991	10 721	10 451	10 127	9 803	9 479		
421	31 601—31 700	11 396	11 036	10 766	10 496	10 172	9 848	9 524		
422	31 701—31 800	11 441	11 081	10 811	10 541	10 217	9 893	9 569		
423	31 801—31 900	11 486	11 126	10 856	10 586	10 262	9 938	9 614		
424	31 901—32 000	11 531	11 171	10 901	10 631	10 307	9 983	9 659		
425	32 001—32 100	11 576	11 216	10 946	10 676	10 352	10 028	9 704		
426	32 101—32 200	11 621	11 261	10 991	10 721	10 397	10 073	9 749		
427	32 201—32 300	11 666	11 306	11 036	10 766	10 442	10 118	9 794		
428	32 301—32 400	11 711	11 351	11 081	10 811	10 487	10 163	9 839		
429	32 401—32 500	11 756	11 396	11 126	10 856	10 532	10 208	9 884		
430	32 501—32 600	11 801	11 441	11 171	10 901	10 577	10 253	9 929		
431	32 601—32 700	11 846	11 486	11 216	10 946	10 622	10 298	9 974		
432	32 701—32 800	11 891	11 531	11 261	10 991	10 667	10 343	10 019		
433	32 801—32 900	11 936	11 576	11 306	11 036	10 712	10 388	10 064		
434	32 901—33 000	11 981	11 621	11 351	11 081	10 757	10 433	10 109		
435	33 001—33 100	12 026	11 666	11 396	11 126	10 802	10 478	10 154		
436	33 101—33 200	12 071	11 711	11 441	11 171	10 847	10 523	10 199		
437	33 201—33 300	12 116	11 756	11 486	11 216	10 892	10 568	10 244		
438	33 301—33 400	12 161	11 801	11 531	11 261	10 937	10 613	10 289		
439	33 401—33 500	12 206	11 846	11 576	11 306	10 982	10 658	10 334		
440	33 501—33 600	12 251	11 891	11 621	11 351	11 027	10 703	10 379		
441	33 601—33 700	12 296	11 936	11 666	11 396	11 072	10 748	10 424		
442	33 701—33 800	12 341	11 981	11 711	11 441	11 117	10 793	10 469		
443	33 801—33 900	12 386	12 026	11 756	11 486	11 162	10 838	10 514		
444	33 901—34 000	12 431	12 071	11 801	11 531	11 207	10 883	10 559		
445	34 001—34 100	12 476	12 116	11 846	11 576	11 252	10 928	10 604		
446	34 101—34 200	12 521	12 161	11 891	11 621	11 297	10 973	10 649		
447	34 201—34 300	12 566	12 206	11 936	11 666	11 342	11 018	10 694		
448	34 301—34 400	12 611	12 251	11 981	11 711	11 387	11 063	10 739		
449	34 401—34 500	12 656	12 296	12 026	11 756	11 432	11 108	10 784		
450	34 501—34 600	12 701	12 341	12 071	11 801	11 477	11 153	10 829		
451	34 601—34 700	12 746	12 386	12 116	11 846	11 522	11 198	10 874		
452	34 701—34 800	12 791	12 431	12 161	11 891	11 567	11 243	10 919		
453	34 801—34 900	12 836	12 476	12 206	11 936	11 612	11 288	10 964		
454	34 901—35 000	12 881	12 521	12 251	11 981	11 657	11 333	11 009		

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 Kinder	jedes weitere Kind
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
455	35 001—35 100	12 926	12 566	12 296	12 026	11 702	11 378	11 054	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
456	35 101—35 200	12 971	12 611	12 341	12 071	11 747	11 423	11 099	
457	35 201—35 300	13 016	12 656	12 386	12 116	11 792	11 468	11 144	
458	35 301—35 400	13 061	12 701	12 431	12 161	11 837	11 513	11 189	
459	35 401—35 500	13 106	12 746	12 476	12 206	11 882	11 558	11 234	
460	35 501—35 600	13 151	12 791	12 521	12 251	11 927	11 603	11 279	
461	35 601—35 700	13 196	12 836	12 566	12 296	11 972	11 648	11 324	
462	35 701—35 800	13 241	12 881	12 611	12 341	12 017	11 693	11 369	
463	35 801—35 900	13 286	12 926	12 656	12 386	12 062	11 738	11 414	
464	35 901—36 000	13 331	12 971	12 701	12 431	12 107	11 783	11 459	
465	36 001—36 100	13 377	13 016	12 746	12 476	12 152	11 828	11 504	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
466	36 101—36 200	13 424	13 061	12 791	12 521	12 197	11 873	11 549	
467	36 201—36 300	13 472	13 106	12 836	12 566	12 242	11 918	11 594	
468	36 301—36 400	13 519	13 151	12 881	12 611	12 287	11 963	11 639	
469	36 401—36 500	13 567	13 196	12 926	12 656	12 332	12 008	11 684	
470	36 501—36 600	13 614	13 241	12 971	12 701	12 377	12 053	11 729	
471	36 601—36 700	13 662	13 286	13 016	12 746	12 422	12 098	11 774	
472	36 701—36 800	13 709	13 331	13 061	12 791	12 467	12 143	11 819	
473	36 801—36 900	13 757	13 377	13 106	12 836	12 512	12 188	11 864	
474	36 901—37 000	13 804	13 424	13 151	12 881	12 557	12 233	11 909	
475	37 001—37 100	13 852	13 472	13 196	12 926	12 602	12 278	11 954	
476	37 101—37 200	13 899	13 519	13 241	12 971	12 647	12 323	11 999	
477	37 201—37 300	13 947	13 567	13 286	13 016	12 692	12 368	12 044	
478	37 301—37 400	13 994	13 614	13 331	13 061	12 737	12 413	12 089	
479	37 401—37 500	14 042	13 662	13 377	13 106	12 782	12 458	12 134	
480	37 501—37 600	14 089	13 709	13 424	13 151	12 827	12 503	12 179	
481	37 601—37 700	14 137	13 757	13 472	13 196	12 872	12 548	12 224	
482	37 701—37 800	14 184	13 804	13 519	13 241	12 917	12 593	12 269	
483	37 801—37 900	14 232	13 852	13 567	13 286	12 962	12 638	12 314	
484	37 901—38 000	14 279	13 899	13 614	13 331	13 007	12 683	12 359	
485	38 001—38 100	14 327	13 947	13 662	13 377	13 052	12 728	12 404	
486	38 101—38 200	14 374	13 994	13 709	13 424	13 097	12 773	12 449	
487	38 201—38 300	14 422	14 042	13 757	13 472	13 142	12 818	12 494	
488	38 301—38 400	14 469	14 089	13 804	13 519	13 187	12 863	12 539	
489	38 401—38 500	14 517	14 137	13 852	13 567	13 232	12 908	12 584	
490	38 501—38 600	14 564	14 184	13 899	13 614	13 277	12 953	12 629	
491	38 601—38 700	14 612	14 232	13 947	13 662	13 322	12 998	12 674	
492	38 701—38 800	14 659	14 279	13 994	13 709	13 367	13 043	12 719	
493	38 801—38 900	14 707	14 327	14 042	13 757	13 415	13 088	12 764	
494	38 901—39 000	14 754	14 374	14 089	13 804	13 462	13 133	12 809	
495	39 001—39 100	14 802	14 422	14 137	13 852	13 510	13 178	12 854	
496	39 101—39 200	14 849	14 469	14 184	13 899	13 557	13 223	12 899	
497	39 201—39 300	14 897	14 517	14 232	13 947	13 605	13 268	12 944	
498	39 301—39 400	14 944	14 564	14 279	13 994	13 652	13 313	12 989	
499	39 401—39 500	14 992	14 612	14 327	14 042	13 700	13 358	13 034	
500	39 501—39 600	15 039	14 659	14 374	14 089	13 747	13 405	13 079	
501	39 601—39 700	15 087	14 707	14 422	14 137	13 795	13 453	13 124	
502	39 701—39 800	15 134	14 754	14 469	14 184	13 842	13 500	13 169	
503	39 801—39 900	15 182	14 802	14 517	14 232	13 890	13 548	13 214	
504	39 901—40 000	15 229	14 849	14 564	14 279	13 937	13 595	13 259	
505	40 001—40 100	15 277	14 897	14 612	14 327	13 985	13 643	13 304	
506	40 101—40 200	15 324	14 944	14 659	14 374	14 032	13 690	13 349	
507	40 201—40 300	15 372	14 992	14 707	14 422	14 080	13 738	13 396	
508	40 301—40 400	15 419	15 039	14 754	14 469	14 127	13 785	13 443	
509	40 401—40 500	15 467	15 087	14 802	14 517	14 175	13 833	13 491	
510	40 501—40 600	15 514	15 134	14 849	14 564	14 222	13 880	13 538	
511	40 601—40 700	15 562	15 182	14 897	14 612	14 270	13 928	13 586	
512	40 701—40 800	15 609	15 229	14 944	14 659	14 317	13 975	13 633	
513	40 801—40 900	15 657	15 277	14 992	14 707	14 365	14 023	13 681	
514	40 901—41 000	15 704	15 324	15 039	14 754	14 412	14 070	13 728	
515	41 001—41 100	15 752	15 372	15 087	14 802	14 460	14 118	13 776	
516	41 101—41 200	15 799	15 419	15 134	14 849	14 507	14 165	13 823	
517	41 201—41 300	15 847	15 467	15 182	14 897	14 555	14 213	13 871	
518	41 301—41 400	15 894	15 514	15 229	14 944	14 602	14 260	13 918	
519	41 401—41 500	15 942	15 562	15 277	14 992	14 650	14 308	13 966	
520	41 501—41 600	15 989	15 609	15 324	15 039	14 697	14 355	14 013	
521	41 601—41 700	16 037	15 657	15 372	15 087	14 745	14 403	14 061	
522	41 701—41 800	16 084	15 704	15 419	15 134	14 792	14 450	14 108	
523	41 801—41 900	16 132	15 752	15 467	15 182	14 840	14 498	14 156	
524	41 901—42 000	16 179	15 799	15 514	15 229	14 887	14 545	14 203	
525	42 001—42 100	16 227	15 847	15 562	15 277	14 935	14 593	14 251	
526	42 101—42 200	16 274	15 894	15 609	15 324	14 982	14 640	14 298	
527	42 201—42 300	16 322	15 942	15 657	15 372	15 030	14 688	14 346	
528	42 301—42 400	16 369	15 989	15 704	15 419	15 077	14 735	14 393	
529	42 401—42 500	16 417	16 037	15 752	15 467	15 125	14 783	14 441	
530	42 501—42 600	16 464	16 084	15 799	15 514	15 172	14 830	14 488	

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in								
		Steuer- klasse I	klasse II Steuer-	Steuerklasse III					jedes weitere Kind	
				bei Kinderermäßigung für						
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	von — bis									
531	42 601—42 700	16 512	16 132	15 847	15 562	15 220	14 878	14 536	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.	
532	42 701—42 800	16 559	16 179	15 894	15 609	15 267	14 925	14 583		
533	42 801—42 900	16 607	16 227	15 942	15 657	15 315	14 973	14 631		
534	42 901—43 000	16 654	16 274	15 989	15 704	15 362	15 020	14 678		
535	43 001—43 100	16 702	16 322	16 037	15 752	15 410	15 068	14 726	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.	
536	43 101—43 200	16 749	16 369	16 084	15 799	15 457	15 115	14 773		
537	43 201—43 300	16 797	16 417	16 132	15 847	15 505	15 163	14 821		
538	43 301—43 400	16 844	16 464	16 179	15 894	15 552	15 210	14 868		
539	43 401—43 500	16 892	16 512	16 227	15 942	15 600	15 258	14 916		
540	43 501—43 600	16 939	16 559	16 274	15 989	15 647	15 305	14 963		
541	43 601—43 700	16 987	16 607	16 322	16 037	15 695	15 353	15 011		
542	43 701—43 800	17 034	16 654	16 369	16 084	15 742	15 400	15 058		
543	43 801—43 900	17 082	16 702	16 417	16 132	15 790	15 448	15 106		
544	43 901—44 000	17 129	16 749	16 464	16 179	15 837	15 495	15 153		
545	44 001—44 100	17 177	16 797	16 512	16 227	15 885	15 543	15 201		
546	44 101—44 200	17 224	16 844	16 559	16 274	15 932	15 590	15 248		
547	44 201—44 300	17 272	16 892	16 607	16 322	15 980	15 638	15 296		
548	44 301—44 400	17 319	16 939	16 654	16 369	16 027	15 685	15 343		
549	44 401—44 500	17 367	16 987	16 702	16 417	16 075	15 733	15 391		
550	44 501—44 600	17 414	17 034	16 749	16 464	16 122	15 780	15 438		
551	44 601—44 700	17 462	17 082	16 797	16 512	16 170	15 828	15 486		
552	44 701—44 800	17 509	17 129	16 844	16 559	16 217	15 875	15 533		
553	44 801—44 900	17 557	17 177	16 892	16 607	16 265	15 923	15 581		
554	44 901—45 000	17 604	17 224	16 939	16 654	16 312	15 970	15 628		
555	45 001—45 100	17 653	17 272	16 987	16 702	16 360	16 018	15 676		
556	45 101—45 200	17 703	17 319	17 034	16 749	16 407	16 065	15 723		
557	45 201—45 300	17 753	17 367	17 082	16 797	16 455	16 113	15 771		
558	45 301—45 400	17 803	17 414	17 129	16 844	16 502	16 160	15 818		
559	45 401—45 500	17 853	17 462	17 177	16 892	16 550	16 208	15 866		
560	45 501—45 600	17 903	17 509	17 224	16 939	16 597	16 255	15 913		
561	45 601—45 700	17 953	17 557	17 272	16 987	16 645	16 303	15 961		
562	45 701—45 800	18 003	17 604	17 319	17 034	16 692	16 350	16 008		
563	45 801—45 900	18 053	17 653	17 367	17 082	16 740	16 398	16 056		
564	45 901—46 000	18 103	17 703	17 414	17 129	16 787	16 445	16 103		
565	46 001—46 100	18 153	17 753	17 462	17 177	16 835	16 493	16 151		
566	46 101—46 200	18 203	17 803	17 509	17 224	16 882	16 540	16 198		
567	46 201—46 300	18 253	17 853	17 557	17 272	16 930	16 588	16 246		
568	46 301—46 400	18 303	17 903	17 604	17 319	16 977	16 635	16 293		
569	46 401—46 500	18 353	17 953	17 653	17 367	17 025	16 683	16 341		
570	46 501—46 600	18 403	18 003	17 703	17 414	17 072	16 730	16 388		
571	46 601—46 700	18 453	18 053	17 753	17 462	17 120	16 778	16 436		
572	46 701—46 800	18 503	18 103	17 803	17 509	17 167	16 825	16 483		
573	46 801—46 900	18 553	18 153	17 853	17 557	17 215	16 873	16 531		
574	46 901—47 000	18 603	18 203	17 903	17 604	17 262	16 920	16 578		
575	47 001—47 100	18 653	18 253	17 953	17 653	17 310	16 968	16 626		
576	47 101—47 200	18 703	18 303	18 003	17 703	17 357	17 015	16 673		
577	47 201—47 300	18 753	18 353	18 053	17 753	17 405	17 063	16 721		
578	47 301—47 400	18 803	18 403	18 103	17 803	17 452	17 110	16 768		
579	47 401—47 500	18 853	18 453	18 153	17 853	17 500	17 158	16 816		
580	47 501—47 600	18 903	18 503	18 203	17 903	17 547	17 205	16 863		
581	47 601—47 700	18 953	18 553	18 253	17 953	17 595	17 253	16 911		
582	47 701—47 800	19 003	18 603	18 303	18 003	17 643	17 300	16 958		
583	47 801—47 900	19 053	18 653	18 353	18 053	17 693	17 348	17 006		
584	47 901—48 000	19 103	18 703	18 403	18 103	17 743	17 395	17 053		
585	48 001—48 100	19 153	18 753	18 453	18 153	17 793	17 443	17 101		
586	48 101—48 200	19 203	18 803	18 503	18 203	17 843	17 490	17 148		
587	48 201—48 300	19 253	18 853	18 553	18 253	17 893	17 538	17 196		
588	48 301—48 400	19 303	18 903	18 603	18 303	17 943	17 585	17 243		
589	48 401—48 500	19 353	18 953	18 653	18 353	17 993	17 633	17 291		
590	48 501—48 600	19 403	19 003	18 703	18 403	18 043	17 683	17 338		
591	48 601—48 700	19 453	19 053	18 753	18 453	18 093	17 733	17 386		
592	48 701—48 800	19 503	19 103	18 803	18 503	18 143	17 783	17 433		
593	48 801—48 900	19 553	19 153	18 853	18 553	18 193	17 833	17 481		
594	48 901—49 000	19 603	19 203	18 903	18 603	18 243	17 883	17 528		
595	49 001—49 100	19 653	19 253	18 953	18 653	18 293	17 933	17 576		
596	49 101—49 200	19 703	19 303	19 003	18 703	18 343	17 983	17 623		
597	49 201—49 300	19 753	19 353	19 053	18 753	18 393	18 033	17 673		
598	49 301—49 400	19 803	19 403	19 103	18 803	18 443	18 083	17 723		
599	49 401—49 500	19 853	19 453	19 153	18 853	18 493	18 133	17 773		
600	49 501—49 600	19 903	19 503	19 203	18 903	18 543	18 183	17 823		
601	49 601—49 700	19 953	19 553	19 253	18 953	18 593	18 233	17 873		
602	49 701—49 800	20 003	19 603	19 303	19 003	18 643	18 283	17 923		
603	49 801—49 900	20 053	19 653	19 353	19 053	18 693	18 333	17 973		
604	49 901—50 000	20 103	19 703	19 403	19 103	18 743	18 383	18 023		
605	50 001—50 100	20 153	19 753	19 453	19 153	18 793	18 433	18 073		

Lfd. Nr.	Einkommen DM	Die Einkommensteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I DM	Steuer- klasse II DM	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
606	50 101—50 200	20 203	19 803	19 503	19 203	18 843	18 483	18 123	Für jedes weitere Kind für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
607	50 201—50 300	20 253	19 853	19 553	19 253	18 893	18 533	18 173	
608	50 301—50 400	20 303	19 903	19 603	19 303	18 943	18 583	18 223	
609	50 401—50 500	20 353	19 953	19 653	19 353	18 993	18 633	18 273	
610	50 501—50 600	20 403	20 003	19 703	19 403	19 043	18 683	18 323	
611	50 601—50 700	20 453	20 053	19 753	19 453	19 093	18 733	18 373	
612	50 701—50 800	20 503	20 103	19 803	19 503	19 143	18 783	18 423	
613	50 801—50 900	20 553	20 153	19 853	19 553	19 193	18 833	18 473	
614	50 901—51 000	20 603	20 203	19 903	19 603	19 243	18 883	19 523	
615	51 001—51 100	20 653	20 253	19 953	19 653	19 293	18 933	18 573	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
616	51 101—51 200	20 703	20 303	20 003	19 703	19 343	18 983	18 623	
617	51 201—51 300	20 753	20 353	20 053	19 753	19 393	19 033	18 673	
618	51 301—51 400	20 803	20 403	20 103	19 803	19 443	19 083	18 723	
619	51 401—51 500	20 853	20 453	20 153	19 853	19 493	19 133	18 773	
620	51 501—51 600	20 903	20 503	20 203	19 903	19 543	19 183	18 823	
621	51 601—51 700	20 953	20 553	20 253	19 953	19 593	19 233	18 873	
622	51 701—51 800	21 003	20 603	20 303	20 003	19 643	19 283	18 923	
623	51 801—51 900	21 053	20 653	20 353	20 053	19 693	19 333	18 973	
624	51 901—52 000	21 103	20 703	20 403	20 103	19 743	19 383	19 023	
625	52 001—52 100	21 153	20 753	20 453	20 153	19 793	19 433	19 073	
626	52 101—52 200	21 203	20 803	20 503	20 203	19 843	19 483	19 123	
627	52 201—52 300	21 253	20 853	20 553	20 253	19 893	19 533	19 173	
628	52 301—52 400	21 303	20 903	20 603	20 303	19 943	19 583	19 223	
629	52 401—52 500	21 353	20 953	20 653	20 353	19 993	19 633	19 273	
630	52 501—52 600	21 403	21 003	20 703	20 403	20 043	19 683	19 323	
631	52 601—52 700	21 453	21 053	20 753	20 453	20 093	19 733	19 373	
632	52 701—52 800	21 503	21 103	20 803	20 503	20 143	19 783	19 423	
633	52 801—52 900	21 553	21 153	20 853	20 553	20 193	19 833	19 473	
634	52 901—53 000	21 603	21 203	20 903	20 603	20 243	19 883	19 523	
635	53 001—53 100	21 653	21 253	20 953	20 653	20 293	19 933	19 573	
636	53 101—53 200	21 703	21 303	21 003	20 703	20 343	19 983	19 623	
637	53 201—53 300	21 753	21 353	21 053	20 753	20 393	20 033	19 673	
638	53 301—53 400	21 803	21 403	21 103	20 803	20 443	20 083	19 723	
639	53 401—53 500	21 853	21 453	21 153	20 853	20 493	20 133	19 773	
640	53 501—53 600	21 903	21 503	21 203	20 903	20 543	20 183	19 823	
641	53 601—53 700	21 953	21 553	21 253	20 953	20 593	20 233	19 873	
642	53 701—53 800	22 003	21 603	21 303	21 003	20 643	20 283	19 923	
643	53 801—53 900	22 053	21 653	21 353	21 053	20 693	20 333	19 973	
644	53 901—54 000	22 103	21 703	21 403	21 103	20 743	20 383	20 023	
645	54 001—54 100	22 153	21 753	21 453	21 153	20 793	20 433	20 073	
646	54 101—54 200	22 203	21 803	21 503	21 203	20 843	20 483	20 123	
647	54 201—54 300	22 253	21 853	21 553	21 253	20 893	20 533	20 173	
648	54 301—54 400	22 303	21 903	21 603	21 303	20 943	20 583	20 223	
649	54 401—54 500	22 353	21 953	21 653	21 353	20 993	20 633	20 273	
650	54 501—54 600	22 403	22 003	21 703	21 403	21 043	20 683	20 323	
651	54 601—54 700	22 453	22 053	21 753	21 453	21 093	20 733	20 373	
652	54 701—54 800	22 503	22 103	21 803	21 503	21 143	20 783	20 423	
653	54 801—54 900	22 553	22 153	21 853	21 553	21 193	20 833	20 473	
654	54 901—55 000	22 603	22 203	21 903	21 603	21 243	20 883	20 523	
655	55 001—55 100	22 653	22 253	21 953	21 653	21 293	20 933	20 573	
656	55 101—55 200	22 703	22 303	22 003	21 703	21 343	20 983	20 623	
657	55 201—55 300	22 753	22 353	22 053	21 753	21 393	21 033	20 673	
658	55 301—55 400	22 803	22 403	22 103	21 803	21 443	21 083	20 723	
659	55 401—55 500	22 853	22 453	22 153	21 853	21 493	21 133	20 773	
660	55 501—55 600	22 903	22 503	22 203	21 903	21 543	21 183	20 823	
661	55 601—55 700	22 953	22 553	22 253	21 953	21 593	21 233	20 873	
662	55 701—55 800	23 003	22 603	22 303	22 003	21 643	21 283	20 923	
663	55 801—55 900	23 053	22 653	22 353	22 053	21 693	21 333	20 973	
664	55 901—56 000	23 103	22 703	22 403	22 103	21 743	21 383	21 023	
665	56 001—56 100	23 153	22 753	22 453	22 153	21 793	21 433	21 073	
666	56 101—56 200	23 203	22 803	22 503	22 203	21 843	21 483	21 123	
667	56 201—56 300	23 253	22 853	22 553	22 253	21 893	21 533	21 173	
668	56 301—56 400	23 303	22 903	22 603	22 303	21 943	21 583	21 223	
669	56 401—56 500	23 353	22 953	22 653	22 353	21 993	21 633	21 273	
670	56 501—56 600	23 403	23 003	22 703	22 403	22 043	21 683	21 323	
671	56 601—56 700	23 453	23 053	22 753	22 453	22 093	21 733	21 373	
672	56 701—56 800	23 503	23 103	22 803	22 503	22 143	21 783	21 423	
673	56 801—56 900	23 553	23 153	22 853	22 553	22 193	21 833	21 473	
674	56 901—57 000	23 603	23 203	22 903	22 603	22 243	21 883	21 523	
675	57 001—57 100	23 656	23 258	22 953	22 658	22 298	21 938	21 578	
676	57 101—57 200	23 711	23 308	23 003	22 708	22 343	21 988	21 628	
677	57 201—57 300	23 766	23 353	23 053	22 753	22 393	22 033	21 673	
678	57 301—57 400	23 821	23 408	23 103	22 803	22 443	22 083	21 723	
679	57 401—57 500	23 876	23 453	23 153	23 853	22 493	22 133	21 773	
680	57 501—57 600	23 931	23 508	23 203	22 903	22 543	22 183	21 823	
681	57 601—57 700	23 986	23 553	23 253	22 953	22 593	22 233	21 873	

Lfd. Nr.	Einkommen	Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Die Einkommensteuer beträgt in						
				Steuerklasse III						
				bei Kinderermäßigung für						
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	von — bis									
682	57 701—57 800	24 041	23 603	23 303	23 003	22 643	22 283	21 923	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.	
683	57 801—57 900	24 096	23 656	23 353	23 053	22 693	22 333	21 973		
684	57 901—58 000	24 151	23 711	23 403	23 103	22 743	22 383	22 023		
685	58 001—58 100	24 206	23 766	23 453	23 153	22 793	22 433	22 073		
686	58 101—58 200	24 261	23 821	23 503	23 203	22 843	22 483	22 123	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.	
687	58 201—58 300	24 316	23 876	23 553	23 253	22 893	22 533	22 173		
688	58 301—58 400	24 371	23 931	23 603	23 303	22 943	22 583	22 223		
689	58 401—58 500	24 426	23 986	23 656	23 353	22 993	22 633	22 273		
690	58 501—58 600	24 481	24 041	23 711	23 403	23 043	22 683	22 323		
691	58 601—58 700	24 536	24 096	23 766	23 453	23 093	22 733	22 373		
692	58 701—58 800	24 591	24 151	23 821	23 503	23 143	22 783	22 423		
693	58 801—58 900	24 646	24 206	23 876	23 553	23 193	22 833	22 473		
694	58 901—59 000	24 701	24 261	23 931	23 603	23 243	22 883	22 523		
695	59 001—59 100	24 756	24 316	23 986	23 656	23 293	22 933	22 573		
696	59 101—59 200	24 811	24 371	24 041	23 711	23 343	22 983	22 623		
697	59 201—59 300	24 866	24 426	24 096	23 766	23 393	23 033	22 673		
698	59 301—59 400	24 921	24 481	24 151	23 821	23 443	23 083	22 723		
699	59 401—59 500	24 976	24 536	24 206	23 876	23 493	23 133	22 773		
700	59 501—59 600	25 031	24 591	24 261	23 931	23 543	23 183	22 823		
701	59 601—59 700	25 086	24 646	24 316	23 986	23 593	23 233	22 873		
702	59 701—59 800	25 141	24 701	24 371	24 041	23 645	23 283	22 923		
703	59 801—59 900	25 196	24 756	24 426	24 096	23 700	23 333	22 973		
704	59 901—60 000	25 251	24 811	24 481	24 151	23 755	23 383	23 023		
705	60 001—60 100	25 306	24 866	24 536	24 206	23 810	23 433	23 073		
706	60 101—60 200	25 361	24 921	24 591	24 261	23 865	23 483	23 123		
707	60 201—60 300	25 416	24 976	24 646	23 316	23 920	23 533	23 173		
708	60 301—60 400	25 471	25 031	24 701	24 371	23 975	23 583	23 223		
709	60 401—60 500	25 526	25 086	24 756	24 426	24 030	23 634	23 273		
710	60 501—60 600	25 581	25 141	24 811	24 481	24 085	23 689	23 323		
711	60 601—60 700	25 636	25 196	24 866	24 536	24 140	23 744	23 373		
712	60 701—60 800	25 691	25 251	24 921	24 591	24 195	23 799	23 423		
713	60 801—60 900	25 746	25 306	24 976	24 646	24 250	23 854	23 473		
714	60 901—61 000	25 801	25 361	25 031	24 701	24 305	23 909	23 523		
715	61 001—61 100	25 856	25 416	25 086	24 756	24 360	23 964	23 573		
716	61 101—61 200	25 911	25 471	25 141	24 811	24 415	24 019	23 623		
717	61 201—61 300	25 966	25 526	25 196	24 866	24 470	24 074	23 678		
718	61 301—61 400	26 021	25 581	25 251	24 921	24 525	24 129	23 733		
719	61 401—61 500	26 076	25 636	25 306	24 976	24 580	24 184	23 788		
720	61 501—61 600	26 131	25 691	25 361	25 031	24 635	24 239	23 843		
721	61 601—61 700	26 186	25 746	25 416	25 086	24 690	24 294	23 898		
722	61 701—61 800	26 241	25 801	25 471	25 141	24 745	24 349	23 953		
723	61 801—61 900	26 296	25 856	25 526	25 196	24 800	24 404	24 008		
724	61 901—62 000	26 351	25 911	25 581	25 251	24 855	24 459	24 063		
725	62 001—62 100	26 406	25 966	25 636	25 306	24 910	24 514	24 118		
726	62 101—62 200	26 461	26 021	25 691	25 361	24 965	24 569	24 173		
727	62 201—62 300	26 516	26 076	25 746	25 416	25 020	24 624	24 228		
728	62 301—62 400	26 571	26 131	25 801	25 471	25 075	24 679	24 283		
729	62 401—62 500	26 626	26 186	25 856	25 526	25 130	24 734	24 338		
730	62 501—62 600	26 681	26 241	25 911	25 581	25 185	24 789	24 393		
731	62 601—62 700	26 736	26 296	25 966	25 636	25 240	24 844	24 448		
732	62 701—62 800	26 791	26 351	26 021	25 691	25 295	24 899	24 503		
733	62 801—62 900	26 846	26 406	26 076	25 746	25 350	24 954	24 558		
734	62 901—63 000	26 901	26 461	26 131	25 801	25 405	25 009	24 613		
735	63 001—63 100	26 956	26 516	26 186	25 856	25 460	25 064	24 668		
736	63 101—63 200	27 011	26 571	26 241	25 911	25 515	25 119	24 723		
737	63 201—63 300	27 066	26 626	26 296	25 966	25 570	25 174	24 778		
738	63 301—63 400	27 121	26 681	26 351	26 021	25 625	25 229	24 833		
739	63 401—63 500	27 176	26 736	26 406	26 076	25 680	25 284	24 888		
740	63 501—63 600	27 231	26 791	26 461	26 131	25 735	25 339	24 943		
741	63 601—63 700	27 286	26 846	26 516	26 186	25 790	25 394	24 998		
742	63 701—63 800	27 341	26 901	26 571	26 241	25 845	25 449	25 053		
743	63 801—63 900	27 396	26 956	26 626	26 296	25 900	25 504	25 108		
744	63 901—64 000	27 451	27 011	26 681	26 351	25 955	25 559	25 163		
745	64 001—64 100	27 506	27 066	26 736	26 406	26 010	25 614	25 218		
746	64 101—64 200	27 561	27 121	26 791	26 461	26 065	25 669	25 273		
747	64 201—64 300	27 616	27 176	26 846	26 516	26 120	25 724	25 328		
748	64 301—64 400	27 671	27 231	26 901	26 571	26 175	25 779	25 383		
749	64 401—64 500	27 726	27 286	26 956	26 626	26 230	25 834	25 438		
750	64 501—64 600	27 781	27 341	27 011	26 681	26 285	25 889	25 493		
751	64 601—64 700	27 836	27 396	27 066	26 736	26 340	25 944	25 548		
752	64 701—64 800	27 891	27 451	27 121	26 791	26 395	25 999	25 603		
753	64 801—64 900	27 946	27 506	27 176	26 846	26 450	26 054	25 658		
754	64 901—65 000	28 001	27 561	27 231	26 901	26 505	26 109	25 713		
755	65 001—65 100	28 056	27 616	27 286	26 956	26 560	26 164	25 768		
756	65 101—65 200	28 111	27 671	27 341	27 011	26 615	26 219	25 823		

Lfd. Nr.	Einkommen	Die Einkommensteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
	DM	DM	DM	1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
757	65 201—65 300	28 166	27 726	27 896	27 066	26 670	26 274	25 878	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
758	65 301—65 400	28 221	27 781	27 851	27 121	26 725	26 329	25 933	
759	65 401—65 500	28 276	27 836	27 506	27 176	26 780	26 384	25 988	
760	65 501—65 600	28 331	27 891	27 561	27 231	26 835	26 439	26 043	
761	65 601—65 700	28 386	27 946	27 616	27 286	26 890	26 494	26 098	
762	65 701—65 800	28 441	28 001	27 671	27 341	26 945	26 549	26 153	
763	65 801—65 900	28 496	28 056	27 726	27 396	27 000	26 604	26 208	
764	65 901—66 000	28 551	28 111	27 781	27 451	27 055	26 659	26 263	
765	66 001—66 100	28 606	28 166	27 836	27 506	27 110	26 714	26 318	
766	66 101—66 200	28 661	28 221	27 891	27 561	27 165	26 769	26 373	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
767	66 201—66 300	28 716	28 276	27 946	27 616	27 220	26 824	26 428	
768	66 301—66 400	28 771	28 331	28 001	27 671	27 275	26 879	26 483	
769	66 401—66 500	28 826	28 386	28 056	27 726	27 330	26 934	26 538	
770	66 501—66 600	28 881	28 441	28 111	27 781	27 385	26 989	26 593	
771	66 601—66 700	28 936	28 496	28 166	27 836	27 440	27 044	26 648	
772	66 701—66 800	28 991	28 551	28 221	27 891	27 495	27 099	26 703	
773	66 801—66 900	29 046	28 606	28 276	27 946	27 550	27 154	26 758	
774	66 901—67 000	29 101	28 661	28 331	28 001	27 605	27 209	26 813	
775	67 001—67 100	29 156	28 716	28 386	28 056	27 660	27 264	26 868	
776	67 101—67 200	29 211	28 771	28 441	28 111	27 715	27 319	26 923	
777	67 201—67 300	29 266	28 826	28 496	28 166	27 770	27 374	26 978	
778	67 301—67 400	29 321	28 881	28 551	28 221	27 825	27 429	27 033	
779	67 401—67 500	29 376	28 936	28 606	28 276	27 880	27 484	27 088	
780	67 501—67 600	29 431	28 991	28 661	28 331	27 935	27 539	27 143	
781	67 601—67 700	29 486	29 046	28 716	28 386	27 990	27 594	27 198	
782	67 701—67 800	29 541	29 101	28 771	28 441	28 045	27 649	27 253	
783	67 801—67 900	29 596	29 156	28 826	28 496	28 100	27 704	27 308	
784	67 901—68 000	29 651	29 211	28 881	28 551	28 155	27 759	27 363	
785	68 001—68 100	29 706	29 266	28 936	28 606	28 210	27 814	27 418	
786	68 101—68 200	29 761	29 321	28 991	28 661	28 265	27 869	27 473	
787	68 201—68 300	29 816	29 376	29 046	28 716	28 320	27 924	27 528	
788	68 301—68 400	29 871	29 431	29 101	28 771	28 375	27 979	27 583	
789	68 401—68 500	29 926	29 486	29 156	28 826	28 430	28 034	27 638	
790	68 501—68 600	29 981	29 541	29 211	28 881	28 485	28 089	27 693	
791	68 601—68 700	30 036	29 596	29 266	28 936	28 540	28 144	27 748	
792	68 701—68 800	30 091	29 651	29 321	28 991	28 595	28 199	27 803	
793	68 801—68 900	30 146	29 706	29 376	29 046	28 650	28 254	27 858	
794	68 901—69 000	30 201	29 761	29 431	29 101	28 705	28 309	27 913	
795	69 001—69 100	30 256	29 816	29 486	29 156	28 760	28 364	27 968	
796	69 101—69 200	30 311	29 871	29 541	29 211	28 815	28 419	28 023	
797	69 201—69 300	30 366	29 926	29 596	29 266	28 870	28 474	28 078	
798	69 301—69 400	30 421	29 981	29 651	29 321	28 925	28 529	28 133	
799	69 401—69 500	30 476	30 036	29 706	29 376	28 980	28 584	28 188	
800	69 501—69 600	30 531	30 091	29 761	29 431	29 035	28 639	28 243	
801	69 601—69 700	30 586	30 146	29 816	29 486	29 090	28 694	28 298	
802	69 701—69 800	30 641	30 201	29 871	29 541	29 145	28 749	28 353	
803	69 801—69 900	30 696	30 256	29 926	29 596	29 200	28 804	28 408	
804	69 901—70 000	30 751	30 311	29 981	29 651	29 255	28 859	28 463	
805	70 001—70 100	30 806	30 366	30 036	29 706	29 310	28 914	28 518	
806	70 101—70 200	30 861	30 421	30 091	29 761	29 365	28 969	28 573	
807	70 201—70 300	30 916	30 476	30 146	29 816	29 420	29 024	28 628	
808	70 301—70 400	30 971	30 531	30 201	29 871	29 475	29 079	28 683	
809	70 401—70 500	31 026	30 586	30 256	29 926	29 530	29 134	28 738	
810	70 501—70 600	31 081	30 641	30 311	29 981	29 585	29 189	28 793	
811	70 601—70 700	31 136	30 696	30 366	30 036	29 640	29 244	28 848	
812	70 701—70 800	31 191	30 751	30 421	30 091	29 695	29 299	28 903	
813	70 801—70 900	31 246	30 806	30 476	30 146	29 750	29 354	28 958	
814	70 901—71 000	31 301	30 861	30 531	30 201	29 805	29 409	29 013	
815	71 001—71 100	31 356	30 916	30 586	30 256	29 860	29 464	29 068	
816	71 101—71 200	31 411	30 971	30 641	30 311	29 915	29 519	29 123	
817	71 201—71 300	31 466	31 026	30 696	30 366	29 970	29 574	29 178	
818	71 301—71 400	31 521	31 081	30 751	30 421	30 025	29 629	29 233	
819	71 401—71 500	31 576	31 136	30 806	30 476	30 080	29 684	29 288	
820	71 501—71 600	31 631	31 191	30 861	30 531	30 135	29 739	29 343	
821	71 601—71 700	31 686	31 246	30 916	30 586	30 190	29 794	29 398	
822	71 701—71 800	31 741	31 301	30 971	30 641	30 245	29 849	29 453	
823	71 801—71 900	31 796	31 356	31 026	30 696	30 300	29 904	29 508	
824	71 901—72 000	31 851	31 411	31 081	30 751	30 355	29 959	29 563	
825	72 001—72 100	31 906	31 466	31 136	30 806	30 410	30 014	29 618	
826	72 101—72 200	31 961	31 521	31 191	30 861	30 465	30 069	29 673	
827	72 201—72 300	32 016	31 576	31 246	30 916	30 520	30 124	29 728	
828	72 301—72 400	32 071	31 631	31 301	30 971	30 575	30 179	29 783	
829	72 401—72 500	32 126	31 686	31 356	31 026	30 630	30 234	29 838	
830	72 501—72 600	32 183	31 741	31 411	31 081	30 685	30 289	29 893	
831	72 601—72 700	32 243	31 796	31 466	31 136	30 740	30 344	29 948	
832	72 701—72 800	32 303	31 851	31 521	31 191	30 795	30 399	30 003	

Lfd. Nr.	Einkommen	Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Die Einkommensteuer beträgt in					
				Steuerklasse III					jedes weitere Kind
				bei Kinderermäßigung für					
DM	DM	DM	1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
833	72 801—72 900	32 363	31 906	31 576	31 246	30 850	30 454	30 058	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
834	72 901—73 000	32 423	31 961	31 631	31 301	30 905	30 509	30 113	
835	73 001—73 100	32 483	32 016	31 686	31 356	30 960	30 564	30 168	
836	73 101—73 200	32 543	32 071	31 741	31 411	31 015	30 619	30 223	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
837	73 201—73 300	32 603	32 126	31 796	31 466	31 070	30 674	30 278	
838	73 301—73 400	32 663	32 183	31 851	31 521	31 125	30 729	30 333	
839	73 401—73 500	32 723	32 243	31 906	31 576	31 180	30 784	30 388	
840	73 501—73 600	32 783	32 303	31 961	31 631	31 235	30 839	30 443	
841	73 601—73 700	32 843	32 363	32 016	31 686	31 290	30 894	30 498	
842	73 701—73 800	32 903	32 423	32 071	31 741	31 345	30 949	30 553	
843	73 801—73 900	32 963	32 483	32 126	31 796	31 400	31 004	30 608	
844	73 901—74 000	33 023	32 543	32 183	31 851	31 455	31 059	30 663	
845	74 001—74 100	33 083	32 603	32 243	31 906	31 510	31 114	30 718	
846	74 101—74 200	33 143	32 663	32 303	31 961	31 565	31 169	30 773	
847	74 201—74 300	33 203	32 723	32 363	32 016	31 620	31 224	30 828	
848	74 301—74 400	33 263	32 783	32 423	32 071	31 675	31 279	30 883	
849	74 401—74 500	33 323	32 843	32 483	32 126	31 730	31 334	30 938	
850	74 501—74 600	33 383	32 903	32 543	32 183	31 785	31 389	30 993	
851	74 601—74 700	33 443	32 963	32 603	32 243	31 840	31 444	31 048	
852	74 701—74 800	33 503	33 023	32 663	32 303	31 895	31 499	31 103	
853	74 801—74 900	33 563	33 083	32 723	32 363	31 950	31 554	31 158	
854	74 901—75 000	33 623	33 143	32 783	32 423	32 005	31 609	31 213	
855	75 001—75 100	33 683	33 203	32 843	32 483	32 060	31 664	31 268	
856	75 101—75 200	33 743	33 263	32 903	32 543	32 115	31 719	31 323	
857	75 201—75 300	33 803	33 323	32 963	32 603	32 171	31 774	31 378	
858	75 301—75 400	33 863	33 383	33 023	32 663	32 231	31 829	31 433	
859	75 401—75 500	33 923	33 443	33 083	32 723	32 291	31 884	31 488	
860	75 501—75 600	33 983	33 503	33 143	32 783	32 351	31 939	31 543	
861	75 601—75 700	34 043	33 563	33 203	32 843	32 411	31 994	31 598	
862	75 701—75 800	34 103	33 623	33 263	32 903	32 471	32 049	31 653	
863	75 801—75 900	34 163	33 683	33 323	32 963	32 531	32 104	31 708	
864	75 901—76 000	34 223	33 743	33 383	33 023	32 591	32 159	31 763	
865	76 001—76 100	34 283	33 803	33 443	33 083	32 651	32 219	31 818	
866	76 101—76 200	34 343	33 863	33 503	33 143	32 711	32 279	31 873	
867	76 201—76 300	34 403	33 923	33 563	33 203	32 771	32 339	31 928	
868	76 301—76 400	34 463	33 983	33 623	33 263	32 831	32 399	31 983	
869	76 401—76 500	34 523	34 043	33 683	33 323	32 891	32 459	32 038	
870	76 501—76 600	34 583	34 103	33 743	33 383	32 951	32 519	32 093	
871	76 601—76 700	34 643	34 163	33 803	33 443	33 011	32 579	32 148	
872	76 701—76 800	34 703	34 223	33 863	33 503	33 071	32 639	32 207	
873	76 801—76 900	34 763	34 283	33 923	33 563	33 131	32 699	32 267	
874	76 901—77 000	34 823	34 343	33 983	33 623	33 191	32 759	32 327	
875	77 001—77 100	34 883	34 403	34 043	33 683	33 251	32 819	32 387	
876	77 101—77 200	34 943	34 463	34 103	33 743	33 311	32 879	32 447	
877	77 201—77 300	35 003	34 523	34 163	33 803	33 371	32 939	32 507	
878	77 301—77 400	35 063	34 583	34 223	33 863	33 431	32 999	32 567	
879	77 401—77 500	35 123	34 643	34 283	33 923	33 491	33 059	32 627	
880	77 501—77 600	35 183	34 703	34 343	33 983	33 551	33 119	32 687	
881	77 601—77 700	35 243	34 763	34 403	34 043	33 611	33 179	32 747	
882	77 701—77 800	35 303	34 823	34 463	34 103	33 671	33 239	32 807	
883	77 801—77 900	35 363	34 883	34 523	34 163	33 731	33 299	32 867	
884	77 901—78 000	35 423	34 943	34 583	34 223	33 791	33 359	32 927	
885	78 001—78 100	35 483	35 003	34 643	34 283	33 851	33 419	32 987	
886	78 101—78 200	35 543	35 063	34 703	34 343	33 911	33 479	33 047	
887	78 201—78 300	35 603	35 123	34 763	34 403	33 971	33 539	33 107	
888	78 301—78 400	35 663	35 183	34 823	34 463	34 031	33 599	33 167	
889	78 401—78 500	35 723	35 243	34 883	34 523	34 091	33 659	33 227	
890	78 501—78 600	35 783	35 303	34 943	34 583	34 151	33 719	33 287	
891	78 601—78 700	35 843	35 363	35 003	34 643	34 211	33 779	33 347	
892	78 701—78 800	35 903	35 423	35 063	34 703	34 271	33 839	33 407	
893	78 801—78 900	35 963	35 483	35 123	34 763	34 331	33 899	33 467	
894	78 901—79 000	36 023	35 543	35 183	34 823	34 391	33 959	33 527	
895	79 001—79 100	36 083	35 603	35 243	34 883	34 451	34 019	33 587	
896	79 101—79 200	36 143	35 663	35 303	34 943	34 511	34 079	33 647	
897	79 201—79 300	36 203	35 723	35 363	35 003	34 571	34 139	33 707	
898	79 301—79 400	36 263	35 783	35 423	35 063	34 631	34 199	33 767	
899	79 401—79 500	36 323	35 843	35 483	35 123	34 691	34 259	33 827	
900	79 501—79 600	36 383	35 903	35 543	35 183	34 751	34 319	33 887	
901	79 601—79 700	36 443	35 963	35 603	35 243	34 811	34 379	33 947	
902	79 701—79 800	36 503	36 023	35 663	35 303	34 871	34 439	34 007	
903	79 801—79 900	36 563	36 083	35 723	35 363	34 931	34 499	34 067	
904	79 901—80 000	36 623	36 143	35 783	35 423	34 991	34 559	34 127	
905	80 001—80 100	36 683	36 203	35 843	35 483	35 051	34 619	34 187	
906	80 101—80 200	36 743	36 263	35 903	35 543	35 111	34 679	34 247	

Lfd. Nr.	Einkommen	Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Die Einkommensteuer beträgt in					
				Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
DM	DM	DM	1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
907	80 201—80 300	36 803	36 323	35 963	35 603	35 171	34 739	34 307	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
908	80 301—80 400	36 863	36 383	36 023	35 663	35 231	34 799	34 367	
909	80 401—80 500	36 923	36 443	36 083	35 723	35 291	34 859	34 427	
910	80 501—80 600	36 983	36 503	36 143	35 783	35 351	34 919	34 487	
911	80 601—80 700	37 043	36 563	36 203	35 843	35 411	34 979	34 547	
912	80 701—80 800	37 103	36 623	36 263	35 903	35 471	35 039	34 607	
913	80 801—80 900	37 163	36 683	36 323	35 963	35 531	35 099	34 667	
914	80 901—81 000	37 223	36 743	36 383	36 023	35 591	35 159	34 727	
915	81 001—81 100	37 283	36 803	36 443	36 083	35 651	35 219	34 787	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
916	81 101—81 200	37 343	36 863	36 503	36 143	35 711	35 279	34 847	
917	81 201—81 300	37 403	36 923	36 563	36 203	35 771	35 339	34 907	
918	81 301—81 400	37 463	36 983	36 623	36 263	35 831	35 399	34 967	
919	81 401—81 500	37 523	37 043	36 683	36 323	35 891	35 459	35 027	
920	81 501—81 600	37 583	37 103	36 743	36 383	35 951	35 519	35 087	
921	81 601—81 700	37 643	37 163	36 803	36 443	36 011	35 579	35 147	
922	81 701—81 800	37 703	37 223	36 863	36 503	36 071	35 639	35 207	
923	81 801—81 900	37 763	37 283	36 923	36 563	36 131	35 699	35 267	
924	81 901—82 000	37 823	37 343	36 983	36 623	36 191	35 759	35 327	
925	82 001—82 100	37 883	37 403	37 043	36 683	36 251	35 819	35 387	
926	82 101—82 200	37 943	37 463	37 103	36 743	36 311	35 879	35 447	
927	82 201—82 300	38 003	37 523	37 163	36 803	36 371	35 939	35 507	
928	82 301—82 400	38 063	37 583	37 223	36 863	36 431	35 999	35 567	
929	82 401—82 500	38 123	37 643	37 283	36 923	36 491	36 059	35 627	
930	82 501—82 600	38 183	37 703	37 343	36 983	36 551	36 119	35 687	
931	82 601—82 700	38 243	37 763	37 403	37 043	36 611	36 179	35 747	
932	82 701—82 800	38 303	37 823	37 463	37 103	36 671	36 239	35 807	
933	82 801—82 900	38 363	37 883	37 523	37 163	36 731	36 299	35 867	
934	82 901—83 000	38 423	37 943	37 583	37 223	36 791	36 359	35 927	
935	83 001—83 100	38 483	38 003	37 643	37 283	36 851	36 419	35 987	
936	83 101—83 200	38 543	38 063	37 703	37 343	36 911	36 479	36 047	
937	83 201—83 300	38 603	38 123	37 763	37 403	36 971	36 539	36 107	
938	83 301—83 400	38 663	38 183	37 823	37 463	37 031	36 599	36 167	
939	83 401—83 500	38 723	38 243	37 883	37 523	37 091	36 659	36 227	
940	83 501—83 600	38 783	38 303	37 943	37 583	37 151	36 719	36 287	
941	83 601—83 700	38 843	38 363	38 003	37 643	37 211	36 779	36 347	
942	83 701—83 800	38 903	38 423	38 063	37 703	37 271	36 839	36 407	
943	83 801—83 900	38 963	38 483	38 123	37 763	37 331	36 899	36 467	
944	83 901—84 000	39 023	38 543	38 183	37 823	37 391	36 959	36 527	
945	84 001—84 100	39 083	38 603	38 243	37 883	37 451	37 019	36 587	
946	84 101—84 200	39 143	38 663	38 303	37 943	37 511	37 079	36 647	
947	84 201—84 300	39 203	38 723	38 363	38 003	37 571	37 139	36 707	
948	84 301—84 400	39 263	38 783	38 423	38 063	37 631	37 199	36 767	
949	84 401—84 500	39 323	38 843	38 483	38 123	37 691	37 259	36 827	
950	84 501—84 600	39 383	38 903	38 543	38 183	37 751	37 319	36 887	
951	84 601—84 700	39 443	38 963	38 603	38 243	37 811	37 379	36 947	
952	84 701—84 800	39 503	39 023	38 663	38 303	37 871	37 439	37 007	
953	84 801—84 900	39 563	39 083	38 723	38 363	37 931	37 499	37 067	
954	84 901—85 000	39 623	39 143	38 783	38 423	37 991	37 559	37 127	
955	85 001—85 100	39 683	39 203	38 843	38 483	38 051	37 619	37 187	
956	85 101—85 200	39 743	39 263	38 903	38 543	38 111	37 679	37 247	
957	85 201—85 300	39 803	39 323	38 963	38 603	38 171	37 739	37 307	
958	85 301—85 400	39 863	39 383	39 023	38 663	38 231	37 799	37 367	
959	85 401—85 500	39 923	39 443	39 083	38 723	38 291	37 859	37 427	
960	85 501—85 600	39 983	39 503	39 143	38 783	38 351	37 919	37 487	
961	85 601—85 700	40 043	39 563	39 203	38 843	38 411	37 979	37 547	
962	85 701—85 800	40 103	39 623	39 263	38 903	38 471	38 039	37 607	
963	85 801—85 900	40 163	39 683	39 323	38 963	38 531	38 099	37 667	
964	85 901—86 000	40 223	39 743	39 383	39 023	38 591	38 159	37 727	
965	86 001—86 100	40 283	39 803	39 443	39 083	38 651	38 219	37 787	
966	86 101—86 200	40 343	39 863	39 503	39 143	38 711	38 279	37 847	
967	86 201—86 300	40 403	39 923	39 563	39 203	38 771	38 339	37 907	
968	86 301—86 400	40 463	39 983	39 623	39 263	38 831	38 399	37 967	
969	86 401—86 500	40 523	40 043	39 683	39 323	38 891	38 459	38 027	
970	86 501—86 600	40 583	40 103	39 743	39 383	38 951	38 519	38 087	
971	86 601—86 700	40 643	40 163	39 803	39 443	39 011	38 579	38 147	
972	86 701—86 800	40 703	40 223	39 863	39 503	39 071	38 639	38 207	
973	86 801—86 900	40 763	40 283	39 923	39 563	39 131	38 699	38 267	
974	86 901—87 000	40 823	40 343	39 983	39 623	39 191	38 759	38 327	
975	87 001—87 100	40 883	40 403	40 043	39 683	39 251	38 819	38 387	
976	87 101—87 200	40 943	40 463	40 103	39 743	39 311	38 879	38 447	
977	87 201—87 300	41 003	40 523	40 163	39 803	39 371	38 939	38 507	
978	87 301—87 400	41 063	40 583	40 223	39 863	39 431	38 999	38 567	
979	87 401—87 500	41 123	40 643	40 283	39 923	39 491	39 059	38 627	
980	87 501—87 600	41 183	40 703	40 343	39 983	39 551	39 119	38 687	
981	87 601—87 700	41 243	40 763	40 403	40 043	39 611	39 179	38 747	
982	87 701—87 800	41 303	40 823	40 463	40 103	39 671	39 239	38 807	

Lfd. Nr.	Einkommen	Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Die Einkommensteuer beträgt in						jedes weitere Kind
				Steuerklasse III						
				bei Kinderermäßigung für						
DM	DM	DM	1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	von — bis									
983	87 801—87 900	41 363	40 883	40 523	40 163	39 731	39 299	38 867	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.	
984	87 901—88 000	41 423	40 943	40 583	40 223	39 791	39 359	38 927		
985	88 001—88 100	41 483	41 003	40 643	40 283	39 851	39 419	38 987		
986	88 101—88 200	41 543	41 063	40 703	40 343	39 911	39 479	39 047		
987	88 201—88 300	41 603	41 123	40 763	40 403	39 971	39 539	39 107		
988	88 301—88 400	41 663	41 183	40 823	40 463	40 031	39 599	39 167		
989	88 401—88 500	41 723	41 243	40 883	40 523	40 091	39 659	39 227		
990	88 501—88 600	41 783	41 303	40 943	40 583	40 151	39 719	39 287		
991	88 601—88 700	41 843	41 363	41 003	40 643	40 211	39 779	39 347		
992	88 701—88 800	41 903	41 423	41 063	40 703	40 271	39 839	39 407		
993	88 801—88 900	41 963	41 483	41 123	40 763	40 331	39 899	39 467		
994	88 901—89 000	42 023	41 543	41 183	40 823	40 391	39 959	39 527	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.	
995	89 001—89 100	42 083	41 603	41 243	40 883	40 451	40 019	39 587		
996	89 101—89 200	42 143	41 663	41 303	40 943	40 511	40 079	39 647		
997	89 201—89 300	42 203	41 723	41 363	41 003	40 571	40 139	39 707		
998	89 301—89 400	42 263	41 783	41 423	41 063	40 631	40 199	39 767		
999	89 401—89 500	42 323	41 843	41 483	41 123	40 691	40 259	39 827		
1000	89 501—89 600	42 383	41 903	41 543	41 183	40 751	40 319	39 887		
1001	89 601—89 700	42 443	41 963	41 603	41 243	40 811	40 379	39 947		
1002	89 701—89 800	42 503	42 023	41 663	41 303	40 871	40 439	40 007		
1003	89 801—89 900	42 563	42 083	41 723	41 363	40 931	40 499	40 067		
1004	89 901—90 000	42 623	42 143	41 783	41 423	40 991	40 559	40 127		
1005	90 001—90 100	42 683	42 203	41 843	41 483	41 051	40 619	40 187		
1006	90 101—90 200	42 743	42 263	41 903	41 543	41 111	40 679	40 247		
1007	90 201—90 300	42 803	42 323	41 963	41 603	41 171	40 739	40 307		
1008	90 301—90 400	42 863	42 383	42 023	41 663	41 231	40 799	40 367		
1009	90 401—90 500	42 923	42 443	42 083	41 723	41 291	40 859	40 427		
1010	90 501—90 600	42 983	42 503	42 143	41 783	41 351	40 919	40 487		
1011	90 601—90 700	43 043	42 563	42 203	41 843	41 411	40 979	40 547		
1012	90 701—90 800	43 103	42 623	42 263	41 903	41 471	41 039	40 607		
1013	90 801—90 900	43 163	42 683	42 323	41 963	41 531	41 099	40 667		
1014	90 901—91 000	43 223	42 743	42 383	42 023	41 591	41 159	40 727		
1015	91 001—91 100	43 283	42 803	42 443	42 083	41 651	41 219	40 787		
1016	91 101—91 200	43 343	42 863	42 503	42 143	41 711	41 279	40 847		
1017	91 201—91 300	43 403	42 923	42 563	42 203	41 771	41 339	40 907		
1018	91 301—91 400	43 463	42 983	42 623	42 263	41 831	41 399	40 967		
1019	91 401—91 500	43 523	43 043	42 683	42 323	41 891	41 459	41 027		
1020	91 501—91 600	43 583	43 103	42 743	42 383	41 951	41 519	41 087		
1021	91 601—91 700	43 643	43 163	42 803	42 443	42 011	41 579	41 147		
1022	91 701—91 800	43 703	43 223	42 863	42 503	42 071	41 639	41 207		
1023	91 801—91 900	43 763	43 283	42 923	42 563	42 131	41 699	41 267		
1024	91 901—92 000	43 823	43 343	42 983	42 623	42 191	41 759	41 327		
1025	92 001—92 100	43 883	43 403	43 043	42 683	42 251	41 819	41 387		
1026	92 101—92 200	43 943	43 463	43 103	42 743	42 311	41 879	41 447		
1027	92 201—92 300	44 003	43 523	43 163	42 803	42 371	41 939	41 507		
1028	92 301—92 400	44 063	43 583	43 223	42 863	42 431	41 999	41 567		
1029	92 401—92 500	44 123	43 643	43 283	42 923	42 491	42 059	41 627		
1030	92 501—92 600	44 183	43 703	43 343	42 983	42 551	42 119	41 687		
1031	92 601—92 700	44 243	43 763	43 403	43 043	42 611	42 179	41 747		
1032	92 701—92 800	44 303	43 823	43 463	43 103	42 671	42 239	41 807		
1033	92 801—92 900	44 363	43 883	43 523	43 163	42 731	42 299	41 867		
1034	92 901—93 000	44 423	43 943	43 583	43 223	42 791	42 359	41 927		
1035	93 001—93 100	44 483	44 003	43 643	43 283	42 851	42 419	41 987		
1036	93 101—93 200	44 543	44 063	43 703	43 343	42 911	42 479	42 047		
1037	93 201—93 300	44 603	44 123	43 763	43 403	42 971	42 539	42 107		
1038	93 301—93 400	44 663	44 183	43 823	43 463	43 031	42 599	42 167		
1039	93 401—93 500	44 723	44 243	43 883	43 523	43 091	42 659	42 227		
1040	93 501—93 600	44 783	44 303	43 943	43 583	43 151	42 719	42 287		
1041	93 601—93 700	44 843	44 363	44 003	43 643	43 211	42 779	42 347		
1042	93 701—93 800	44 903	44 423	44 063	43 703	43 271	42 839	42 407		
1043	93 801—93 900	44 963	44 483	44 123	43 763	43 331	42 899	42 467		
1044	93 901—94 000	45 023	44 543	44 183	43 823	43 391	42 959	42 527		
1045	94 001—94 100	45 083	44 603	44 243	43 883	43 451	43 019	42 587		
1046	94 101—94 200	45 143	44 663	44 303	43 943	43 511	43 079	42 647		
1047	94 201—94 300	45 203	44 723	44 363	44 003	43 571	43 139	42 707		
1048	94 301—94 400	45 263	44 783	44 423	44 063	43 631	43 199	42 767		
1049	94 401—94 500	45 323	44 843	44 483	44 123	43 691	43 259	42 827		
1050	94 501—94 600	45 383	44 903	44 543	44 183	43 751	43 319	42 887		
1051	94 601—94 700	45 443	44 963	44 603	44 243	43 811	43 379	42 947		
1052	94 701—94 800	45 503	45 023	44 663	44 303	43 871	43 439	43 007		
1053	94 801—94 900	45 563	45 083	44 723	44 363	43 931	43 499	43 067		
1054	94 901—95 000	45 623	45 143	44 783	44 423	43 991	43 559	43 127		
1055	95 001—95 100	45 683	45 203	44 843	44 483	44 051	43 619	43 187		
1056	95 101—95 200	45 743	45 263	44 903	44 543	44 111	43 679	43 247		
1057	95 201—95 300	45 803	45 323	44 963	44 603	44 171	43 739	43 307		

Lfd. Nr.	Einkommen DM	Die Einkommensteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I DM	Steuer- klasse II DM	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
1058	95 301—95 400	45 863	45 383	45 023	44 663	44 231	43 799	43 367	Für jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflich- tigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, sind vom Einkom- men 720 DM abzuziehen.
1059	95 401—95 500	45 923	45 443	45 083	44 723	44 291	43 859	43 427	
1060	95 501—95 600	45 983	45 503	45 143	44 783	44 351	43 919	43 487	
1061	95 601—95 700	46 043	45 563	45 203	44 843	44 411	43 979	43 547	
1062	95 701—95 800	46 103	45 623	45 263	44 903	44 471	44 039	43 607	
1063	95 801—95 900	46 163	45 683	45 323	44 963	44 531	44 099	43 667	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzulesen.
1064	95 901—96 000	46 223	45 743	45 383	45 023	44 591	44 159	43 727	
1065	96 001—96 100	46 283	45 803	45 443	45 083	44 651	44 219	43 787	
1066	96 101—96 200	46 343	45 863	45 503	45 143	44 711	44 279	43 847	
1067	96 201—96 300	46 403	45 923	45 563	45 203	44 771	44 339	43 907	
1068	96 301—96 400	46 463	45 983	45 623	45 263	44 831	44 399	43 967	
1069	96 401—96 500	46 523	46 043	45 683	45 323	44 891	44 459	44 027	
1070	96 501—96 600	46 583	46 103	45 743	45 383	44 951	44 519	44 087	
1071	96 601—96 700	46 643	46 163	45 803	45 443	45 011	44 579	44 147	
1072	96 701—96 800	46 703	46 223	45 863	45 503	45 071	44 639	44 207	
1073	96 801—96 900	46 763	46 283	45 923	45 563	45 131	44 699	44 267	
1074	96 901—97 000	46 823	46 343	45 983	45 623	45 191	44 759	44 327	
1075	97 001—97 100	46 883	46 403	46 043	45 683	45 251	44 819	44 387	
1076	97 101—97 200	46 943	46 463	46 103	45 743	45 311	44 879	44 447	
1077	97 201—97 300	47 003	46 523	46 163	45 803	45 371	44 939	44 507	
1078	97 301—97 400	47 063	46 583	46 223	45 863	45 431	44 999	44 567	
1079	97 401—97 500	47 123	46 643	46 283	45 923	45 491	45 059	44 627	
1080	97 501—97 600	47 183	46 703	46 343	45 983	45 551	45 119	44 687	
1081	97 601—97 700	47 243	46 763	46 403	46 043	45 611	45 179	44 747	
1082	97 701—97 800	47 303	46 823	46 463	46 103	45 671	45 239	44 807	
1083	97 801—97 900	47 363	46 883	46 523	46 163	45 731	45 299	44 867	
1084	97 901—98 000	47 423	46 943	46 583	46 223	45 791	45 359	44 927	
1085	98 001—98 100	47 483	47 003	46 643	46 283	45 851	45 419	44 987	
1086	98 101—98 200	47 543	47 063	46 703	46 343	45 911	45 479	45 047	
1087	98 201—98 300	47 603	47 123	46 763	46 403	45 971	45 539	45 107	
1088	98 301—98 400	47 663	47 183	46 823	46 463	46 031	45 599	45 167	
1089	98 401—98 500	47 723	47 243	46 883	46 523	46 091	45 659	45 227	
1090	98 501—98 600	47 783	47 303	46 943	46 583	46 151	45 719	45 287	
1091	98 601—98 700	47 843	47 363	47 003	46 643	46 211	45 779	45 347	
1092	98 701—98 800	47 903	47 423	47 063	46 703	46 271	45 839	45 407	
1093	98 801—98 900	47 963	47 483	47 123	46 763	46 331	45 899	45 467	
1094	98 901—99 000	48 023	47 543	47 183	46 823	46 391	45 959	45 527	
1095	99 001—99 100	48 083	47 603	47 243	46 883	46 451	46 019	45 587	
1096	99 101—99 200	48 143	47 663	47 303	46 943	46 511	46 079	45 647	
1097	99 201—99 300	48 203	47 723	47 363	47 003	46 571	46 139	45 707	
1098	99 301—99 400	48 263	47 783	47 423	47 063	46 631	46 199	45 767	
1099	99 401—99 500	48 323	47 843	47 483	47 123	46 691	46 259	45 827	
1100	99 501—99 600	48 383	47 903	47 543	47 183	46 751	46 319	45 887	
1101	99 601—99 700	48 443	47 963	47 603	47 243	46 811	46 379	45 947	
1102	99 701—99 800	48 503	48 023	47 663	47 303	46 871	46 439	46 007	
1103	99 801—99 900	48 563	48 083	47 723	47 363	46 931	46 499	46 067	
1104	99 901—100 000	48 623	48 143	47 783	47 423	46 991	46 559	46 127	

Für Einkommen	von — bis DM	beträgt die Einkommensteuer in der Steuerklasse I
	100 001—130 000	48 686 DM zuzüglich 65 DM für jede weiteren vollen 100 DM über 100 001 DM Einkommen,
	130 001—170 000	68 188 DM zuzüglich 70 DM für jede weiteren vollen 100 DM über 130 001 DM Einkommen,
	170 001—220 000	96 191 DM zuzüglich 75 DM für jede weiteren vollen 100 DM über 170 001 DM Einkommen,
	220 001—423 500	133 693 DM zuzüglich 80 DM für jede weiteren vollen 100 DM über 220 001 DM Einkommen,
	ab 423 501	70 % des auf einen Mittelbetrag von 50 DM auf- bzw. abgerun- deten Einkommens.
Beispiele: Einkommen 423 502 DM, Mittelbetrag 423 550 DM. Einkommen 423 600 DM, Mittelbetrag 423 550 DM.		

Für die Steuerklassen II und III sind bei einem Einkommen ab 100 001 DM vor Anwendung der Tabelle ein Freibetrag von 800 DM und für die Kinder, für die dem Steuerpflichtigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, die folgenden Freibeträge abzuziehen:

Für das erste und zweite Kind je 600 DM,

Für das dritte und jedes weitere Kind je 720 DM.

Auf das um diese Freibeträge gekürzte Einkommen sind die Steuersätze für die Steuerklasse I anzuwenden. Ergibt sich infolge des Abzugs der Freibeträge ein Betrag von weniger als 100 001 DM, so ist die Einkommensteuer für diesen Betrag in Spalte 3 der Tabelle abzulesen.

Jahreslohnsteuertabelle

Anhang
(zu Artikel 1 Ziffer 16)

Anlage 2 (zu § 39)

Lfd. Nr.	Jahreslohn DM	Die Lohnsteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I DM	Steuer- klasse II DM	Steuerklasse III bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 Kinder	jedes weitere Kind
				DM	DM	DM	DM	DM	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
von — bis									
1	1 737— 1 786,99	2	—	—	—	—	—	—	Für jedes weitere Kind, für das dem Arbeit- nehmer Kinderermäßi- gung zusteht oder ge- währt wird, sind vom Jahreslohn 720 DM ab- zuziehen.
2	1 787— 1 836,99	6	—	—	—	—	—	—	
3	1 837— 1 886,99	11	—	—	—	—	—	—	
4	1 887— 1 936,99	15	—	—	—	—	—	—	
5	1 937— 1 986,99	20	—	—	—	—	—	—	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzu- lesen.
6	1 987— 2 036,99	24	—	—	—	—	—	—	
7	2 037— 2 086,99	29	—	—	—	—	—	—	
8	2 087— 2 136,99	33	—	—	—	—	—	—	
9	2 137— 2 186,99	39	—	—	—	—	—	—	
10	2 187— 2 236,99	45	—	—	—	—	—	—	
11	2 237— 2 286,99	51	—	—	—	—	—	—	
12	2 287— 2 336,99	57	—	—	—	—	—	—	
13	2 337— 2 386,99	64	—	—	—	—	—	—	
14	2 387— 2 436,99	70	—	—	—	—	—	—	
15	2 437— 2 486,99	76	—	—	—	—	—	—	
16	2 487— 2 536,99	82	—	—	—	—	—	—	
17	2 537— 2 586,99	89	2	—	—	—	—	—	
18	2 587— 2 636,99	95	6	—	—	—	—	—	
19	2 637— 2 686,99	101	11	—	—	—	—	—	
20	2 687— 2 736,99	107	15	—	—	—	—	—	
21	2 737— 2 786,99	114	20	—	—	—	—	—	
22	2 787— 2 836,99	120	24	—	—	—	—	—	
23	2 837— 2 886,99	126	29	—	—	—	—	—	
24	2 887— 2 936,99	132	33	—	—	—	—	—	
25	2 937— 2 986,99	139	39	—	—	—	—	—	
26	2 987— 3 036,99	145	45	—	—	—	—	—	
27	3 037— 3 086,99	151	51	—	—	—	—	—	
28	3 087— 3 136,99	158	57	—	—	—	—	—	
29	3 137— 3 186,99	166	64	2	—	—	—	—	
30	3 187— 3 236,99	173	70	6	—	—	—	—	
31	3 237— 3 286,99	181	76	11	—	—	—	—	
32	3 287— 3 336,99	188	82	15	—	—	—	—	
33	3 337— 3 386,99	196	89	20	—	—	—	—	
34	3 387— 3 436,99	203	95	24	—	—	—	—	
35	3 437— 3 486,99	211	101	29	—	—	—	—	
36	3 487— 3 536,99	218	107	33	—	—	—	—	
37	3 537— 3 586,99	226	114	39	—	—	—	—	
38	3 587— 3 636,99	233	120	45	—	—	—	—	
39	3 637— 3 686,99	241	126	51	—	—	—	—	
40	3 687— 3 736,99	250	132	57	—	—	—	—	
41	3 737— 3 786,99	259	139	64	2	—	—	—	
42	3 787— 3 836,99	267	145	70	6	—	—	—	
43	3 837— 3 886,99	276	151	76	11	—	—	—	
44	3 887— 3 936,99	285	158	82	15	—	—	—	
45	3 937— 3 986,99	294	166	89	20	—	—	—	
46	3 987— 4 036,99	302	173	95	24	—	—	—	
47	4 037— 4 086,99	311	181	101	29	—	—	—	
48	4 087— 4 136,99	320	188	107	33	—	—	—	
49	4 137— 4 186,99	329	196	114	39	—	—	—	
50	4 187— 4 236,99	337	203	120	45	—	—	—	
51	4 237— 4 286,99	347	211	126	51	—	—	—	
52	4 287— 4 336,99	357	218	132	57	—	—	—	
53	4 337— 4 386,99	367	226	139	64	—	—	—	
54	4 387— 4 436,99	377	233	145	70	—	—	—	
55	4 437— 4 486,99	387	241	151	76	—	—	—	
56	4 487— 4 536,99	397	250	158	82	4	—	—	
57	4 537— 4 586,99	407	259	166	89	9	—	—	
58	4 587— 4 636,99	417	267	173	95	13	—	—	
59	4 637— 4 686,99	427	276	181	101	18	—	—	
60	4 687— 4 736,99	437	285	188	107	22	—	—	
61	4 737— 4 786,99	447	294	196	114	27	—	—	
62	4 787— 4 836,99	457	302	203	120	31	—	—	
63	4 837— 4 886,99	467	311	211	126	36	—	—	
64	4 887— 4 936,99	477	320	218	132	42	—	—	
65	4 937— 4 986,99	489	329	226	139	49	—	—	
66	4 987— 5 036,99	500	337	233	145	55	—	—	
67	5 037— 5 086,99	511	347	241	151	61	—	—	
68	5 087— 5 136,99	522	357	250	158	67	—	—	
69	5 137— 5 186,99	534	367	259	166	74	—	—	
70	5 187— 5 236,99	545	377	267	173	80	3	—	
71	5 237— 5 286,99	556	387	276	181	86	7	—	
72	5 287— 5 336,99	567	397	285	188	92	12	—	
73	5 337— 5 386,99	579	407	294	196	99	16	—	
74	5 387— 5 436,99	590	417	302	203	105	21	—	
75	5 437— 5 486,99	601	427	311	211	111	25	—	

Lfd. Nr.	Jahreslohn	Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Die Lohnsteuer beträgt in						
				Steuerklasse III						
				bei Kinderermäßigung für						
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
	von — bis									
76	5 487— 5 536,99	612	437	320	218	117	30	—		Für jedes weitere Kind, für das dem Arbeit- nehmer Kinderermäßi- gung zusteht oder ge- wahrt wird, sind vom Jahreslohn 720 DM ab- zuziehen.
77	5 537— 5 586,99	624	447	329	226	124	34	—		
78	5 587— 5 636,99	636	457	337	233	130	40	—		
79	5 637— 5 686,99	648	467	347	241	136	46	—		
80	5 687— 5 736,99	661	477	357	250	142	52	—		
81	5 737— 5 786,99	673	489	367	259	149	59	—		
82	5 787— 5 836,99	686	500	377	267	155	65	—		
83	5 837— 5 886,99	698	511	387	276	163	71	—		
84	5 887— 5 936,99	711	522	397	285	170	77	1		Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzu- lesen.
85	5 937— 5 986,99	723	534	407	294	178	84	5		
86	5 987— 6 036,99	736	545	417	302	185	90	10		
87	6 037— 6 086,99	748	556	427	311	193	96	14		
88	6 087— 6 136,99	761	567	437	320	200	102	19		
89	6 137— 6 186,99	773	579	447	329	208	109	23		
90	6 187— 6 236,99	786	590	457	337	215	115	28		
91	6 237— 6 286,99	798	601	467	347	223	121	32		
92	6 287— 6 336,99	811	612	477	357	230	127	37		
93	6 337— 6 386,99	824	624	489	367	238	134	44		
94	6 387— 6 436,99	837	636	500	377	246	140	50		
95	6 437— 6 486,99	851	648	511	387	255	146	56		
96	6 487— 6 536,99	865	661	522	397	264	152	62		
97	6 537— 6 586,99	879	673	534	407	273	160	69		
98	6 587— 6 636,99	892	686	545	417	281	167	75		
99	6 637— 6 686,99	906	698	556	427	290	175	81		
100	6 687— 6 736,99	920	711	567	437	299	182	87		
101	6 737— 6 786,99	934	723	579	447	308	190	94		
102	6 787— 6 836,99	947	736	590	457	316	197	100		
103	6 837— 6 886,99	961	748	601	467	325	205	106		
104	6 887— 6 936,99	975	761	612	477	334	212	112		
105	6 937— 6 986,99	989	773	624	489	343	220	119		
106	6 987— 7 036,99	1 002	786	636	500	353	227	125		
107	7 037— 7 086,99	1 016	798	648	511	363	235	131		
108	7 087— 7 136,99	1 030	811	661	522	373	243	137		
109	7 137— 7 186,99	1 044	824	673	534	383	252	144		
110	7 187— 7 236,99	1 059	837	686	545	393	260	150		
111	7 237— 7 286,99	1 074	851	698	556	403	269	157		
112	7 287— 7 336,99	1 089	865	711	567	413	278	164		
113	7 337— 7 386,99	1 104	879	723	579	423	287	172		
114	7 387— 7 436,99	1 119	892	736	590	433	295	179		
115	7 437— 7 486,99	1 134	906	748	601	443	304	187		
116	7 487— 7 536,99	1 149	920	761	612	453	313	194		
117	7 537— 7 586,99	1 164	934	773	624	463	322	202		
118	7 587— 7 636,99	1 179	947	786	636	473	330	209		
119	7 637— 7 686,99	1 194	961	798	648	484	339	217		
120	7 687— 7 736,99	1 209	975	811	661	495	349	224		
121	7 737— 7 786,99	1 224	989	824	673	507	359	232		
122	7 787— 7 836,99	1 239	1 002	837	686	518	369	239		
123	7 837— 7 886,99	1 254	1 016	851	698	529	379	248		
124	7 887— 7 936,99	1 269	1 030	865	711	540	389	257		
125	7 937— 7 986,99	1 284	1 044	879	723	552	399	266		
126	7 987— 8 036,99	1 300	1 059	892	736	563	409	274		
127	8 037— 8 086,99	1 316	1 074	906	748	574	419	283		
128	8 087— 8 136,99	1 332	1 089	920	761	585	429	292		
129	8 137— 8 186,99	1 349	1 104	934	773	597	439	301		
130	8 187— 8 236,99	1 365	1 119	947	786	608	449	309		
131	8 237— 8 286,99	1 381	1 134	961	798	619	459	318		
132	8 287— 8 336,99	1 397	1 149	975	811	631	469	327		
133	8 337— 8 386,99	1 414	1 164	989	824	643	480	336		
134	8 387— 8 436,99	1 430	1 179	1 002	837	656	491	345		
135	8 437— 8 486,99	1 446	1 194	1 016	851	668	502	355		
136	8 487— 8 536,99	1 462	1 209	1 030	865	681	513	365		
137	8 537— 8 586,99	1 479	1 224	1 044	879	693	525	375		
138	8 587— 8 636,99	1 495	1 239	1 059	892	706	536	385		
139	8 637— 8 686,99	1 511	1 254	1 074	906	718	547	395		
140	8 687— 8 736,99	1 527	1 269	1 089	920	731	558	405		
141	8 737— 8 786,99	1 544	1 284	1 104	934	743	570	415		
142	8 787— 8 836,99	1 560	1 300	1 119	947	756	581	425		
143	8 837— 8 886,99	1 576	1 316	1 134	961	768	592	435		
144	8 887— 8 936,99	1 593	1 332	1 149	975	781	603	445		
145	8 937— 8 986,99	1 611	1 349	1 164	989	793	615	455		
146	8 987— 9 036,99	1 628	1 365	1 179	1 002	806	626	465		
147	9 037— 9 086,99	1 646	1 381	1 194	1 016	818	638	475		
148	9 087— 9 136,99	1 663	1 397	1 209	1 030	832	651	486		
149	9 137— 9 186,99	1 681	1 414	1 224	1 044	846	663	498		
150	9 187— 9 236,99	1 698	1 430	1 239	1 059	859	676	509		
151	9 237— 9 286,99	1 716	1 446	1 254	1 074	873	688	520		
152	9 287— 9 336,99	1 733	1 462	1 269	1 089	887	701	531		
153	9 337— 9 386,99	1 751	1 479	1 284	1 104	901	713	543		
154	9 387— 9 436,99	1 768	1 495	1 300	1 119	914	726	554		

Lfd. Nr.	Jahreslohn DM	Die Lohnsteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I DM	Steuer- klasse II DM	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
155	9 437— 9 486,99	1 786	1 511	1 316	1 134	928	738	565	Für jedes weitere Kind, für das dem Arbeit- nehmer Kinderermaßi- gung zusteht oder ge- währt wird, sind vom Jahreslohn 720 DM ab- zuziehen.
156	9 487— 9 536,99	1 803	1 527	1 332	1 149	942	751	576	
157	9 537— 9 586,99	1 821	1 544	1 349	1 164	956	763	588	
158	9 587— 9 636,99	1 838	1 560	1 365	1 179	969	776	599	
159	9 637— 9 686,99	1 856	1 576	1 381	1 194	983	788	610	
160	9 687— 9 736,99	1 873	1 593	1 397	1 209	997	801	621	
161	9 737— 9 786,99	1 891	1 611	1 414	1 224	1 011	813	633	
162	9 787— 9 836,99	1 908	1 628	1 430	1 239	1 024	826	646	
163	9 837— 9 886,99	1 926	1 646	1 446	1 254	1 038	840	658	
164	9 887— 9 936,99	1 944	1 663	1 462	1 269	1 053	854	671	
165	9 937— 9 986,99	1 962	1 681	1 479	1 284	1 068	868	683	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzu- lesen.
166	9 987—10 036,99	1 981	1 698	1 495	1 300	1 083	881	696	
167	10 037—10 086,99	2 000	1 716	1 511	1 316	1 098	895	708	
168	10 087—10 136,99	2 019	1 733	1 527	1 332	1 113	909	721	
169	10 137—10 186,99	2 037	1 751	1 544	1 349	1 128	923	733	
170	10 187—10 236,99	2 056	1 768	1 560	1 365	1 143	936	746	
171	10 237—10 286,99	2 075	1 786	1 576	1 381	1 158	950	758	
172	10 287—10 336,99	2 094	1 803	1 593	1 397	1 173	964	771	
173	10 337—10 386,99	2 112	1 821	1 611	1 414	1 188	978	783	
174	10 387—10 436,99	2 131	1 838	1 628	1 430	1 203	991	796	
175	10 437—10 486,99	2 150	1 856	1 646	1 446	1 218	1 005	808	
176	10 487—10 536,99	2 169	1 873	1 663	1 462	1 233	1 019	821	
177	10 537—10 586,99	2 187	1 891	1 681	1 479	1 248	1 033	835	
178	10 587—10 636,99	2 206	1 908	1 698	1 495	1 263	1 047	848	
179	10 637—10 686,99	2 225	1 926	1 716	1 511	1 278	1 062	862	
180	10 687—10 736,99	2 244	1 944	1 733	1 527	1 293	1 077	876	
181	10 737—10 786,99	2 262	1 962	1 751	1 544	1 310	1 092	890	
182	10 787—10 836,99	2 281	1 981	1 768	1 560	1 326	1 107	903	
183	10 837—10 886,99	2 300	2 000	1 786	1 576	1 342	1 122	917	
184	10 887—10 936,99	2 319	2 019	1 803	1 593	1 358	1 137	931	
185	10 937—10 986,99	2 337	2 037	1 821	1 611	1 375	1 152	945	
186	10 987—11 036,99	2 356	2 056	1 838	1 628	1 391	1 167	958	
187	11 037—11 086,99	2 375	2 075	1 856	1 646	1 407	1 182	972	
188	11 087—11 136,99	2 394	2 094	1 873	1 663	1 423	1 197	986	
189	11 137—11 186,99	2 412	2 112	1 891	1 681	1 440	1 212	1 000	
190	11 187—11 236,99	2 431	2 131	1 908	1 698	1 456	1 227	1 013	
191	11 237—11 286,99	2 450	2 150	1 926	1 716	1 472	1 242	1 027	
192	11 287—11 336,99	2 469	2 169	1 944	1 733	1 488	1 257	1 041	
193	11 337—11 386,99	2 487	2 187	1 962	1 751	1 505	1 272	1 056	
194	11 387—11 436,99	2 506	2 206	1 981	1 768	1 521	1 287	1 071	
195	11 437—11 486,99	2 525	2 225	2 000	1 786	1 537	1 303	1 086	
196	11 487—11 536,99	2 544	2 244	2 019	1 803	1 553	1 319	1 101	
197	11 537—11 586,99	2 562	2 262	2 037	1 821	1 570	1 336	1 116	
198	11 587—11 636,99	2 581	2 281	2 056	1 838	1 586	1 352	1 131	
199	11 637—11 686,99	2 600	2 300	2 075	1 856	1 604	1 368	1 146	
200	11 687—11 736,99	2 619	2 319	2 094	1 873	1 621	1 384	1 161	
201	11 737—11 786,99	2 637	2 337	2 112	1 891	1 639	1 401	1 176	
202	11 787—11 836,99	2 656	2 356	2 131	1 908	1 656	1 417	1 191	
203	11 837—11 886,99	2 675	2 375	2 150	1 926	1 674	1 433	1 206	
204	11 887—11 936,99	2 694	2 394	2 169	1 944	1 691	1 449	1 221	
205	11 937—11 986,99	2 712	2 412	2 187	1 962	1 709	1 466	1 236	
206	11 987—12 036,99	2 731	2 431	2 206	1 981	1 726	1 482	1 251	
207	12 037—12 086,99	2 750	2 450	2 225	2 000	1 744	1 498	1 266	
208	12 087—12 136,99	2 769	2 469	2 244	2 019	1 761	1 514	1 281	
209	12 137—12 186,99	2 787	2 487	2 262	2 037	1 779	1 531	1 297	
210	12 187—12 236,99	2 806	2 506	2 281	2 056	1 796	1 547	1 313	
211	12 237—12 286,99	2 825	2 525	2 300	2 075	1 814	1 563	1 329	
212	12 287—12 336,99	2 844	2 544	2 319	2 094	1 831	1 579	1 345	
213	12 337—12 386,99	2 862	2 562	2 337	2 112	1 849	1 597	1 362	
214	12 387—12 436,99	2 881	2 581	2 356	2 131	1 866	1 614	1 378	
215	12 437—12 486,99	2 900	2 600	2 375	2 150	1 884	1 632	1 394	
216	12 487—12 536,99	2 919	2 619	2 394	2 169	1 901	1 649	1 410	
217	12 537—12 586,99	2 937	2 637	2 412	2 187	1 919	1 667	1 427	
218	12 587—12 636,99	2 956	2 656	2 431	2 206	1 936	1 684	1 443	
219	12 637—12 686,99	2 975	2 675	2 450	2 225	1 955	1 702	1 459	
220	12 687—12 736,99	2 994	2 694	2 469	2 244	1 974	1 719	1 475	
221	12 737—12 786,99	3 012	2 712	2 487	2 262	1 992	1 737	1 492	
222	12 787—12 836,99	3 031	2 731	2 506	2 281	2 011	1 754	1 508	
223	12 837—12 886,99	3 050	2 750	2 525	2 300	2 030	1 772	1 524	
224	12 887—12 936,99	3 069	2 769	2 544	2 319	2 049	1 789	1 540	
225	12 937—13 036,99	3 098	2 797	2 572	2 347	2 077	1 815	1 565	
226	13 037—13 136,99	3 138	2 834	2 609	2 384	2 114	1 850	1 598	
227	13 137—13 236,99	3 178	2 872	2 647	2 422	2 152	1 885	1 633	
228	13 237—13 336,99	3 218	2 909	2 684	2 459	2 189	1 920	1 668	
229	13 337—13 436,99	3 258	2 947	2 722	2 497	2 227	1 957	1 703	
230	13 437—13 536,99	3 298	2 984	2 759	2 534	2 264	1 994	1 738	
231	13 537—13 636,99	3 338	3 022	2 797	2 572	2 302	2 032	1 773	
232	13 637—13 736,99	3 378	3 059	2 834	2 609	2 339	2 069	1 808	

Lfd. Nr.	Jahreslohn	Die Lohnsteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III					jedes weitere Kind
				bei Kinderermäßigung für					
				1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
von — bis									
233	13 737—13 836,99	3 418	3 098	2 872	2 647	2 377	2 107	1 843	Für jedes weitere Kind, für das dem Arbeit- nehmer Kinderermäßi- gung zusteht oder ge- währt wird, sind vom Jahreslohn 720 DM ab- zuziehen. Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzu- lesen.
234	13 837—13 936,99	3 458	3 138	2 909	2 684	2 414	2 144	1 878	
235	13 937—14 036,99	3 498	3 178	2 947	2 722	2 452	2 182	1 913	
236	14 037—14 136,99	3 538	3 218	2 984	2 759	2 489	2 219	1 949	
237	14 137—14 236,99	3 578	3 258	3 022	2 797	2 527	2 257	1 987	
238	14 237—14 336,99	3 618	3 298	3 059	2 834	2 564	2 294	2 024	
239	14 337—14 436,99	3 658	3 338	3 098	2 872	2 602	2 332	2 062	
240	14 437—14 536,99	3 698	3 378	3 138	2 909	2 639	2 369	2 099	
241	14 537—14 636,99	3 738	3 418	3 178	2 947	2 677	2 407	2 137	
242	14 637—14 736,99	3 778	3 458	3 218	2 984	2 714	2 444	2 174	
243	14 737—14 836,99	3 818	3 498	3 258	3 022	2 752	2 482	2 212	
244	14 837—14 936,99	3 858	3 538	3 298	3 059	2 789	2 519	2 249	
245	14 937—15 036,99	3 898	3 578	3 338	3 098	2 827	2 557	2 287	
246	15 037—15 136,99	3 938	3 618	3 378	3 138	2 864	2 594	2 324	
247	15 137—15 236,99	3 978	3 658	3 418	3 178	2 902	2 632	2 362	
248	15 237—15 336,99	4 018	3 698	3 458	3 218	2 939	2 669	2 399	
249	15 337—15 436,99	4 058	3 738	3 498	3 258	2 977	2 707	2 437	
250	15 437—15 536,99	4 098	3 778	3 538	3 298	3 014	2 744	2 474	
251	15 537—15 636,99	4 138	3 818	3 578	3 338	3 052	2 782	2 512	
252	15 637—15 736,99	4 178	3 858	3 618	3 378	3 090	2 819	2 549	
253	15 737—15 836,99	4 218	3 898	3 658	3 418	3 130	2 857	2 587	
254	15 837—15 936,99	4 258	3 938	3 698	3 458	3 170	2 894	2 624	
255	15 937—16 036,99	4 298	3 978	3 738	3 498	3 210	2 932	2 662	
256	16 037—16 136,99	4 338	4 018	3 778	3 538	3 250	2 969	2 699	
257	16 137—16 236,99	4 378	4 058	3 818	3 578	3 290	3 007	2 737	
258	16 237—16 336,99	4 418	4 098	3 858	3 618	3 330	3 044	2 774	
259	16 337—16 436,99	4 458	4 138	3 898	3 658	3 370	3 082	2 812	
260	16 437—16 536,99	4 498	4 178	3 938	3 698	3 410	3 122	2 849	
261	16 537—16 636,99	4 538	4 218	3 978	3 738	3 450	3 162	2 887	
262	16 637—16 736,99	4 578	4 258	4 018	3 778	3 490	3 202	2 924	
263	16 737—16 836,99	4 618	4 298	4 058	3 818	3 530	3 242	2 962	
264	16 837—16 936,99	4 658	4 338	4 098	3 858	3 570	3 282	2 999	
265	16 937—17 036,99	4 698	4 378	4 138	3 898	3 610	3 322	3 037	
266	17 037—17 136,99	4 738	4 418	4 178	3 938	3 650	3 362	3 074	
267	17 137—17 236,99	4 778	4 458	4 218	3 978	3 690	3 402	3 114	
268	17 237—17 336,99	4 818	4 498	4 258	4 018	3 730	3 442	3 154	
269	17 337—17 436,99	4 858	4 538	4 298	4 058	3 770	3 482	3 194	
270	17 437—17 536,99	4 898	4 578	4 338	4 098	3 810	3 522	3 234	
271	17 537—17 636,99	4 938	4 618	4 378	4 138	3 850	3 562	3 274	
272	17 637—17 736,99	4 978	4 658	4 418	4 178	3 890	3 602	3 314	
273	17 737—17 836,99	5 018	4 698	4 458	4 218	3 930	3 642	3 354	
274	17 837—17 936,99	5 058	4 738	4 498	4 258	3 970	3 682	3 394	
275	17 937—18 036,99	5 098	4 778	4 538	4 298	4 010	3 722	3 434	
276	18 037—18 136,99	5 138	4 818	4 578	4 338	4 050	3 762	3 474	
277	18 137—18 236,99	5 178	4 858	4 618	4 378	4 090	3 802	3 514	
278	18 237—18 336,99	5 218	4 898	4 658	4 418	4 130	3 842	3 554	
279	18 337—18 436,99	5 258	4 938	4 698	4 458	4 170	3 882	3 594	
280	18 437—18 536,99	5 298	4 978	4 738	4 498	4 210	3 922	3 634	
281	18 537—18 636,99	5 338	5 018	4 778	4 538	4 250	3 962	3 674	
282	18 637—18 736,99	5 378	5 058	4 818	4 578	4 290	4 002	3 714	
283	18 737—18 836,99	5 418	5 098	4 858	4 618	4 330	4 042	3 754	
284	18 837—18 936,99	5 458	5 138	4 898	4 658	4 370	4 082	3 794	
285	18 937—19 036,99	5 499	5 178	4 938	4 698	4 410	4 122	3 834	
286	19 037—19 136,99	5 542	5 218	4 978	4 738	4 450	4 162	3 874	
287	19 137—19 236,99	5 584	5 258	5 018	4 778	4 490	4 202	3 914	
288	19 237—19 336,99	5 627	5 298	5 058	4 818	4 530	4 242	3 954	
289	19 337—19 436,99	5 669	5 338	5 098	4 858	4 570	4 282	3 994	
290	19 437—19 536,99	5 712	5 378	5 138	4 898	4 610	4 322	4 034	
291	19 537—19 636,99	5 754	5 418	5 178	4 938	4 650	4 362	4 074	
292	19 637—19 736,99	5 797	5 458	5 218	4 978	4 690	4 402	4 114	
293	19 737—19 836,99	5 839	5 499	5 258	5 018	4 730	4 442	4 154	
294	19 837—19 936,99	5 882	5 542	5 298	5 058	4 770	4 482	4 194	
295	19 937—20 036,99	5 924	5 584	5 338	5 098	4 810	4 522	4 234	
296	20 037—20 136,99	5 967	5 627	5 378	5 138	4 850	4 562	4 274	
297	20 137—20 236,99	6 009	5 669	5 418	5 178	4 890	4 602	4 314	
298	20 237—20 336,99	6 052	5 712	5 458	5 218	4 930	4 642	4 354	
299	20 337—20 436,99	6 094	5 754	5 499	5 258	4 970	4 682	4 394	
300	20 437—20 536,99	6 137	5 797	5 542	5 298	5 010	4 722	4 434	
301	20 537—20 636,99	6 179	5 839	5 584	5 338	5 050	4 762	4 474	
302	20 637—20 736,99	6 222	5 882	5 627	5 378	5 090	4 802	4 514	
303	20 737—20 836,99	6 264	5 924	5 669	5 418	5 130	4 842	4 554	
304	20 837—20 936,99	6 307	5 967	5 712	5 458	5 170	4 882	4 594	
305	20 937—21 036,99	6 349	6 009	5 754	5 499	5 210	4 922	4 634	
306	21 037—21 136,99	6 392	6 052	5 797	5 542	5 250	4 962	4 674	
307	21 137—21 236,99	6 434	6 094	5 839	5 584	5 290	5 002	4 714	
308	21 237—21 336,99	6 477	6 137	5 882	5 627	5 330	5 042	4 754	

Lfd. Nr.	Jahreslohn DM	Die Lohnsteuer beträgt in							
		Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuerklasse III					
				bei Kinderermäßigung für					
		DM	DM	1 Kind DM	2 Kinder DM	3 Kinder DM	4 Kinder DM	5 Kinder DM	jedes weitere Kind
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	von — bis								
309	21 337—21 436,99	6 519	6 179	5 924	5 669	5 370	5 082	4 794	Für jedes weitere Kind, für das dem Arbeit- nehmer Kinderermäßi- gung zusteht oder ge- währt wird, sind vom Jahreslohn 720 DM ab- zuziehen.
310	21 437—21 536,99	6 562	6 222	5 967	5 712	5 410	5 122	4 834	
311	21 537—21 636,99	6 604	6 264	6 009	5 754	5 450	5 162	4 874	
312	21 637—21 736,99	6 647	6 307	6 052	5 797	5 491	5 202	4 914	
313	21 737—21 836,99	6 689	6 349	6 094	5 839	5 533	5 242	4 954	
314	21 837—21 936,99	6 732	6 392	6 137	5 882	5 576	5 282	4 994	
315	21 937—22 036,99	6 774	6 434	6 179	5 924	5 618	5 322	5 034	Der Steuerbetrag ist dann in Spalte 9 abzu- lesen.
316	22 037—22 136,99	6 817	6 477	6 222	5 967	5 661	5 362	5 074	
317	22 137—22 236,99	6 859	6 519	6 264	6 009	5 703	5 402	5 114	
318	22 237—22 336,99	6 902	6 562	6 307	6 052	5 746	5 442	5 154	
319	22 337—22 436,99	6 944	6 604	6 349	6 094	5 788	5 482	5 194	
320	22 437—22 536,99	6 987	6 647	6 392	6 137	5 831	5 525	5 234	
321	22 537—22 636,99	7 029	6 689	6 434	6 179	5 873	5 567	5 274	
322	22 637—22 736,99	7 072	6 732	6 477	6 222	5 916	5 610	5 314	
323	22 737—22 836,99	7 114	6 774	6 519	6 264	5 958	5 652	5 354	
324	22 837—22 936,99	7 157	6 817	6 562	6 307	6 001	5 695	5 394	
325	22 937—23 036,99	7 199	6 859	6 604	6 349	6 043	5 737	5 434	
326	23 037—23 136,99	7 242	6 902	6 647	6 392	6 086	5 780	5 474	
327	23 137—23 236,99	7 284	6 944	6 689	6 434	6 128	5 822	5 516	
328	23 237—23 336,99	7 327	6 987	6 732	6 477	6 171	5 865	5 559	
329	23 337—23 436,99	7 369	7 029	6 774	6 519	6 213	5 907	5 601	
330	23 437—23 536,99	7 412	7 072	6 817	6 562	6 256	5 950	5 644	
331	23 537—23 636,99	7 454	7 114	6 859	6 604	6 298	5 992	5 686	
332	23 637—23 736,99	7 497	7 157	6 902	6 647	6 341	6 035	5 729	
333	23 737—23 836,99	7 539	7 199	6 944	6 689	6 383	6 077	5 771	
334	23 837—23 936,99	7 582	7 242	6 987	6 732	6 426	6 120	5 814	
335	23 937—24 036,99	7 624	7 284	7 029	6 774	6 468	6 162	5 856	
336	24 037—24 136,99	7 667	7 327	7 072	6 817	6 511	6 205	5 899	
337	24 137—24 236,99	7 709	7 369	7 114	6 859	6 553	6 247	5 941	
338	24 237—24 336,99	7 752	7 412	7 157	6 902	6 596	6 290	5 984	
339	24 337—24 436,99	7 794	7 454	7 199	6 944	6 638	6 332	6 026	
340	24 437—24 536,99	7 837	7 497	7 242	6 987	6 681	6 375	6 069	
341	24 537—24 636,99	7 879	7 539	7 284	7 029	6 723	6 417	6 111	
342	24 637—24 736,99	7 922	7 582	7 327	7 072	6 766	6 460	6 154	
343	24 737—24 836,99	7 964	7 624	7 369	7 114	6 808	6 502	6 196	
344	24 837—24 936,99	8 007	7 667	7 412	7 157	6 851	6 545	6 239	

Beispiele: Jahreslohn 424 438—936=423 502 DM, Mittelbetrag 423 550 DM.
 Jahreslohn 424 536—936=423 600 DM, Mittelbetrag 423 550 DM.

B e g r ü n d u n g

Erster Teil

Anderung steuerlicher Vorschriften

I. Allgemeines

1. Zur Zeit werden rd. 35 v. H. des Brutto-sozialproduktes der Deutschen Bundesrepublik durch Steuern und Sozialabgaben in Anspruch genommen. 1913 betrug die entsprechende Belastung im Deutschen Reich nur 10 und 1938 28,6 v. H. Diese Entwicklung, deren internationale (Wachstum der öffentlichen Aufgaben) und deren spezielle deutsche Ursachen (Kriegsfolgen, Unterstützung Berlins, Besatzungslasten bzw. Wiederherstellung der Verteidigungsbereitschaft) als bekannt vorausgesetzt werden können, macht die Steuerpolitik zu einem Faktor, der für das Wohl und Wehe der Gesamtheit schlechthin von entscheidender Bedeutung ist. Die Ausschaltung von Einflüssen, die den Ausbau der Wirtschaft und die von ihm abhängige Verbesserung des Lebensstan-

dards hemmen, wird mit der Zunahme der Steuerlast um so notwendiger, zugleich aber auch um so schwieriger. Die stete Anpassung der Steuerpolitik ist solange erforderlich, bis es gelungen ist, einen optimalen Ausgleich zwischen den unabweisbaren Erfordernissen des öffentlichen Haushalts und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu schaffen und insbesondere alle Rückwirkungen auszuschalten, welche die Verwirklichung des wirtschaftlichen Prinzips (Erreichung des höchsten Wirtschaftserfolges mit geringstem Kosteneinsatz) hemmen. Die außerordentliche Schwierigkeit, diesen Ausgleich auf der Grundlage einer hohen Steuerbelastung zu finden, ist der Grund für die häufigen Änderungen des Steuerrechtes in der Vergangenheit.

2. Ein besonders ergiebiges, aber auch besonders empfindliches Instrument der Steuerpolitik ist die Einkommensteuer. Das Aufkommen an Einkommensteuer ist in den letzten drei Jahrzehnten in seiner Bedeutung sehr stark gestiegen.

Entwicklung des Aufkommens an Einkommen- und Lohnsteuer	Beträge		Anteil der Steuern in Sp. 2 am Gesamtsteueraufkommen (einschl. Länder- und Gemeindesteuern)
	insgesamt in Mill. M	je Einwohner in M	
	jeweilige Kaufkraft		in v. H.
1	2	3	4
1913/14	1390	23	34,4
1926/27	2159	34	19,8
1938/39	5257	77	22,9
1950/51*)	3792	76	19,4
1952/53 (Schätzung*)	7860	155	24,6

*) Einschl. Berlin; in Sp. 4 Anteil am Gesamtsteueraufkommen ohne Soforthilfeabgaben.

Die Anspannung der Einkommensteuer hat dabei Ausmaße erreicht, die man noch in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg für unmöglich gehalten hätte. Das zeigt die nachstehende Übersicht.

Veranlagte Einkommensteuer (Steuerklasse III 1)

Einkommen DM	Tarifliche Steuerbelastung (in v.H. des Einkommens)					
	1926	1930	1939*)	1946	1952	Gesetzentwurf
1	2	3	4	5	6	7

I. Bezogen auf Einkommen jeweiliger Kaufkraft

1 500	3,9	3,3	2,3	2,9	1,4	—
3 000	6,4	4,8	5,5	10,0	4,2	2,7
6 000	7,4	6,9	8,2	28,3	12,5	10,2
9 000	7,9	7,4	10,4	37,2	19,6	16,2
12 000	9,6	10,0	11,8	42,2	25,4	21,2
24 000	14,2	15,1	17,4	59,1	35,7	30,9
50 000	22,2	23,4	26,3	75,0	45,9	38,8
75 000	26,4	27,9	30,8	81,0	52,4	43,7
100 000	29,5	31,1	33,1	84,5	57,7	47,8
200 000	34,8	36,5	40,0	89,7	70,1	58,8
300 000	36,5	38,4	40,0	91,5	77,5	65,5
400 000	37,4	39,3	40,0	92,4	80,0	69,1
600 000	38,3	40,2	40,0	93,2	80,0	70,0
800 000	38,7	40,6	40,0	93,7	80,0	70,0
1 000 000	39,0	40,9	40,0	93,9	80,0	70,0
2 000 000	39,5	41,5	40,0	94,5	80,0	70,0

II. Bezogen auf Einkommen vergleichbarer Kaufkraft

1 500	0,8	0,7	—	—	1,4	—
3 000	5,4	4,3	3,3	5,4	4,2	2,7
6 000	6,9	5,8	6,0	20,4	12,5	10,2
9 000	7,4	6,6	7,8	30,6	19,6	16,2
12 000	7,6	7,4	9,0	36,8	25,4	21,2
24 000	10,7	11,0	12,5	50,1	35,7	30,9
50 000	17,8	19,6	20,7	69,6	45,9	38,8
75 000	22,2	23,9	24,8	76,3	52,4	43,7
100 000	25,4	26,9	28,1	80,6	57,7	47,8
200 000	32,1	34,1	39,1	87,8	70,1	58,8
300 000	34,8	36,7	40,0	90,2	77,5	65,5
400 000	36,1	38,1	40,0	91,4	80,0	69,1
600 000	37,4	39,4	40,0	92,6	80,0	70,0
800 000	38,0	40,0	40,0	93,2	80,0	70,0
1 000 000	38,4	40,4	40,0	93,6	80,0	70,0
2 000 000	39,2	41,2	40,0	94,3	80,0	70,0

*) Ohne Kriegszuschlag.

Die starke Erhöhung der Einkommensteuer ist, wie die Übersicht deutlich erkennen läßt, vor allem durch eine Ausweitung der Tarifprogression verursacht. Die Tarifsätze schwankten nach dem Tarif von 1925 zwischen 10 und 40 v. H., nach dem Tarif von 1946 dagegen zwischen 10 und 95 v. H. Nach dem durch diesen Gesetzentwurf einzuführenden neuen Tarif soll der Progressionspielraum sich zwischen 9 und 80 v. H. bewegen. Das Fehlen breiter Schichten mit mittleren und höheren Einkommen, verursacht durch zwei Weltkriege und zwei Inflationen innerhalb eines Generationszeitraumes sowie durch das Vertriebenenschicksal eines hohen Anteils der Bevölkerung, zwang mehr und mehr zu einer Überlastung der Einkommen. Das volle Ausmaß der Belastungssteigerung wird erst ersichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem außerordentlichem Umfange neben den Tarifierhöhungen eine zusätzliche Belastungssteigerung durch die Minderung der Kaufkraft gleicher Einkommen im Verlaufe der letzten dreißig Jahre eingetreten ist. Die vorstehende Übersicht bringt — durch Ausschaltung der Kaufkraftverschiebungen — auch diese Belastungssteigerung zum Ausdruck.

3. Die Bundesregierung hat die dem Tatbestand nach unvermeidbare Überlastung der Einkommen durch Reformen zu mildern versucht, die darauf hinzielten, die Marktwirtschaft funktionsfähig zu machen und auf diese Weise die Voraussetzungen für eine allmähliche Senkung der Steuerlast, eine Vermehrung der Arbeitsplätze, eine bessere Erfüllung der sozialen Verpflichtungen und eine Hebung des Lebensstandards im ganzen zu schaffen. Demgemäß begünstigte sie zunächst den Wiederaufbau der Wirtschaft durch Selbstfinanzierung und strebt seitdem in zunehmendem Maße zunächst auf dem Gebiete der Selbstfinanzierung eine Ausschaltung der wirtschaftlichen Lenkungseinflüsse der Einkommensteuergesetzgebung an.

Gegenwärtig hemmt die überhöhte Belastung der Einkommen den Vollzug der Marktwirtschaft, insbesondere

- a) durch weitgehende Außerkraftsetzung des wirtschaftlichen Prinzips (Erreichung des höchsten Wirtschaftserfolges mit geringstem Kosteneinsatz) und Förderung des unwirtschaftlichen Kostenmachens;
- b) durch Schwächung der Unternehmerinitiative;

- c) durch Verzerrung des Preisgefüges, dessen Spannungsverhältnisse an und für sich die Wirtschaftstätigkeit in der Marktwirtschaft im Gang halten sowie Angebot und Nachfrage regeln sollen.

Es dürfte außer Zweifel stehen, daß zur Zeit — entgegen theoretischen Lehrmeinungen — in der Praxis auch die Steuern vom Einkommen in Form allgemein erhöhter Gewinnzuschläge vielfach in den Preisen überwältigt wird und daß dadurch — ebenso wie durch die infolge der Überhöhung der Einkommensteuer geförderte Bereitschaft zur widerspruchslosen Hinnahme hoher Kosten — die Erreichung des optimalen Wirtschaftseffektes verhindert und ein inflationistischer Preis-Lohnauftrieb begünstigt wird. Hinzu kommt, daß die — bei der Höhe der Steuerlast zur Inganghaltung der Wirtschaft erforderlichen — Sondervergünstigungen eine Unübersichtlichkeit des Steuerrechtes und eine für den Steuerpflichtigen und für die Finanzverwaltung gleich unerfreuliche Komplizierung der mit der Veranlagung verbundenen Arbeiten verursachen; in Auswirkung dieser Mängel ist eine im Hinblick auf die Steuergerechtigkeit, die Steuermoral und die Steuerwilligkeit unerwünschte Spaltung der Besteuerungspraxis, insbesondere zwischen veranlagten Einkommensteuerpflichtigen und Lohnsteuerpflichtigen eingetreten. Die Beseitigung oder fühlbare Milderung aller dieser Schäden ist das Ziel der Einkommensteuerreform.

4. Gegenüber Vorschlägen, die einer Wiederbelebung der Selbstfinanzierung durch steuerliche Sondervergünstigungen das Wort reden, will der Gesetzentwurf einer allgemeinen Tarifsenkung und einer Vereinfachung des Einkommensteuerrechtes den Vorzug geben, weil die Vorteile der Marktwirtschaft — nach Überwindung der ersten Aufbauschwierigkeiten — sich am wirkungsvollsten entfalten können, wenn die (bei der Höhe der Steuerlast leider nicht ganz ausschaltbare) Lenkungswirkung der Steuer möglichst herabgemindert wird. Diese Haltung setzt folgerichtig die Absichten der vor kurzem getroffenen steuerlichen Maßnahmen zur Förderung des Kapitalmarktes fort. Sie macht im übrigen ersichtlich, daß die steuerliche Förderung des Kapitalmarktes (ebenso wie früher die steuerliche Förderung der Selbstfinanzierung) nur für eine „Aufbauphase“ Geltung haben kann, und daß dann auch auf dem Gebiet des Kapitalmarktes die Lenkungswirkungen der Ein-

kommensteuer, soweit möglich, ausgeschaltet werden sollten. Abgesehen von den wirtschaftlichen Nebenwirkungen läßt sich auch das — gerade mit der Einkommensteuer so eng verbundene — Ideal der Steuergerechtigkeit auf dem Wege einer Tarifsenkung unter Abbau der Sondervergünstigungen am vollkommensten verwirklichen.

5. Die angestrebte Steuerreform entspricht aber nicht nur den grundsätzlichen und langfristigen Forderungen, die sich aus dem Verhältnis von Steuerpolitik und Wirtschaftspolitik ergeben, sondern steht auch im Einklang mit den Erfordernissen der augenblicklichen Konjunktursituation. Nach Beendigung der auf die Währungsreform folgenden ersten Aufbauphase und nach Abklingen der Auswirkungen des Korea-Booms hat sich das Aufstiegstempo der Wirtschaft in der Bundesrepublik naturgemäß verlangsamt. In manchen Bereichen zeigen sich Stagnationerscheinungen, die vielfach Finanzierungsgründe haben. In diesem Augenblick der Unsicherheit in der Zukunftsbeurteilung und eines teilweise sinkenden Wirtschaftsertrages schafft die Einkommensteuerveranlagung, da sie zeitlich der Gewinnrealisierung nachfolgt, jetzt erstmalig seit der Währungsreform Zahlungsverpflichtungen, die gemessen an der Leistungsfähigkeit des Zahlungsjahres schwerer wiegen als im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Jahres, in dem die Steuerschuld entstand. Die verlangsamte Ausweitung des Sozialproduktes überhöht jetzt demgemäß die Schwere der Steuerschuld, während sie bisher durch die schnelle Ausweitung des Sozialproduktes überkompensiert wurde. Das Auslaufen der früheren Selbstfinanzierungsbegünstigungen und der Sonderabschreibungsmöglichkeit verschärfen diesen Prozeß noch. Die Leistungen für Investitionshilfe und Lastenausgleich engen den Liquidationsspielraum der Wirtschaft weiter ein. So droht das Mißverhältnis zwischen den aus der Phase starker Sozialproduktausweitung stammenden Steuerschulden und den in der Phase eines normalisierten Sozialprodukthanstiegs verfügbaren Wirtschaftserträgen durch übermäßige Einengung des Liquidationsspielraumes zu einer Gefahr für eine gesunde Fortentwicklung der Wirtschaft zu werden. Die Steuerreform kann und will die Wirtschaft nicht von den Steuerverpflichtungen aus der Vergangenheit befreien, da diese ja in dem verdienten Einkommen eine vollgültige Begründung finden. Aber sie mindert durch die Tarifsenkung die Steuer-

vorauszahlungen für die Gegenwart und die abschließenden Steuerbelastungen für die Zukunft. Ihre Durchführung im jetzigen Zeitpunkt hilft, die Konjunkturhemmungen zu überwinden. Sie steht in Übereinstimmung mit den jüngsten Maßnahmen der Bank deutscher Länder (Diskontsenkung, Ermäßigung der Mindestreserven). Eine restlose Beseitigung der Konjunkturhemmungen können beide Maßnahmen natürlich nicht bewirken. Das vermag nur eine abschließende Klärung der insbesondere auch politischen Zeitfragen, die eine bessere Beurteilbarkeit der künftig von der Wirtschaft zu fordernden Leistungen nach Umfang und Inhalt ermöglichen.

6. Die allgemeine Wiederbelebung des wirtschaftlichen Prinzips (Erreichung des höchsten Wirtschaftserfolges mit geringstem Kosteneinsatz) und der erhöhte Ansporn der Unternehmerinitiative durch den verminderten öffentlichen Anteil am Gewinn berechtigen zu der Hoffnung, daß die Einkommensteuerreform in einer starken Steigerung der Produktionsanstrengungen überhaupt sowie des Strebens nach äußerster Wirtschaftlichkeit und Produktivität im besonderen führt.

Auf diese Weise wird die Einkommensteuerreform schon sehr bald zu einer Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit führen und damit weitere Fortschritte auf dem Wege zu einer „organischen Höchstbeschäftigung“ vermitteln. Man kann demgemäß (zumal die deutsche Zahlungsbilanzsituation im EZU-Raum eine Nachfrageausweitung gestattet) eine Steigerung der Produktionsmengen bei sinkenden Preisen und rückläufigen Stückgewinnen, aber steigenden Gesamtgewinnen (Mengenkonjunktur) erhoffen.

7. Nur ein steigendes Sozialprodukt wird der Bundesrepublik die fortschreitend bessere Erfüllung der Verpflichtungen auf sozialem Gebiet ermöglichen. Die Bundesregierung mißt gerade dieser Auswirkung der von ihr beabsichtigten Maßnahmen größte Bedeutung bei, denn die Aufbesserung unzureichender und die Übernahme zusätzlicher sozialer Leistungen setzen eine entsprechende Steigerung des Sozialproduktes voraus. Ähnliche Auswirkungen werden sich auch hinsichtlich der Aufgaben ergeben, die mit dem Schutz der deutschen Bevölkerung nach außen zusammenhängen.

8. Die Tarifsenkung vermindert außerdem die von einer überhöhten Einkommensteuer auf dem doppelten Wege der Überwälzung und der Kostenmißachtung ausgehenden

Preisaufrichtungstendenzen und erleichtert so die Bemühungen um die Stabilhaltung von Löhnen und Preisen und um die Sicherung der Währung. Sie bewirkt eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Reallöhne und trägt damit wesentlich zu einer Lohnstabilisierung bei. Diese Wirkung muß um so nachdrücklicher in Erscheinung treten, als den Familien, deren Lebensstandard durch Preisänderungen besonders empfindlich getroffen wird, durch eine Erhöhung des Freibetrages für die Ehefrauen Sondervorteile zugewendet werden. Zudem bringt die Tarifsenkung ebenso wie den Lohnempfängern, so auch den Gehaltsempfängern — Angestellten wie Beamten — eine fühlbare Erhöhung ihrer Kaufkraft. Überdies ist die Einkommensteuerreform auch als Maßnahme zur Förderung des Mittelstandes deshalb besonders bedeutsam, weil dieser, aufs Ganze gesehen, die Steuerbegünstigungen nicht in gleichem Umfange zu nutzen wußte und nutzen konnte, wie die größeren Unternehmungen. Die hier sichtbar werdenden soziologischen Vorteile der geplanten allgemeinen Tarifsenkung wirken auch in den Prozeß der Vermögensbildung hinein. Eine allgemeine Tarifsenkung begünstigt auch die Vermögensbildung der breiten Bevölkerungskreise; Sondervergünstigungen stärken dagegen zu einseitig die Vermögensbildung in den Händen der wohlhabenderen Schichten.

9. Die Tarifreform bewirkt auch eine Hebung des Lebensstandards. Ein Teil der infolge der Tarifreform dem Steuerpflichtigen belassenen Einkommen wird ohne Zweifel dem Konsum zufließen. Diese Tatsache ist für die ausgeglichene Entwicklung des Wirtschaftsorganismus nicht unerwünscht. Die günstige Entwicklung der Spareinlagen während des letzten Jahres läßt im übrigen erwarten, daß von breitesten Bevölkerungskreisen künftighin weiter ein wesentlicher Teil der Einkommen im Wege der Sparkapitalbildung für den Ausbau der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wird.

10. Eine nicht geringe Rolle spielt im Rahmen der Einkommensteuerreform das Streben nach Vereinfachung und Verbesserung der steuerlichen Veranlagungspraxis. Gerade durch die komplizierten Bestimmungen über Sondervergünstigungen wird die Steuerveranlagung stark erschwert und verzögert. Die „Entkomplizierung“ der Steuergesetze wird zur Folge haben, daß die Veranlagungen künftig wieder in kurzem

Abstände dem Wirtschaftsjahr folgen und mit größerer Sorgfalt und Gleichmäßigkeit und infolgedessen mit größerem staatsfinanziellen Nutzeffekt durchgeführt werden können, als das heute möglich ist. Auf diese Weise wird für den Steuerpflichtigen eine langdauernde und seine Entschlüsse hemmende Ungewißheit über die Höhe der Steuerschuld sowie eine Störung seiner Dispositionen durch die Häufung von Steuernachzahlungen in Jahren einer verlangsamten Ausweitung des Sozialproduktes vermieden und für den Steuerfiskus ein erhöhter Steuerertrag erschlossen.

11. Die nachhaltige Wirtschaftsbelebung in Verbindung mit der starken Verwaltungsentlastung, welche die Einkommensteuerreform zur Folge haben wird, läßt erhoffen, daß der für die Zwischenzeit unvermeidliche Steuerausfall bald fühlbar gemildert und in absehbarer Zeit voll aufgeholt wird; in diesem Zusammenhang wird auf die Begründung zum Zweiten Teil des Gesetzentwurfs, insbesondere Nr. 3 bis 5 Bezug genommen. Der Steuerausfall wird (infolge der andersartigen Verwendung der steuerlich ersparten Einkommensteile zu Investitions- oder Konsumzwecken, insbesondere aber infolge der stärkeren Unternehmerinitiative und der auf diesem Wege bewirkten Ausweitung des Sozialprodukts) durch zusätzliche Einnahmen bei den Umsatz- und Verbrauchsteuern sofort eingengt und bald auch durch Einkommensteigerungen allmählich wieder aufgeholt werden. Diese Entwicklung wird noch gefördert durch die größere Ergiebigkeit des steuerlichen Erhebungsverfahrens.

12. Die vorgesehene Senkung des Tarifes beträgt durchschnittlich 15 v. H. Sie wird durch eine familiengerechtere Ausgestaltung der Einkommensteuer unterstützt, indem der Freibetrag für die Ehefrau von 600 auf 800 DM und jener für Dritte und weitere Kinder von 600 auf 720 DM erhöht wird. Auf der anderen Seite ist der Abbau der in sich unlogischen und in weiten Kreisen der Bevölkerung als ungerecht empfundenen Vorschrift des § 43 EStDV vorgesehen. Diese Bestimmung behandelt infolge der Begünstigung lediglich der in fremden Betrieben in nicht-selbstständiger Arbeit tätigen Ehefrauen — nicht aber der unter sonst gleichen Verhältnissen tätigen Ehemänner sowie der im eigenen Betrieb tätigen Ehefrauen — die arbeitenden Ehepaare ungleichmäßig. Sie be-

nachteiligt die kinderreichen Familien, da hier die Mütter wegen der Fülle ihrer häuslichen Pflichten nicht im fremden Betrieb erwerbstätig sein können. Außer durch die allgemeine Erhöhung der Freibeträge für die Ehefrauen sowie für dritte und weitere Kinder soll für kleine Einkommensbezieher der Abbau des § 43 EStDV auch noch durch eine Erhöhung der Veranlagungsgrenze des § 46 Abs. 1 Ziffer 3 erweitert werden. Insgesamt bewirkt die Maßnahme eine allgemeine Besserstellung der Familien unter durchaus tragbarer Minderung der Vorzugsrechte der Ehefrauen, die in nichtselbständiger Tätigkeit im fremden Betriebe tätig sind.

13. Die Körperschaften sollen durch eine Senkung des Steuersatzes für den entnommenen Gewinn von 60 auf 40 v. H. unter gleichzeitiger Ablenkung von zu weitgehender Selbstfinanzierung und Hinlenkung zu einer angemessenen Gewinnverwendungspolitik als der Grundlage für eine Belebung der Aktienemission begünstigt werden.

14. Bemerkenswert ist ferner, daß den wirtschaftlichen Unternehmungen durch eine erweiterte Anerkennung der degressiven Abschreibung in den Einkommensteuerrichtlinien bereits für 1952 eine in gewisser Hinsicht dem früheren § 7 a EStG (vor seiner Beschränkung auf einen bestimmten Personenkreis) entsprechende Entlastung gewährt werden soll. — Für die Lohnempfänger bietet die für die Lohnsteuerrichtlinien 1953 in Aussicht genommene Erhöhung verschiedener in Pauschbeträgen fixierter Begünstigungen (z. B. Steuerfreigrenze für Notstandsunterstützungen) sowie die schon vorausgenommene Erhöhung des Pauschbetrages für Sonderausgaben um 156 DM jährlich eine ergänzende Entlastung.

15. Neue Steuervergünstigungen für bestimmte Wirtschaftskreise oder bestimmte wirtschaftliche Sachverhalte, wie sie immer wieder beantragt werden, sind aus grundsätzlichen Erwägungen in den Gesetzentwurf nicht aufgenommen worden (vgl. Nr. 4). Neben der allgemeinen Tarifsenkung, für welche der Gesetzentwurf sich entschieden hat, ist selbstverständlich für derartige Maßnahmen kein Raum. Dies gilt insbesondere auch für die Wiedereinführung einer Vorschrift entsprechend jener des früheren § 10 a EStG. Die vorgesehene Tarifsenkung wird überdies den Gewerbetreibenden fast durchweg eine Steuererleichterung bringen, die von

jener des früheren § 10 a EStG nicht wesentlich abweicht, insbesondere, wenn man die mit § 10 a verbundene Nachversteuerung in Rechnung stellt. Der Gesetzentwurf läßt nicht nur keine neuen Sondervergünstigungen zu, sondern erstrebt — verteilt über einen längeren Zeitraum — den Abbau (Aufhebung oder Einschränkung) der bestehenden Sondervergünstigungen (in erster Linie des § 32 b EStG, aber auch der §§ 7 c, 7 d Abs. 2 usw.) in dem gleichen Maße, in der sie wirtschaftlich entbehrlich werden. Die in den §§ 7 b und 7 d Abs. 1 EStG vorgesehenen Abschreibungsvergünstigungen für den Wohnungsbau und Schiffsbau aus eigenen Mitteln werden dagegen durch das Gesetz nicht berührt. Das gleiche gilt auch für die Freibeträge des § 13 EStG, wenngleich sie — ebenso wie die vorerwähnten Sondervergünstigungen — nur zeitbedingte Bestandteile des Einkommensteuerrechtes bilden und daher zu gegebener Zeit ebenfalls wieder ausgediebt werden müßten.

16. Zusammenfassend erscheinen die vorgeschlagenen steuerlichen Reformmaßnahmen gerechtfertigt angesichts der entscheidenden Fortschritte, die mit ihnen angestrebt werden:

- a) Wiederbelebung des wirtschaftlichen Prinzips und Steigerung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft mit der Folge zunehmender Beschäftigung, steigenden Sozialprodukts, verbesserten Lebensstandards, erhöhter Sozialleistungen und vermehrter Leistungsfähigkeit für Verteidigungsaufgaben;
- b) Vereinfachung der Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung mit der Folge einer Beschleunigung und Verbesserung der Steueranlagung, einer Vervollkommenheit der Steuergerechtigkeit, der Steuermoral und Steuerwilligkeit sowie einer Erhöhung des Steuerertrags;
- c) Sicherung der Währungsstabilität durch Ausschaltung oder fühlbare Minderung der unwirtschaftlichen Bereitschaft zur Bewilligung überhöhter Kosten und überhaupt der Tendenzen zur Preiserhöhung und Lohnsteigerung.

17. Die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Steueränderungen sind von den Vorarbeiten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und des von dem Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundesrats geleiteten Arbeitsausschusses für Steuerreform beeinflusst. Die Bundesregie-

rung betrachtet diesen Gesetzentwurf als einen wesentlichen Schritt in Richtung der vom Wissenschaftlichen Beirat erarbeiteten Grundsätze einer Reform der Steuern vom Einkommen.

II. Die Einzelvorschriften des Ersten Teils

Zu Artikel 1 Ziff. 1:

Die Erfahrungen der Praxis haben ergeben, daß Steuerpflichtige in Einzelfällen Betriebsausgaben bewirken, die in keinem Verhältnis zu dem Umfang des Betriebs selbst und zu der Ausgabengestaltung ähnlich gelagerter Betriebe stehen. Nach der in diesem Gesetz vorgesehenen Tarifsenkung ist zwar zu erwarten, daß der Steuerpflichtige seine Betriebsausgaben in Zukunft rationeller gestalten wird. Durch die Neufassung des § 4 Abs. 4 EStG sollen jedoch noch vorkommende offensichtliche Auswüchse bei der Betriebsausgabengestaltung bekämpft werden können. Es ist hierbei insbesondere an Aufwand bei Gastereien und sonstigen übermäßigen Spesenaufwand gedacht, also Aufwendungen, die, auch wenn sie im Betrieb erfolgen, mit der persönlichen Lebenshaltung in Zusammenhang stehen und deren Abgrenzung zu den nichtabzugsfähigen Kosten der Lebensführung (§ 12 EStG) im Einzelfall schwer zu treffen ist. Der § 4 Abs. 4 EStG n. F. soll in Fällen, in denen § 12 EStG und die dazu ergangene Rechtsprechung nicht anwendbar ist, die Möglichkeit bieten, einer wirtschaftlichen Betriebsgebarung offenbar widersprechende Ausgaben einzuschränken. Dabei ist davon auszugehen, daß es sich um Aufwendungen handelt, die durch den Betrieb veranlaßt sind. Von diesen Aufwendungen soll jedoch der Teil, der unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung unangemessen hoch erscheint, nicht mehr als steuerlich abzugsfähige Betriebsausgaben anerkannt werden.

In den Einkommensteuer-Richtlinien 1953 soll darauf hingewiesen werden, daß von kleinsten Untersuchungen über die Angemessenheit der Betriebsausgaben abzugehen ist und nur die offensichtlichen Mißbräuche bekämpft werden sollen. Infolge der Ergänzung des § 4 Abs. 4 EStG wird eine Sondervorschrift für Bewirtungsspesen, wie sie bisher im § 9 a EStG enthalten ist, entbehrlich (vgl. Begründung zu Artikel 1 Ziff. 4 des Entwurfs).

Zu Artikel 1 Ziff. 2:

Der Entwurf sieht bei § 7 c EStG 1951 eine Reihe von Änderungen vor, die auf verschiedenen Grundlagen beruhen, und zwar

- a) eine zeitliche Begrenzungsvorschrift,
- b) eine Begrenzung der Abzugsfähigkeit der Zuschüsse und Darlehen durch einen veränderlichen, auf den Gewinn des Wirtschaftsjahrs abgestellten Höchstbetrag,
- c) eine Einfügung von Vorschriften, die dazu dienen sollen, bei der Anwendung des § 7 c EStG aufgetretene Mißbräuche unmöglich zu machen,
- d) eine Erweiterung hinsichtlich der Förderung des Baus von Eigenheimen.

Zu a :

Die zeitliche Begrenzung der Vorschrift besteht darin, daß sie nur für solche Zuschüsse oder Darlehen angewandt werden soll, die vor dem 1. Januar 1955 hingegeben worden sind. Diese zeitliche Begrenzung rechtfertigt sich in erster Linie durch die Erwartung, daß die vorgesehene Tarifsenkung, auf längere Sicht gesehen, eine Eigenkapitalbildung ermöglicht, die eine steuerliche Förderung nicht mehr unbedingt notwendig erscheinen läßt. Darüber hinaus kann auf die zeitliche Begrenzung deshalb nicht verzichtet werden, weil der mit der Tarifsenkung verbundene erhebliche Steuerausfall nach Ablauf einer kurzfristigen Übergangszeit zu einem wesentlichen Teil durch Wegfall der bestehenden steuerlichen Vergünstigungen wettgemacht werden muß, da sonst der Steuerausfall nicht tragbar ist. Im übrigen kann nach Erlass des Ersten Gesetzes zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 mit einer Belebung des Marktes der Pfandbriefe für den sozialen Wohnungsbau gerechnet werden, so daß beträchtliche Mittel über den Pfandbrief dem sozialen Wohnungsbau zufließen werden und deshalb nach Ablauf einer Übergangszeit die Gewährung steuerlicher Anreize zur Hingabe von Mitteln an den sozialen Wohnungsbau nicht mehr erforderlich sein wird. Ein etwaiger Einwand, daß der Pfandbrief des sozialen Wohnungsbaus ausschließlich dazu diene, den erststelligen Raum zu finanzieren, die 7 c-Mittel aber dazu, in den nachstelligen Raum zu fließen, erscheint nicht stichhaltig, da die Praxis der Anwendung des § 7 c EStG gezeigt hat, daß 7 c-Mittel in erheblichem Umfang zur Finanzierung im erststelligen Raum verwandt worden sind.

Die zeitliche Begrenzung stimmt mit der der Vergünstigungsvorschrift des § 7 d Abs. 2 EStG (Förderung des Schiffbaus) und dem Zeitpunkt der Einschränkung des § 10 Abs. 1 EStG überein. Hierdurch ist gewährleistet, daß die wesentlichen Vergünstigungen des Einkommensteuergesetzes in einem gleichen Zeitpunkt auslaufen, mit Ausnahme des § 7 b EStG (Förderung des Baus von Wohngebäuden durch Zulassung erhöhter Absetzungen) und des § 7 d Abs. 1 EStG (Förderung des Schiffbaus durch Zulassung erhöhter Absetzungen), die auch späterhin notwendig bleiben, um den Eigentümern von Wohngrundstücken und Schiffen den Einsatz eigener Mittel zu erleichtern.

Z u b :

Nach dem Entwurf können künftig die Zuschüsse und Darlehen als Betriebsausgaben nur insgesamt bis zu 15 v. H. des Gewinns abgezogen werden, der sich vor Abzug der Zuschüsse und Darlehen nach den §§ 7 c, 7 d EStG und dem in Vorbereitung befindlichen § 7 f EStG für das Wirtschaftsjahr ergibt. Die Gründe für diese Höchstbegrenzung sind die gleichen wie für die zeitliche Begrenzung. Die zu erwartende Aktivierung des Markts der Pfandbriefe des sozialen Wohnungsbaus läßt es gerechtfertigt erscheinen, den Anreiz abzubauen, den § 7 c EStG bisher den Steuerpflichtigen gegeben hat, Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen. Darüber hinaus erscheint es notwendig, den mit der Steuersenkung verbundenen Ausfall durch eine zugleich mit der Senkung in Kraft tretende Einschränkung der Abzugsfähigkeit der Zuschüsse und Darlehen wenigstens zum Teil auszugleichen.

Die Begrenzung der Abzugsfähigkeit auf 15 v. H. des Gewinns soll nicht für die Hingabe von Zuschüssen und Darlehen gelten, die für den Bau von Wohnungen für die Arbeitnehmer des Darlehnsgebers verwendet werden, weil der Bau von Arbeitnehmerwohnungen nicht eingeschränkt werden soll.

Nach Artikel 4 Abs. 3 Satz 2 des Entwurfs soll die Begrenzung der Abzugsfähigkeit der Zuschüsse und Darlehen auf 15 v. H. des Gewinns erstmals für Wirtschaftsjahre gelten, die nach dem 30. April 1953 enden. Die in diesen Wirtschaftsjahren hingegebenen 7 c-Mittel können aber mindestens mit dem Betrag abgezogen werden, mit dem sie vor dem 1. Mai 1953 hingegeben worden sind. Soweit die Hingabe von Zuschüssen und Darlehen

auf einer rechtsverbindlichen Zusage vor dem 16. Januar 1953 beruht, können sie in jedem Fall ohne Begrenzung als Betriebsausgaben abgezogen werden. Das nähere wird in einer Rechtsverordnung geregelt werden.

Z u c :

In der praktischen Anwendung des § 7 c EStG hat sich vielfach, vor allem im Jahr 1952, ein Geschäftsgebaren entwickelt, das mit dem Zweck des Gesetzes nicht vereinbar ist und deshalb als eine mißbräuchliche Anwendung der Vorschrift angesehen werden muß. Hierher gehört z. B., wenn die Beträge, die zur Hingabe von Zuschüssen und Darlehen verwendet werden, im wirtschaftlichen Ergebnis nicht aus eigenen Mitteln stammen, sondern aus fremden Mitteln. Ein derartiges Verfahren entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Derjenige Steuerpflichtige, der die steuerliche Vergünstigung des § 7 c EStG in Anspruch nehmen will, soll dies nur dann tun können, wenn er für den sozialen Wohnungsbau ein Opfer bringt. Die Möglichkeiten des § 7 c EStG dürfen nicht zu reinen Geschäftsmanipulationen werden, die lediglich den Zweck haben, dem Zuschuß- oder Darlehnsgeber steuerliche Vorteile zu verschaffen. Der Entwurf sieht deshalb vor, daß die Zuschüsse und Darlehen weder unmittelbar noch mittelbar in einem wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen dürfen. Durch diese Vorschrift soll ausgeschlossen werden, daß fremde Mittel in irgendeiner Beziehung zu der Hingabe von den Gewinn beeinflussenden 7 c-Zuschüssen und Darlehen stehen.

Darüber hinaus entspricht es nicht dem Sinn des § 7 c EStG, wenn Darlehen nur kurzfristig gegeben werden. Ein wesentliches Merkmal der Finanzierung des Wohnungsbaus ist, daß die der Finanzierung zur Verfügung gestellten Mittel langfristig zur Verfügung stehen. Der Gesetzgeber hat deshalb bei der Schaffung des § 7 c EStG nicht daran gedacht, eine kurzfristige Hingabe von 7 c-Mitteln zuzulassen. Der Entwurf sieht aus diesem Grund vor, daß die Darlehen auf mindestens drei Jahre fest gegeben werden müssen und daß sie innerhalb dieser Frist nicht beliehen werden dürfen.

Um zu verhindern, daß die nach § 7 c EStG Empfangsberechtigten die empfangenen (7 c)-Mittel nicht unmittelbar dem sozialen Wohnungsbau zuführen, sondern sie, wenn auch

nur vorübergehend, zu anderen Zwecken verwenden, sieht der Entwurf vor, daß die Empfangsberechtigten die 7 c-Mittel unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, und unmittelbar zum sozialen Wohnungsbau verwenden müssen. Das Privileg der Organe der staatlichen Wohnungspolitik, empfangene Zuschüsse und Darlehen weiterzugeben, soll zwar bestehen bleiben; zur Vermeidung von Mißbräuchen sieht der Entwurf aber vor, daß

- aa) die 7 c-Mittel von den Organen unverzüglich und unmittelbar weitergegeben werden müssen,
- bb) nur an solche Empfangsberechtigten weitergegeben werden dürfen, die die empfangenen Mittel unverzüglich und unmittelbar dem sozialen Wohnungsbau zuführen, und
- cc) daß die Weitergabe von Darlehen unter den gleichen Bedingungen vorzunehmen ist, zu denen das Organ die Mittel empfangen hat.

Mit diesen Vorschriften soll ausgeschlossen werden, daß die von den Organen empfangenen 7 c-Mittel aus dem vom Gesetz vorgeschriebenen Verwendungszweck herausgenommen und, wenn auch nur vorübergehend, zu anderen mit der Förderung des sozialen Wohnungsbaus nicht in Verbindung stehenden Zwecken Verwendung finden.

Es ist häufig vorgekommen, daß 7 c-Mittel, die an die Organe der staatlichen Wohnungspolitik zurückgefloßen sind und nicht gleich an die Darlehnsgeber zurückgegeben wurden, zu anderen Zwecken als dem des sozialen Wohnungsbaus von den Organen rein bankmäßig eingesetzt worden sind. Auch dies entspricht nicht dem Sinn der Vorschrift. Wenn schon die Möglichkeit gegeben ist, daß der Darlehnsgeber gegenüber den Organen zunächst auf die Rückzahlung verzichtet, so darf damit nicht die weitere Möglichkeit geschaffen werden, daß die Organe mit den an sie zurückgefloßenen, aber an die Darlehnsgeber noch nicht weitergegebenen Mitteln Bankgeschäfte betreiben. Der Entwurf schreibt deshalb vor, daß diese Mittel ausschließlich zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verwendet werden dürfen.

Die hier dargestellten Maßnahmen zur Einschränkung von Mißbräuchen des § 7 c EStG gelten erstmals für Zuschüsse und Darlehen, die nach dem 30. April 1953 hingegeben worden sind.

Zu d :

Die Förderung des Baus von Eigenheimen nach § 7 c Abs. 1 Buchstabe f EStG ist nur in begrenztem Umfang möglich. Die Vorschrift des neuen Buchstaben g in § 7 c Abs. 1 EStG erweitert diese Möglichkeiten. In Anbetracht der höheren Kosten, die der Bau von Eigenheimen verursacht, ist im neuen Absatz 4 des § 7 c EStG bestimmt, daß in diesem Fall der sonst vorgesehene Höchstbetrag von 7 000 DM je Wohnung auf 10 000 DM erhöht wird.

Zu Artikel 1 Ziff. 3:

Für die Anwendung des § 7 d Abs. 1 EStG (Förderung des Schiffbaus durch erhöhte Absetzungen) ist vorgesehen, daß bei Inanspruchnahme dieser Vorschrift, die degressive Abschreibung nicht zulässig ist. Es ist beabsichtigt, die degressive Abschreibung (AfA nach dem jeweiligen Buchwert) insbesondere bei abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens mit einer Lebensdauer von 10 Jahren und mehr bis zu einer Klärung durch die Rechtsprechung in einem größeren Umfang zuzulassen als bisher. Die Einkommensteuer-Ergänzungsrichtlinien 1952 werden einen entsprechenden Hinweis enthalten. Würde aber die erweiterte Zulassung der degressiven Abschreibung sich auch auf diejenigen Fälle erstrecken, in denen von einer Sonderabschreibung Gebrauch gemacht wird, so würde dies zur Folge haben, daß die Anschaffungs- oder Herstellungskosten in einer den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entsprechenden kurzen Frist abgeschrieben werden. Ein solches Ergebnis würde im Widerspruch zum Einkommensteuergesetz stehen, da dieses im § 7 die Verteilung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten auf die Jahre der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorschreibt. Im Entwurf ist deshalb vorgesehen, daß in den Fällen, in denen von der Bewertungsfreiheit des § 7 d Abs. 1 EStG Gebrauch gemacht wird, die degressive Abschreibung nicht zulässig ist. Es handelt sich hierbei nicht um eine Neuerung, da schon das geltende Recht entsprechend auszulegen ist.

Bei § 7 d Abs. 2 EStG (Förderung des Schiffbaus durch Hingabe von Zuschüssen und Darlehen) schlägt der Entwurf Änderungen vor, die auf der gleichen Grundlage beruhen, wie die Änderungen bei § 7 c EStG. Sie lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen, und zwar in

- a) eine zeitliche Begrenzung der Vorschrift,
- b) eine Begrenzung der Abzugsfähigkeit der Zuschüsse und Darlehen durch einen veränderlichen, auf den Gewinn des Wirtschaftsjahrs abgestellten Höchstbetrag,
- c) eine Einfügung von Vorschriften, die dazu dienen sollen, bei Anwendung des § 7 d Abs. 2 EStG aufgetretene Mißbräuche unmöglich zu machen.

Zu a :

Wegen der zeitlichen Begrenzung vgl. die Begründung zu Artikel 1 Ziff. 2 des Entwurfs.

Zu b :

Die Begrenzung der Abzugsfähigkeit auf 15 v. H. des Gewinns findet ihre Begründung in der Erwägung, daß durch das Erste Gesetz zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 der Schiffspfandbriefmarkt eine Belebung erfahren wird, die es gerechtfertigt erscheinen läßt, die steuerliche Vergünstigung des § 7 d Abs. 2 EStG einzuschränken. Im übrigen vgl. auch zu diesem Punkt die Begründung zu Artikel 1 Ziff. 2 des Entwurfs. Die Begrenzung auf 15 v. H. des Gewinns ist aber für Zuschüsse und Darlehen zur Förderung des Baus von im Rahmen des Schiffbauprogramms der Bundesregierung eingeplanten Schiffen nicht tragbar. Für diese Neubauten würde bei der Begrenzung der Abzugsfähigkeit der Zuschüsse und Darlehen auf 15 v. H. des Gewinns die Gefahr bestehen, daß die neben den zur Verfügung gestellten Bundesmitteln notwendigen übrigen Mittel nicht aufgebracht werden können, das Schiffbauprogramm der Bundesregierung also nicht durchgeführt werden kann. Aus diesem Grund schlägt der Entwurf vor, für diese Fälle den Satz von 15 v. H. auf 50 v. H. zu erhöhen.

Zu c :

Der Beseitigung von Mißbräuchen dienen die neuen Vorschriften über die Unzulässigkeit der unmittelbaren oder mittelbaren wirtschaftlichen Beziehung zwischen Zuschüssen und Darlehen und Kreditmitteln sowie darüber, daß die Darlehen auf drei Jahre fest hinzugeben sind. Vgl. hierzu die Begründung zu Artikel 1 Ziff. 2 des Entwurfs, die entsprechend gilt.

Bezüglich des Inkrafttretens der im Entwurf vorgesehenen neuen Vorschriften des § 7 d Abs. 2 EStG gilt das gleiche wie bei § 7 c

EStG. Vgl. die Begründung zu Artikel 1 Ziff. 2 des Entwurfs. Es ist auch hier beabsichtigt, eine Durchführungsvorschrift zu erlassen, nach der Zuschüsse und Darlehen, deren Hingabe auf einer rechtsverbindlichen Zusage vor dem 16. Januar 1953 beruht, ohne Begrenzung abgezogen werden können.

Zu Artikel 1 Ziff. 4:

§ 9 a EStG wurde seinerzeit durch das Überhandnehmen von betrieblichen Spesen zur Bewirtung von Geschäftsfreunden zu Lasten der Steuer veranlaßt. § 9 a EStG stellt eine Einschränkung der nach § 4 Abs. 4 EStG abzugsfähigen Betriebsausgaben dar. Nachdem durch Ziffer 1 des Entwurfs allgemein Betriebsausgaben in Zukunft nicht anerkannt werden sollen, soweit sie unangemessen sind, ist eine Sondervorschrift für Bewirtungsspesen nicht mehr erforderlich. Auch Bewirtungsspesen können in Zukunft, wenn es sich um ausgesprochene Mißbräuche handelt, nach § 4 Abs. 4 EStG in der neuen Fassung nur bis zur angemessenen Höhe als Betriebsausgaben berücksichtigt werden. Bei Streichung des § 9 a EStG kommt auch die zu dieser Vorschrift erlassene Durchführungsverordnung in Fortfall.

Zu Artikel 1 Ziff. 5:

Die in Artikel 1 Ziff. 5 des Entwurfs bezeichneten Maßnahmen bezwecken, im Zuge des allgemeinen Abbaus von Steuervergünstigungen die Abzugsfähigkeit von Sonderausgaben

- a) der Dauer und
- b) der Höhe nach zu begrenzen und
- c) aufgetretene Mißbräuche in der Anwendung des § 10 EStG zu verhindern.

Zu a (Zeitliche Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Sonderausgaben):

Nach § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstaben c und d EStG sind die Aufwendungen für den ersten Erwerb von Anteilen an Bau- und Wohnungsgenossenschaften und an Verbrauchergenossenschaften sowie die Beiträge auf Grund anderer steuerbegünstigter Kapitalansamlungsverträge als Sonderausgaben abzugsfähig. Diese Begünstigungsvorschriften wurden durch den Anhang zum Gesetz Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuern vom 22. Juni 1948 (Beilage 4 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1948) mit Wirkung ab 21. Juni 1948 eingeführt.

Es erscheint angebracht, im Zusammenhang mit der Tarifsenkung und zwar zum gleichen Zeitpunkt, zu dem die §§ 7 c und 7 d Abs. 2 EStG gänzlich in Fortfall kommen sollen, im Zuge der Normalisierung des Einkommensteuerrechts auch diese für eine Übergangszeit gedachten Begünstigungen aufzuheben. Als Sonderausgaben abzugsfähig würden dann in Zukunft nur noch die freiwilligen Versicherungsbeiträge (neben den Beiträgen zur Sozialversicherung) und die Beiträge zur Erlangung von Baudarlehen, die durchweg langfristigen Anlagen dienen, bestehen bleiben.

Die Streichung der Aufwendungen für den Ersterwerb von Anteilen an Bau- und Wohnungsgenossenschaften ab 1. Januar 1955 steht insbesondere auch mit dem Wegfall des § 7 c EStG in Verbindung. Für den Ersterwerb von Anteilen an Verbrauchergenossenschaften muß der gleiche Endtermin gelten. Auch Beiträge auf Grund anderer steuerbegünstigter Kapitalansammlungsverträge (§ 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchst. d EStG) sollen nur noch abzugsfähig sein, wenn diese vor dem 1. Januar 1955 abgeschlossen werden. Die zeitliche Begrenzung auf dem Gebiet des „Kontensparens“ ist auch deshalb begründet, weil sich hier Mißstände insbesondere dadurch ergeben haben, daß begünstigte Spareinlagen nach Ablauf der Dreijahresfrist erneut steuerbegünstigt festgelegt werden können und hierdurch die insgesamt erzielte Steuerersparnis unter Umständen größer ist als die Sparsumme. Entsprechendes gilt für das begünstigte Wertpapiersparen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Frage einer Aufhebung oder Änderung des Wohnungsbauprämiengesetzes vom 17. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 139), das insbesondere eine Begünstigung der Aufwendungen für den Wohnungsbau durch kleinere Steuerpflichtige enthält, durch dieses Gesetz nicht berührt wird. Erst im Rahmen einer künftigen grundsätzlichen Steuerreform wird über das Weiterbestehen des Wohnungsbauprämiengesetzes endgültig zu entscheiden sein.

Es ist beabsichtigt, zur Beseitigung von Unbilligkeiten für die Fälle der Entrichtung laufender Zahlungen (Ratenzahlungen auf Genossenschaftsanteile und auf Sparratenverträge) auf Grund von vor dem 1. Januar 1955 abgeschlossenen Verträgen durch Rechtsverordnung eine Übergangsregelung

dahin zu treffen, daß die Ratenzahlungen bis zum Ablauf der Verträge, d. h. bis spätestens 31. Dezember 1957, als Sonderausgaben abzugsfähig bleiben. Die Ermächtigung zum Erlass der Rechtsverordnung ist in Artikel 1 Ziff. 15 Buchstabe a des Entwurfs vorgesehen. Da die Ermächtigung jedoch nur zum Erlass von Durchführungsverordnungen für die Veranlagungszeiträume 1953 bis 1955 berechtigt, wird zu gegebener Zeit eine Verlängerung der Ermächtigung beantragt werden.

Z u b (Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Sonderausgaben der Höhe nach):

Nach § 10 Abs. 2 Ziff. 3 Buchstabe b EStG sind bisher die im Absatz 1 Ziff. 2 dieser Vorschrift bezeichneten Sonderausgaben über die Höchstbeträge hinaus zur Hälfte, höchstens aber bis zu 15 v. H. des Gesamtbetrags der Einkünfte, abzugsfähig. Diese durch das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 29. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 95) eingeführte und durch das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 27. Juni 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 411) geänderte Vorschrift hat die Handhabung des § 10 EStG wesentlich erschwert. Infolge der erheblichen Tarifsenkung wird es den Steuerpflichtigen jetzt zugemutet werden können, ihre Versorgung bzw. die Kapitalansammlung bei den Bausparkassen künftig wenigstens zum Teil auch ohne steuerliche Begünstigungen durchzuführen. Hierfür sprechen auch haushaltsmäßige Gründe und nicht zuletzt Gründe der Verwaltungsvereinfachung.

Die Aufhebung des § 10 Abs. 2 Ziff. 3 Buchstabe b EStG wird zu dem gleichen Zeitpunkt zu erfolgen haben, zu dem die Vorschriften des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstaben c und d EStG in Fortfall kommen, also erst zum 1. Januar 1955.

Es erscheint aber angebracht, beim Fortfall dieser Vorschrift die als Sonderausgaben vollabzugsfähigen Beträge des § 10 Abs. 2 Ziff. 3 Buchstabe a EStG zu erhöhen. Dies ist deswegen vertretbar, weil insbesondere der Abzug freiwilliger Versicherungsbeiträge, durch den der Versorgungsgedanke im Steuerrecht verwirklicht wird, nach wie vor einer möglichst großzügigen Förderung bedarf. Die im § 10 Abs. 2 Ziff. 3 Buchstabe a

EStG genannten Höchstbeträge sollen daher gleichfalls zum 1. Januar 1955 von 800 DM auf 1000 DM für den Steuerpflichtigen selbst und von je 400 DM auf 500 DM für seine Ehefrau und jedes Kind, für das ihm Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, erhöht werden. Die Beträge verdoppeln sich bei über 50 Jahre alten Steuerpflichtigen, in deren Einkommen überwiegend Einkünfte aus selbständiger Arbeit oder aus nichtselbständiger Arbeit enthalten sind.

Zu c (Verhinderung von Mißbräuchen):

Mit der Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für den Ersterwerb von Anteilen an Bau-, Wohnungs- und Verbrauchergenossenschaften und der Beiträge auf Grund anderer Kapitalansammlungsverträge (§ 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstaben c und d EStG) bezweckte der Gesetzgeber die Bildung langfristigen Sparkapitals. Es lag nicht im Sinn des Gesetzes, daß diese Aufwendungen und Beiträge aus fremden Mitteln geleistet werden. Durch das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 27. Juni 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 411) wurde daher das Verbot der Verwendung fremder Mittel eingefügt.

Die mißbräuliche Anwendung des § 10 EStG hat sich jedoch nicht nur beim Ersterwerb von Genossenschaftsanteilen und bei den steuerbegünstigten Sparverträgen, sondern insbesondere auch beim Abschluß von Lebensversicherungsverträgen gegen Entrichtung einer Einmalprämie (§ 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe a EStG) gezeigt. Es war daher erforderlich, bei allen in § 10 Abs. 1 Ziff. 2 EStG bezeichneten Aufwendungen die Verwendung fremder Mittel auszuschließen. Die bisherige Fassung „wenn hierzu keine fremden Mittel verwandt werden“ ist jedoch zu eng. Steuerschädlich soll es auch sein, wenn die Aufwendungen in mittelbarem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen. Mit diesem in Artikel 1 Ziff. 5 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc Satz 1 des Entwurfs vorgesehenen Wortlaut, der sich mit den entsprechenden Vorschriften in dem neu gefaßten § 7 c Abs. 2 Ziff. 1 EStG und § 7 d Abs. 2 Ziff. 1 Buchstabe a EStG deckt (Artikel 1 Ziff. 2 und 3 des Entwurfs), werden auch die Fälle erfaßt, in denen der Steuerpflichtige zwar die Aufwendungen aus eigenen Mitteln bewirkt, aber infolge dieser Ausgaben ge-

zwungen ist, innerhalb einer gewissen Zeit nach dem Vertragsabschluß Kredite aufzunehmen. Es ist vorgesehen, in den Einkommensteuer-Richtlinien 1953 den Begriff des mittelbaren und unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhangs zu erläutern.

Infolge dieser Ergänzung des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 EStG konnte das Verbot der Verwendung fremder Mittel in § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstaben c und d EStG gestrichen werden.

Nach dem jetzigen Rechtszustand ist es in der Regel steuerlich zulässig, daß ein Steuerpflichtiger sich die Versicherungssumme oder das Baudarlehen bereits in dem auf die Beitragsleistung folgenden Veranlagungszeitraum auszahlen läßt und zum Schluß dieses Jahres zum Zwecke der Steuerersparnis erneut hohe Beiträge leistet, die im Rahmen des § 10 EStG abzugsfähig sind. Auch dies ist ein typischer Mißbrauch der Steuervergünstigung des § 10 EStG. Durch die in Artikel 1 Ziff. 5 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc Sätze 2 bis 4 des Entwurfs vorgesehene Vorschrift, daß die volle oder teilweise Auszahlung der Versicherungssumme oder des Baudarlehens nicht vor Ablauf von drei Jahren nach Vertragsabschluß erfolgen darf, sollen Mißbräuche dieser Art ausgeschlossen werden. Um zu verhindern, daß an Stelle der Kapitalrückzahlung ein Kredit des Versicherungsunternehmens, der Bausparkasse oder von dritter Seite tritt, wird die Kreditgewährung der Auszahlung der Versicherungssumme oder des Baudarlehens gleichgestellt. Bei einer vorzeitigen Auszahlung ist eine Nachversteuerung nach Maßgabe einer Rechtsverordnung durchzuführen. Die Ermächtigung zum Erlaß der Rechtsverordnung ist in Artikel 1 Ziff. 15 Buchstabe c des Entwurfs vorgesehen.

Diese Einschränkungen sollen nach Artikel 4 Abs. 4 des Entwurfs für Verträge gelten, die nach dem 30. April 1953 geschlossen werden.

Zu Artikel 1 Ziff. 6 und 16:

Der neu gestaffelte Einkommensteuertarif ist das Kernstück des vorliegenden Gesetzentwurfs. Der Tarif beruht auf der folgenden Grundtabelle:

Die Einkommensteuer beträgt in Steuerklasse I bei einem Einkommen

bis über	800 DM	bis	1 200 DM =	0 DM	0	„	+	9 v. H. des	800 DM übersteigenden Betrags
„	1 200	„	1 650	„ =	36	„	+	12,5	„ „ 1 200 „ „
„	1 650	„	2 150	„ =	92,25	„	+	12,5	„ „ 1 650 „ „
„	2 150	„	2 700	„ =	154,75	„	+	15	„ „ 2 150 „ „
„	2 700	„	3 300	„ =	237,25	„	+	17,5	„ „ 2 700 „ „
„	3 300	„	3 950	„ =	342,25	„	+	20	„ „ 3 300 „ „
„	3 950	„	4 650	„ =	472,25	„	+	22,5	„ „ 3 950 „ „
„	4 650	„	5 400	„ =	629,75	„	+	25	„ „ 4 650 „ „
„	5 400	„	6 200	„ =	817,25	„	+	27,5	„ „ 5 400 „ „
„	6 200	„	7 050	„ =	1 037,25	„	+	30	„ „ 6 200 „ „
„	7 050	„	7 950	„ =	1 292,25	„	+	32,5	„ „ 7 050 „ „
„	7 950	„	8 950	„ =	1 584,75	„	+	35	„ „ 7 950 „ „
„	8 950	„	12 000	„ =	1 934,75	„	+	37,5	„ „ 8 950 „ „
„	12 000	„	18 000	„ =	3 078,50	„	+	40	„ „ 12 000 „ „
„	18 000	„	27 000	„ =	5 478,50	„	+	42,5	„ „ 18 000 „ „
„	27 000	„	36 000	„ =	9 303,50	„	+	45	„ „ 27 000 „ „
„	36 000	„	45 000	„ =	13 353,50	„	+	47,5	„ „ 36 000 „ „
„	45 000	„	57 000	„ =	17 628,50	„	+	50	„ „ 45 000 „ „
„	57 000	„	72 500	„ =	23 628,50	„	+	55	„ „ 57 000 „ „
„	72 500	„	100 000	„ =	32 153,50	„	+	60	„ „ 72 500 „ „
„	100 000	„	130 000	„ =	48 653,50	„	+	65	„ „ 100 000 „ „
„	130 000	„	170 000	„ =	68 153,50	„	+	70	„ „ 130 000 „ „
„	170 000	„	220 000	„ =	96 153,50	„	+	75	„ „ 170 000 „ „
„	220 000	„		=	133 653,50	„	+	80	„ „ 220 000 „ „

Die zu veranlagende Einkommensteuer beträgt jedoch höchstens 70 v. H. des Einkommens. Entsprechendes gilt für die Lohnsteuer.

Auf die Steuerklassen II und III sind die vorstehenden Steuersätze mit der Maßgabe angewandt worden, daß

- 800 DM des Einkommens aller Steuerpflichtigen der Steuerklassen II und III steuerfrei bleiben und
- für das erste und zweite Kind je 600 DM, für das dritte und jedes weitere Kind je 720 DM des Einkommens steuerfrei bleiben, sofern dem Steuerpflichtigen für diese Kinder eine Steuerermäßigung nach § 32 EStG zusteht oder gewährt wird.

Die vorstehende Grundtabelle beseitigt die Härten der bisherigen Grundtabelle A. Die Tabelle B und der ihr entsprechende Teil der Lohnsteuertabelle sollen fortfallen. Der Steuersatz von 50 v. H., der bisher für Einkommensspitzen über 20 000 DM galt, trifft jetzt erst Spitzenbeträge über 45 000 DM

Einkommen. Wenn nach dem bisherigen Tarif die Gesamtbelastung in der Steuerklasse I schon bei einem Einkommen von etwa 60 000 DM 50 v. H. betrug, so ist dies nach dem vorgeschlagenen Tarif erst bei einem Einkommen von etwa 109 000 DM der Fall. Durch Einführung kleiner Progressionsstufen ($2\frac{1}{2}$ v. H.) wird die Progression bis zu einem Einkommen von 57 000 DM gemildert. Die Herabsetzung des Plafonds von 80 auf 70 v. H. beseitigt die überhöhte steuerliche Belastung der hohen Einkommen; zugleich wird hierdurch die Streichung des § 32 b EStG ermöglicht (vgl. Artikel 1 Ziff. 7 des Entwurfs).

Der neue Tarif führt gegenüber dem bisherigen Einkommensteuertarif zu einer Steuerermäßigung von durchschnittlich etwa 15 v. H. Infolge der Erhöhung des allgemeinen Freibetrags von bisher 750 DM auf 800 DM, des Freibetrags für die Ehefrau von 600 DM auf 800 DM und für das dritte und jedes weitere Kind von je 600 DM auf 720 DM und des Wegfalls der Tabelle B

liegt die Steuerermäßigung in den unteren Einkommensstufen zum Teil wesentlich über dem Durchschnittsatz. Die mit der Tarifsenkung verbundenen erheblichen Steuerausfälle werden nur zum Teil durch die im Entwurf vorgesehene Streichung verschiedener Begünstigungsvorschriften aufgefangen. Wenn der Entwurf trotzdem eine so umfangreiche Herabsetzung des Einkommensteuertarifs vorsieht, so geschieht dies in der Annahme, daß durch Belebung der Unternehmerinitiative, rationelle Wirtschaftsführung und Besserung der Finanzierungsmöglichkeiten eine Vermehrung des Sozialprodukts und damit eine Stärkung der Steuerquellen eintreten wird.

Zu Artikel 1 Ziff. 7:

Der § 32 b EStG wurde im Jahre 1951 zur Ablösung der §§ 10 a und 32 a EStG 1950 in das Einkommensteuergesetz eingefügt. Er war auch notwendig, um nach Streichung des § 32 a EStG 1950 erneute Anträge auf Einführung einer Betriebsteuer, die zu noch größeren Komplizierungen des Steuerrechts führen müßten, zu verhindern. Die Anwendung des § 32 b EStG hat jedoch in der Praxis zu erheblichen Schwierigkeiten geführt. Zwar sind diese Schwierigkeiten durch die §§ 50 a bis 50 f der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung der Verordnung zur Änderung und zur Verlängerung der Geltungsdauer einkommensteuerlicher, lohnsteuerlicher und körperschaftsteuerlicher Durchführungsvorschriften vom 23. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 598) und die Verwaltungsanordnung zu § 32 b EStG vom 23. August 1952 (Bundesanzeiger 1952 Nr. 170) gemildert worden. Jedoch erscheint gerade im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung die Streichung dieser Vorschrift erforderlich. Sie ist auch infolge der vorgesehenen Tarifsenkung tragbar, zumal der Körperschaftsteuersatz, mit Ausnahme der Ermäßigung des Satzes für ausgeschüttete Dividenden, nicht herabgesetzt ist. Für eine große Anzahl von Steuerpflichtigen, die bisher § 32 b EStG angewandt haben, würde schon wegen der Ermäßigung des Einkommensteuertarifs die Anwendung des nicht herabgesetzten Körperschaftsteuersatzes nicht mehr von Vorteil sein.

Zu Artikel 1 Ziff. 8 und 9:

§ 33 Abs. 2 und § 33 a EStG sehen steuerliche Begünstigungen für bestimmte Perso-

nenkreise vor. Nach § 33 Abs. 2 EStG haben Steuerpflichtige, die Hausrat und Kleidung durch Kriegseinwirkung oder durch Aufgabe des Wohnsitzes in einem zum Inland gehörenden Gebiet außerhalb des Bundesgebiets (Sowjetzonenflüchtlinge) verloren haben, hinsichtlich ihrer Aufwendungen für die Wiederbeschaffung notwendigen Hausrats und notwendiger Kleidung in Höhe der Freibeträge des § 33 a EStG Anspruch auf die Tarifbegünstigung nach § 33 Abs. 1 EStG, sofern Ersatz aus öffentlichen Mitteln nicht geleistet wurde. Nach § 33 a EStG haben Flüchtlinge, Vertriebene, politisch Verfolgte, Spätheimkehrer und Totalgeschädigte Anspruch auf Gewährung eines Freibetrags. Beide Bestimmungen wurden im Jahr 1950 in das Einkommensteuergesetz eingefügt, um den betroffenen Personenkreisen, die vor der Währungsreform in der Regel nicht zu Neuanschaffungen in der Lage waren, diese zu erleichtern. Nachdem nunmehr die Umstellung der Währung nahezu fünf Jahre zurückliegt, erscheint es vertretbar, die bezeichneten Vergünstigungen letztmalig für den Veranlagungszeitraum 1954 zu gewähren. Es ist dies umso leichter möglich, als durch die Ausgleichsleistungen nach dem am 1. September 1952 in Kraft getretenen Lastenausgleichsgesetz soziale Härten und Mißstände beseitigt oder zumindest gemildert werden. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß Wiederbeschaffungsaufwendungen für Hausrat und Kleidung bereits nach § 33 Abs. 1 EStG in der Regel zu einer Steuerermäßigung führen.

Zu Artikel 1 Ziff. 10:

Zu a :

Die im Entwurf vorgesehene Einfügung entspricht der Änderung des § 32 Abs. 1 EStG. Vgl. Artikel 1 Ziff. 6 des Entwurfs.

Zu b :

Das Einkommensteuergesetz enthält keine Vorschrift über die Durchführung eines Lohnsteuer-Jahresausgleichs. Diese Lücke wird durch die im Entwurf vorgesehene Einfügung der Ziffer 5 im § 39 Abs. 6 EStG geschlossen.

Zu Artikel 1 Ziff. 11:

Zu a :

Nach § 41 Abs. 1 Ziff. 3 EStG werden auf Antrag des Arbeitnehmers Aufwendungen für den ersten Erwerb von Anteilen an Bau-

und Wohnungsgenossenschaften und an Verbraucher-Genossenschaften sowie Beiträge auf Grund anderer steuerbegünstigter Kapitalansammlungsverträge im Sinn des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstaben c und d EStG für die Berechnung der Lohnsteuer neben dem Pauschbetrag für Sonderausgaben im Rahmen der Höchstbeträge vom Arbeitslohn abgezogen. Der Entwurf sieht im Interesse der Gleichmäßigkeit der Besteuerung mit Wirkung ab 1. Januar 1954 die Streichung dieser Vorschrift vor. Nachdem durch das Erste Gesetz zur Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes vom 10. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 789) der Pauschbetrag für Sonderausgaben von 468 DM auf 624 DM erhöht worden ist, ist die Verschiedenheit in der Behandlung der einzelnen Sonderausgabenarten so groß geworden, daß sie nicht länger aufrecht erhalten werden kann. Die Gleichstellung der Beiträge zu Genossenschaften und Kapitalansammlungsverträgen (deren Abzug nach dem 1. Januar 1955 im allgemeinen in Fortfall kommen soll) mit den anderen begünstigten Sonderausgaben ist auch erforderlich, um steuerlich bedingte Verschiebungen im Wettbewerb zwischen den Beteiligten, insbesondere zwischen Lebensversicherungsgesellschaften und Kreditinstituten, zu vermeiden. Es ist nicht zu befürchten, daß durch diese Maßnahme eine Störung in der Entwicklung des Kapitalmarkts eintreten wird, so daß kein Anlaß mehr besteht, diese Begünstigung aufrechtzuhalten, die lediglich den Steuerpflichtigen mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit zusteht und im übrigen zu einer Erschwerung der Verwaltungsarbeit geführt hat.

Der Fortfall von § 41 Abs. 1 Ziff. 5 EStG ergibt sich aus der in Artikel 1 Ziff. 9 des Entwurfs vorgesehenen zeitlichen Begrenzung der nach § 33 a EStG abzugsfähigen Beträge.

Zu b:

Nach § 41 Abs. 2 Satz 1 EStG hat das Finanzamt die vom Arbeitslohn abzuziehenden Beträge (für höhere Werbungskosten usw.) auf der Lohnsteuerkarte einzutragen. In neuerer Zeit ist das Bedürfnis aufgetreten, in geeigneten Fällen die steuerfreien Beträge im Laufe des Kalenderjahrs ohne Eintragung auf der Lohnsteuerkarte oder in einem besonderen Verfahren nach Ablauf des Kalenderjahrs zu berücksichtigen. Hierdurch würde eine Vereinfachung für den Steuerpflichtigen und die Verwaltung erreicht werden. In Be-

tracht kommen für die Berücksichtigung im Laufe des Kalenderjahrs ohne Eintragung auf der Lohnsteuerkarte insbesondere die Freibeträge des § 33 a EStG (für Flüchtlinge, Totalgeschädigte usw.) und für ein besonderes Verfahren nach Ablauf des Kalenderjahrs die Einbeziehung von steuerfreien Beträgen, die der Steuerpflichtige im Laufe des Kalenderjahrs nicht geltend gemacht hat, in den Lohnsteuer-Jahresausgleich. Die im Entwurf vorgesehene Anfügung eines dritten Satzes im § 41 Abs. 2 EStG gibt die Rechtsgrundlage für ein solches Verfahren.

Zu Artikel 1 Ziff. 12:

Siehe Begründung zu Artikel 2 des Entwurfs.

Zu Artikel 1 Ziff. 13:

Nach der geltenden Fassung des § 47 Abs. 2 EStG werden die festgesetzten, aber noch nicht entrichteten Vorauszahlungen in die Abschlußzahlung einbezogen. Für die Vorauszahlungen wird damit ein neuer Fälligkeitstermin bestimmt, da die Abschlußzahlung innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheids zu entrichten ist. Zur Einräumung dieser Schonfrist besteht jedoch kein Anlaß, da die Vorauszahlungen bereits an den jeweiligen Vorauszahlungsterminen fällig waren. Das Einkommensteuergesetz 1939 sah deshalb auch vor, daß der Teil der Abschlußzahlung, der den im Veranlagungszeitraum fällig gewordenen, aber noch nicht entrichteten Vorauszahlungen entspricht, sofort — d. h. mit Bekanntgabe des Steuerbescheides — zu entrichten ist. Durch die Neufassung wird der frühere Rechtszustand wiederhergestellt.

Zu Artikel 1 Ziff. 14:

Die Bewohner der sowjetischen Zone und des sowjetischen Sektors von Berlin sowie des Saarlandes werden nach § 1 Abs. 3 EStG wie beschränkt Steuerpflichtige behandelt. Dies führt dazu, daß ihre Einkünfte in der Bundesrepublik nach § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG mit mindestens 25 v. H. der Einkünfte versteuert werden. Die Besteuerung mit einem Mindestsatz von 25 v. H. führt in vielen Fällen zu Härten. Da in der sowjetischen Zone und im sowjetischen Sektor von Berlin die Einkünfte von Steuerpflichtigen mit Wohnsitz im Bundesgebiet einer solchen Mindestbesteuerung nicht unterliegen, soll die Mindestbesteuerung für die oben bezeichneten Personen entfallen.

Zu Artikel 1 Ziff. 15:

Zu a:

Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen ist auf die Veranlagungszeiträume 1953 bis 1955, bei den Steuerabzügen — wie schon bisher — um ein Jahr länger erweitert worden, um zu vermeiden, daß alljährlich ein Gesetz zur Verlängerung der Ermächtigungen eingebracht werden muß.

Es ist weiterhin vorgesehen, daß auch Vorschriften zur Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens in die Rechtsverordnung aufgenommen werden können. Diese Ergänzung ist erforderlich, weil u. a. geplant ist, die in § 42 Abs. 2 Satz 3 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vorgesehene Verpflichtung zur Abgabe der Hauptabschlußübersicht dahin abzuändern, daß diese Übersicht nur auf besondere Anforderung des Finanzamts eingereicht werden muß.

Zu b:

Nach § 7 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung können abnutzbare bewegliche Anlagegüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 200 DM nicht übersteigen, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll abgeschrieben werden. Es ist beabsichtigt, aus Vereinfachungsgründen und zur Vermeidung von Auseinandersetzungen mit den Steuerpflichtigen diese Bewertungsfreiheit auf Anlagegüter auszudehnen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 500 DM nicht übersteigen. Hierzu bedarf es der im Entwurf vorgesehenen Erweiterung der Ermächtigungsbestimmung des § 51 Abs. 1 Ziff. 2 EStG.

Da die Möglichkeit besteht, daß noch Durchführungsvorschriften zu § 7 f EStG erlassen werden müssen, ist eine entsprechende Ergänzung des § 51 Abs. 1 Ziff. 2 EStG erforderlich.

Zu c:

Redaktionelle Änderungen.

Zu d:

Siehe Begründung zu Artikel 8.

Zu Artikel 1 Ziff. 16:

Siehe Begründung zu Artikel 1 Ziff. 6.

Zu Artikel 2:

Nach § 26 EStG werden Eheleute grundsätzlich zusammen veranlagt (Haushaltsbesteue-

rung). § 43 EStDV schließt die Einkünfte der Ehefrau aus nichtselbständiger Arbeit in einem dem Ehemann fremden Betrieb von der Zusammenveranlagung aus. Diese Bestimmung wurde durch § 19 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 17. Dezember 1941 (RGBl. I S. 751) zur Förderung des Arbeitseinsatzes der Frauen in der Kriegszeit eingeführt. Sie ist angesichts der jetzigen Lage am Arbeitsmarkt nicht mehr gerechtfertigt. Hinzukommt, daß die einseitige steuerliche Bevorzugung der Ehefrauen mit Einkünften aus einem nichtselbständigen Arbeitsverhältnis mit dem Grundsatz der steuerlichen Gleichmäßigkeit nicht vereinbar ist. Es ist daher erforderlich, durch Streichung der Bestimmung mit Wirkung vom 1. Mai 1953 den ursprünglichen Rechtszustand wiederherzustellen. Auch aus Haushaltsgründen ist es unvermeidlich, zu dem Grundsatz der reinen Haushaltsbesteuerung mit Bezug auf die Ehegatten zurückzukehren.

Die Wirkungen der Zusammenveranlagung, die hierdurch entstehen, werden jedoch gemildert einmal durch die Erhöhung des tariflichen Freibetrags für die Ehefrau von 600 DM auf 800 DM (vgl. Begründung zu Artikel 1 Ziff. 6 und 16 des Entwurfs), zum anderen durch die in Artikel 1 Ziff. 12 des Entwurfs vorgesehene Änderung des § 46 Abs. 1 Ziff. 3 EStG. Nach dem bisherigen Rechtszustand werden Steuerpflichtige mit Einkünften aus mehreren Dienstverhältnissen zur Einkommensteuer veranlagt, wenn der Gesamtbetrag dieser Einkünfte 3600 DM übersteigt. Der Entwurf sieht die Erhöhung dieses Betrages auf 7200 DM vor. Infolge dieser Änderung unterbleibt eine Veranlagung von Ehegatten, wenn sie lediglich Einkünfte aus mehreren Dienstverhältnissen haben, die den Betrag von 7200 DM nicht übersteigen. Trotz der Streichung des § 43 EStDV findet demnach in diesen Fällen keine Zusammenveranlagung der Ehegatten statt, so daß die Einkünfte der in einem fremden Betrieb nichtselbständig arbeitenden Ehefrau hier nicht der vollen Progression des Steuertarifs unterliegen.

Die Einbeziehung der Einkünfte der Ehefrau aus nichtselbständiger Arbeit in die Zusammenveranlagung hat beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zur Folge, daß bereits bei der Besteuerung des Arbeitslohns der Ehefrau ein Hinzurechnungsbetrag — ebenso wie bei einem Arbeitnehmer mit mehreren

Dienstverhältnissen — vorzusehen ist. Diese Maßnahme soll jedoch aus technischen Gründen erst ab 1. Januar 1954 durchgeführt werden, so daß bei der Erhebung der Lohnsteuer vom Arbeitslohn der Ehefrau im Jahre 1953 eine Änderung noch nicht eintritt. Die hiernach für das Jahr 1953 zu wenig einbehaltene Lohnsteuer wird in den Fällen, in denen eine Zusammenveranlagung vorzunehmen ist, durch die Veranlagung nach erhoben.

Zu Artikel 3:

Durch die zweite Lohnabzugsverordnung vom 24. April 1942 (RGBl. I S. 252) wurde die gemeindliche Bürgersteuer vom 1. Juli 1942 an aufgehoben (§ 1). Zum Ausgleich des Einnahmeausfalls der Gemeinden an Bürgersteuer stellte das Reich jährlich 800 Millionen RM zur Verfügung (§ 2). Der Ausgleichsbetrag wurde durch eine leichte Erhöhung der Einkommensteuer (Lohnsteuer) ab 1. Juli 1942 beschafft. Die neue einkommen- (lohn-)steuerliche Belastung sollte nach Möglichkeit über die bisherige Belastung durch Einkommensteuer (Lohnsteuer) und Bürgersteuer zusammen nicht hinausgehen. Im Hinblick darauf, daß es einige ländliche Gemeinden gab, in denen keine oder nur eine sehr geringe Bürgersteuer erhoben wurde, trat in diesen Gemeinden doch eine geringe steuerliche Mehrbelastung ein. Diese ist für Landarbeiter und für Forstarbeiter durch die Einführung des Landarbeiter-Freibetrags beseitigt worden, der allen Landarbeitern und Forstarbeitern gewährt wurde. Der Landarbeiter-Freibetrag betrug in Steuergruppe I 13 RM monatlich, in den anderen Steuergruppen 26 RM monatlich (§ 4). Die Vorschriften über die Gewährung des Freibetrags treten, wenn ihre Geltungsdauer nicht verlängert wird, mit Ablauf des zweiten Kalenderjahrs nach Beendigung des Krieges außer Kraft (§ 5).

Der Landarbeiter-Freibetrag ist mit Zustimmung der Militärregierung in der britischen Zone durch Erlaß der Finanzleitstelle vom 22. Oktober 1946 (Steuer- und Zollblatt 1946 S. 95) mit Wirkung vom 1. Januar 1947 an aufgehoben worden. In den Ländern der amerikanischen und französischen Zone wird der Landarbeiter-Freibetrag auf Grund einer Entscheidung des Obersten Finanzgerichtshofs München vom 27. April 1948 — III 4 — 48 — weiter angewandt. Der derzeitige Zustand, wonach in den Ländern der amerikanischen und französischen Zone der Land-

arbeiter-Freibetrag gewährt wird, nicht dagegen in den Ländern der britischen Zone, wird allgemein als unbefriedigend empfunden. Eine Gleichmäßigkeit muß hergestellt werden.

Der monatliche Durchschnittslohn eines Landarbeiters, selbst der des landwirtschaftlichen Facharbeiters, liegt kaum über 200 DM. Die lohnsteuerliche Belastung eines Arbeitnehmers in Lohnlagen, die für Landarbeiter in Betracht kommen, ist gegenwärtig schon ohne Gewährung des Landarbeiter-Freibetrags wesentlich niedriger, als sie es am 1. April 1944 auf Grund der damaligen reichsrechtlichen Vorschriften mit Gewährung des Landarbeiter-Freibetrags war. Nach Wegfall der Tabelle B (vgl. Artikel 1 Ziff. 16 des Entwurfs) werden die meisten Landarbeiter ohnehin lohnsteuerfrei bleiben. Soweit sie es nicht sind, tritt durch die Erhöhung des Pauschetrags für Sonderausgaben auf Grund des Gesetzes zur Vereinfachung des EStG vom 10. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 789) eine steuerliche Entlastung ein, die der bei Gewährung des Landarbeiter-Freibetrags eintretenden steuerlichen Entlastung in vielen Fällen entspricht. Es rechtfertigt sich danach die Aufhebung der Vorschrift. Damit wird die durch die Gewährung des Landarbeiter-Freibetrags durchbrochene gleichmäßige Behandlung der Steuerpflichtigen wieder hergestellt.

Zu Artikel 4:

Absätze 1 bis 5:

Regelung des Inkrafttretens.

Absatz 7:

Absatz 7 enthält eine Übergangsvorschrift, die nach Streichung des § 32 b EStG für die Inanspruchnahme des § 32 b EStG in den Veranlagungszeiträumen 1951 und 1952 erforderlich ist. Da nach § 32 b EStG die ordnungsmäßige Buchführung für drei Veranlagungszeiträume vorliegen und die Bindung des Steuerpflichtigen an seinen Antrag für diesen Zeitabschnitt erfolgen muß, sind nach Aufhebung des § 32 b EStG die dreijährigen Fristen auf zwei bzw. ein Jahr abzukürzen. Die Nachversteuerung ist nach Wegfall des § 32 b EStG für den Veranlagungszeitraum 1953 durchzuführen. Zum Ausgleich dafür, daß der Steuerpflichtige die Nachversteuerung bereits im Veranlagungszeitraum 1953 durchführen muß, ist bestimmt, daß bei der Anwendung des § 34 EStG für die Nachver-

steuerung der nachzuversteuernde Betrag höchstens mit einem Satz von 20 v. H. zu versteuern ist. Zur Wahrung einer möglichst einheitlichen Besteuerung wird in den Einkommensteuer-Richtlinien 1953 der innerhalb der Steuersätze von 10 bis 20 v. H. für die Nachversteuerung im einzelnen anzuwendende Steuersatz bestimmt werden.

Zu Artikel 5:

Absatz 1:

Die Nachversteuerung nach den Vorschriften des § 10 Abs. 1 Ziff. 3 EStG 1949 und des § 32 a EStG 1949 würde ohne eine gesetzliche Änderung letztmalig im Veranlagungszeitraum 1954 durchzuführen sein. Die Durchführung dieser Nachversteuerung bereitet in der Praxis große Schwierigkeiten, weil die Festsetzung der Nachsteuer eine rechnungsmäßige Wiederauflösung der Veranlagung des Veranlagungszeitraums 1949 erforderlich macht. Deshalb wird der Zeitraum der Nachversteuerung um zwei Jahre gekürzt.

Absatz 2:

Die Nachversteuerung von Mehrentnahmen nach den Vorschriften des § 10 a EStG 1950 und des § 32 a EStG 1950 ist auf unbestimmte Zeit vorzunehmen. Durch Absatz 4 soll den Steuerpflichtigen die Möglichkeit gegeben werden, die zeitlich unbegrenzte Nachversteuerung durch Zahlung eines Pauschbetrages abzulösen.

Zu Artikel 6:

Allgemeines:

Durch das Erste Gesetz zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 793) soll der Kapitalmarkt dadurch belebt werden, daß die Zinsen bestimmter festverzinslicher Wertpapiere steuerfrei oder steuerbegünstigt werden. Den Besitzern dieser festverzinslichen Wertpapiere verbleibt damit ein höherer Nettobetrag, der einmal einen Anreiz zum Erwerb solcher Wertpapiere geben und es zudem ermöglichen soll, von dem verbleibenden Zinsertrag einen Teil wieder dem Kapitalmarkt zuzuführen. Bei den Beratungen des bezeichneten Gesetzes bestand Einigkeit darüber, daß die Förderungsmaßnahmen für festverzinsliche Wertpapiere insofern einer Ergänzung auf dem Gebiet der Körperschaftsteuer bedürften, als durch steuerliche Maßnahmen den Kapitalgesell-

schaften die Ausschüttung von Gewinnen an ihre Anteilsinhaber erleichtert werden müßte. Eine steuerliche Begünstigung dieser Ausschüttungen beim Empfänger konnte nicht in Betracht gezogen werden, weil Anteile an Kapitalgesellschaften im Gegensatz zu festverzinslichen Wertpapieren Gesellschaftsrechte verkörpern, damit einen anderen rechtlichen Charakter haben und auch im Wirtschaftsleben andere Funktionen erfüllen. Da sich andererseits bei der Kapitalgesellschaft eine völlige Befreiung des ausgeschütteten Gewinnanteils von der Körperschaftsteuer sowohl aus wirtschaftspolitischen Bedenken (Anreiz zu übermäßigen Ausschüttungen und damit eine zu starke Beschränkung volkswirtschaftlich erwünschter Investitionen) als auch aus Haushaltsgründen (zu hoher Steuerausfall) verbot, bleibt nur der im Entwurf vorgesehene Weg, das Einkommen in Höhe der ausgeschütteten Gewinnanteile bei der Kapitalgesellschaft einem ermäßigten Steuersatz zu unterwerfen.

Die Ausdehnung dieser steuerlichen Begünstigung auf andere Körperschaftsteuerpflichtige (z. B. Genossenschaften, Vereine, Zweckvermögen oder Betriebe gewerblicher Art von öffentlich-rechtlichen Körperschaften) erschien nicht angebracht, weil diese Unternehmen und Betriebe sich zur Beschaffung ihres Eigenkapitals nicht an den Kapitalmarkt wenden und weil in vielen Fällen (z. B. bei Betrieben gewerblicher Art von öffentlich-rechtlichen Körperschaften) die Ausschüttungen bei den Empfängern nicht steuerpflichtig sind.

Zweck dieser Vorschrift ist aber nicht nur die Förderung des Kapitalmarkts, sondern darüber hinaus auch eine Verringerung der Steuerlast für einen wesentlichen Teil der Körperschaften in dem jetzt möglichen und gebotenen Rahmen. Diejenigen Kapitalgesellschaften, die einen Teil ihrer Gewinne auszuschütten bereit sind, kommen dadurch in den Genuß einer merkbaren Senkung der von ihnen zu tragenden Körperschaftsteuer. Die jetzt vorgesehene, auf die ausgeschütteten Gewinne beschränkte Vorschrift, die auch als Kapitalförderungsmaßnahme nur vorübergehenden Charakter hat, wird möglicherweise künftig in einer allgemeinen Senkung des Körperschaftsteuertarifs aufgehen.

Zu Ziffer 1:

Zu a:

Redaktionelle Änderung.

Zu b :

Der eingefügte Absatz 2 sieht eine Ermäßigung der Körperschaftsteuer für die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen auf 40 v.H. des Einkommens vor. Um nicht auch übermäßige Gewinnausschüttungen, mit denen insbesondere bei Einmanngesellschaften m. b. H. usw. zu rechnen ist, steuerlich zu begünstigen, erschien es angebracht, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen auf 8 v.H. des Stammkapitals zu beschränken. Mit der Erwähnung des Nennkapitals im Klammerzusatz soll zum Ausdruck gebracht werden, daß verdecktes Kapital außer Ansatz bleibt. Soweit beim Empfänger die Ausschüttungen auf Grund des Schachtelprivilegs (§ 9 KStG) steuerfrei sind, ist es nicht gerechtfertigt, sie bei der Kapitalgesellschaft tariflich zu begünstigen.

Der ermäßigte Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne gilt auch dann, wenn die Kapitalgesellschaft der Mindestbesteuerung (§ 17 KStG) zu unterwerfen ist, und zwar für die vollen berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen. Daß dadurch u. U. auch die auf Aufsichtsratsvergütungen entfallende Mindeststeuer (§ 17 Abs. 1 Ziff. 2 KStG) ermäßigt wird, kann aus Gründen der Vereinfachung in Kauf genommen werden.

Zu c :

Soweit der Körperschaftsteuersatz nach § 19 Abs. 3 KStG nur 30 v. H. des Einkommens beträgt, kommt eine weitere Ermäßigung auch bei Ausschüttungen von Gewinnen nicht in Betracht. Bei privaten Bausparkassen und bei gemischten Hypothekenbanken kann ein Teil des Einkommens mit 30 v. H. und der übrige Teil mit 60 v. H. zu versteuern sein (§ 19 Abs. 3 Ziff. 2 und 4 KStG). In diesen Fällen ist der ermäßigte Steuersatz von 40 v. H. insoweit anzuwenden, als die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen verhältnismäßig auf den mit 60 v. H. zu versteuernden Einkommenanteil entfallen.

Zu Ziffer 2 :

Die Änderung des § 23 a Abs. 1 KStG entspricht der Änderung des § 51 Abs. 1 EStG.

Zu Artikel 7:

Die Ermäßigung der Körperschaftsteuer für die ausgeschütteten Gewinne nach Artikel 5 Ziff. 1 soll erstmalig für den Veranlagungszeitraum 1953 gelten.

Zu Artikel 8:

§ 51 Abs. 1 Ziff. 1 EStG beschränkt die Ermächtigung der Bundesregierung zum Erlaß von Durchführungsverordnungen auf den Veranlagungszeitraum 1951. Beim Steuerabzug vom Arbeitslohn erstreckt sich die Ermächtigung nach § 51 Abs. 2 EStG auch auf das Kalenderjahr 1952.

Auf Grund der im § 4 des Gesetzes zur Ergänzung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 20. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 302) erteilten Ermächtigung ist im § 4 der Verordnung zur Änderung und zur Verlängerung der Geltungsdauer einkommensteuerlicher, lohnsteuerlicher und körperschaftsteuerlicher Durchführungs Vorschriften vom 23. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 598) die Geltungsdauer der Einkommensteuer-Durchführungs Vorschriften auch für den Veranlagungszeitraum 1952 und der Lohnsteuer-Durchführungs Vorschriften für das Kalenderjahr 1953 verlängert worden.

Im Artikel 8 des Entwurfs ist die Ermächtigung für die Bundesregierung vorgesehen, mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ergangenen Rechtsverordnungen durch Rechtsverordnung weiterhin für anwendbar zu erklären. Hiermit ist § 51 Abs. 2 EStG überholt und kann gestrichen werden (vgl. Artikel 1 Ziff. 15 Buchstabe d des Entwurfs).

Zu Artikel 9:

Im § 8 Abs. 3 der Zweiten Durchführungsverordnung zum Investitionshilfegesetz ist der Ausschluß der degressiven Abschreibung bei Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen nach § 36 des Investitionshilfegesetzes vorgesehen. Zur Klarstellung ist es wünschenswert, diese Vorschrift in den Wortlaut des § 36 des Investitionshilfegesetzes aufzunehmen und sie der im § 7 d Abs. 1 EStG vorgesehenen Fassung anzugleichen. Vgl. hierzu die Begründung zu Artikel 1 Ziff. 3.

Zu Artikel 10:

Ziffer 1 dient der Vereinfachung. Übersteigt der Einheitswert des gewerblichen Betriebs nicht 6 000 DM, so soll vom 1. Januar 1953 ab eine Feststellung des Einheitswerts nicht mehr erforderlich sein, es sei denn, daß das Gesamtvermögen den Freibetrag bei der Vermögensteuer übersteigt. Durch die vorgesehene Erhöhung der Freigrenze beim Ge-

werbekapital von 3 000 auf 6 000 DM wird das Aufkommen an Gewerbesteuer, an dem die Gewerbekapitalsteuer im ganzen nur mit etwa 15 v. H. beteiligt ist, nicht erheblich geschmälert werden.

Ziffer 2 entspricht Artikel 1 Ziff. 13 des Entwurfs.

Zu Artikel 12:

Die Vorschrift dient der Vereinfachung.

Die Gewerbesteuerfestsetzungen für die Erhebungszeiträume II/1948 bis 1951 sind, weil die Einheitswerte der gewerblichen Betriebe noch nicht festgestellt sind, hinsichtlich des Gewerbekapitals nur vorläufig. Dabei ist an Stelle des Einheitswerts zunächst ein Hilfswert getreten, der in Anlehnung an die Werte der DM-Eröffnungsbilanz nach den Grundsätzen des Bewertungsgesetzes ermittelt wurde. Für den Erhebungszeitraum 1952 soll entsprechend verfahren werden.

Den Finanzämtern und den Gemeinden würde eine erhebliche Verwaltungsmehrarbeit entstehen, wenn die bezeichneten vorläufigen Festsetzungen einzeln in endgültige Festsetzungen umzuwandeln wären, wie es der Vorschrift des § 225 der Reichsabgabenordnung entspricht. Für die große Masse der Fälle würde der Arbeitsaufwand nicht lohnen, weil im allgemeinen die Einheitswerte voraussichtlich nicht wesentlich von den Hilfswerten abweichen werden.

Durch Absatz 1 soll deshalb bestimmt werden, daß der Hilfswert als maßgebender Einheitswert im Sinn des § 12 Abs. 5 des Gewerbesteuergesetzes gilt und daß die vorläufigen Festsetzungen insoweit endgültig sind. Jedoch sind im Absatz 2 zwei Ausnahmen von diesem Grundsatz vorgesehen:

1. Wird eine Wertfortschreibung vorgenommen, so soll es im Interesse des Steueraufkommens bei den allgemeinen Vorschriften verbleiben. Der Einheitswert vom Fortschreibungszeitpunkt ist also nach Maßgabe des § 12 Abs. 5 des Gewerbesteuergesetzes der Ermittlung des Gewerbekapitals zugrunde zu legen (vgl. Absatz 2 Ziff. 1 des Entwurfs).
2. Der Steuerpflichtige kann beantragen, den maßgebenden Einheitswert zugrunde zu legen (vgl. Absatz 2 Ziff. 2 des Entwurfs). Dadurch werden die berechtigten Interessen des Steuerpflichtigen in den Fällen gewahrt, in denen der Einheitswert niedriger als der Hilfswert ist.

Zu Artikel 13:

Die Gründe, die nach Artikel 1 Ziff. 13 des Entwurfs eine Änderung des § 47 Abs. 2 EStG erforderlich machen, gelten für § 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Erhebung einer Abgabe „Notopfer Berlin“ sinngemäß. Es kann deshalb auf die Begründung zu Artikel 1 Ziff. 13 des Entwurfs verwiesen werden.

Zweiter Teil

Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in den Rechnungsjahren 1953 und 1954

1. Das finanzielle Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern wird durch die haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen der im Ersten Teil des Gesetzentwurfs vorgesehenen Änderungen des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts entscheidend beeinflusst. Daraus ergibt sich das Erfordernis, den vertikalen Finanzausgleich (Art. 106 Abs. 3 GG) der neuen Lage anzupassen mit dem Ziel, sowohl die Deckung des planmäßigen Bundesfinanzbedarfs als auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Länderhaushalte zu sichern.

I. Die Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen auf die öffentlichen Haushalte

2. Die auf dem Gebiet der Einkommen- und Körperschaftsteuer vorgesehenen Ermäßigungen werden im öffentlichen Gesamthaushalt unmittelbar einen Einnahmeausfall zur Folge haben, der in den Mehreinnahmen, die sich aus dem (schrittweisen) Abbau der Steuerbegünstigungen ergeben werden, zunächst keinen vollen Ausgleich findet. Dagegen werden die mittelbaren Auswirkungen dieser Steuerreform, insbesondere die Steigerung der allgemeinen Konsum- und Investitionskraft und die durch die vorübergehende staatliche Kreditausweitung zusätzlich ausgelöste Wirtschaftsbebung dem öffentlichen Gesamthaushalt in steigendem Maße Mehreinnahmen zuführen, aus denen innerhalb angemessener Frist der Einnahmeverlust wieder ausgeglichen und überdies der Überbrückungskredit abgedeckt werden kann, der zur zwischenzeitlichen kassenmäßigen Sicherstellung des (unverminderten) ordentlichen Finanzbedarfs aufgenommen werden muß. Die Inanspruchnahme dieses Kredits bedeutet zwar

in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation keine Gefährdung der inneren finanziellen Stabilität der deutschen Wirtschaft; auf weitere Sicht erfordert jedoch die Sicherheit der deutschen Währung, daß die expansiven Wirkungen, die eine Kreditfinanzierung ordentlicher öffentlicher Ausgaben auslöst, in der Folgezeit durch kontraktive Finanzmaßnahmen wieder ausgeglichen werden. Für die öffentliche Haushaltspolitik ergibt sich hieraus der Zwang zu mehrjähriger Planung: Bund und Länder haben in einsichtsvollem Zusammenwirken ihre Haushaltswirtschaft in den nächsten Jahren so zu gestalten und aufeinander abzustimmen, daß die durch den Steuerausfall vorübergehend gestörte Gleichgewichtslage des öffentlichen Gesamthaushalts in möglichst kurzer Frist wiederhergestellt werden kann.

3. Die Änderungen des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts werden — je nach ihrer zeitlichen Wirksamkeit — das Steueraufkommen der nächsten Rechnungsjahre unterschiedlich beeinflussen. Die unmittelbaren finanziellen Wirkungen werden für das Bundesgebiet (einschließlich des Landes Berlin) wie folgt veranschlagt (Beträge in Mill. DM):

a) Rechnungsjahr 1953

Mindereinnahmen infolge Ermäßigung des Einkommensteuertarifs (10 Monate)	1 080
Mehreinnahmen infolge Abbaus von Steuerbegünstigungen, der sich im ersten Geltungsjahr nur beschränkt auswirken kann (§§ 7c, 7d, 32b EStG, § 43 EStDV)	130
Mithin verbleibt für 1953 ein Steuerausfall von	<u>950</u>

b) Rechnungsjahr 1954

Mindereinnahmen infolge Ermäßigung des Einkommensteuertarifs	1 300
Änderung des § 19 KStG	80
	1380
Mehreinnahmen infolge Einschränkung der §§ 7c und 7d EStG sowie Aufhebung des § 32b EStG und des § 43 EStDV	480
Mithin verbleibt für 1954 ein Steuerausfall von	<u>900</u>

c) Rechnungsjahr 1955

Mindereinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer	1 380
Mehreinnahmen infolge Aufhebung der §§ 7c, 7d, 32b, 33 Abs. 2 und 33 a EStG und des § 43 EStDV	945
Mithin verbleibt für 1955 ein Steuerausfall von	<u>435</u>

d) Für das Rechnungsjahr 1956 und die folgenden Rechnungsjahre ist der Netto-Steuerausfall auf der Grundlage dieser isolierten Betrachtungsweise ebenfalls auf jährlich 435 Mill. DM zu veranschlagen.

4. Den Steuerausfällen, die sich als unmittelbare Folge der Steuerrechtsänderungen ergeben werden, stehen die Steuermehreinnahmen gegenüber, die als mittelbare Folge der Steuersenkung in den kommenden Rechnungsjahren zu erwarten sind; hierbei bleiben die Steuermehreinnahmen außer Betracht, die darüber hinaus — unabhängig von dem durch die Steuersenkung ausgelösten Impuls — sich aus einer künftigen Steigerung des Sozialprodukts ergeben können. Unberücksichtigt bleiben zunächst auch die zahlenmäßig nicht sicher zu veranschlagenden Mehreinnahmen, welche die mit der Vereinfachung des Steuerrechts ermöglichte Intensivierung des steuerlichen Erhebungsverfahrens erwarten läßt.

Als mittelbare Auswirkung der Steuersenkung ergeben sich für den öffentlichen Gesamthaushalt Mehreinnahmen vorzugsweise aus der Erhöhung der Realeinkommen und der Steigerung der Unternehmerinitiative, in gewissem Umfange auch aus der vorübergehenden Ausweitung des Geldumlaufs infolge zusätzlicher staatlicher Kreditinanspruchnahme. Zwischen diesen einnahmesteigernden Tatbeständen besteht insofern ein Zusammenhang, als Staatskredit in um so geringerem Umfange benötigt wird, je günstiger die Steuereinnahmen sich im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsablaufs entwickeln — und umgekehrt Staatskredit in um so stärkerem Ausmaß beansprucht werden muß, je weniger günstig sich die Gesamtwirtschaft entwickelt; im letzteren Falle würde jedoch eine staatliche Kreditausweitung währungspolitisch um so geringeren Bedenken begegnen. Nach einem allgemeinen volkswirtschaftlichen Erfahrungssatz kann davon ausgegangen werden, daß zwischen Umsatz und Einkommen ein Verhältnis von etwa 3,5 : 1 besteht. Auf Grund des Verhältnisses zwischen den volkswirtschaftlichen Gesamtumsätzen und dem Umsatz- und Verbrauchsteuerauf-

kommen erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß gegenwärtig vom Gesamtumsatz etwa 4 vom Hundert sich in Umsatz- und Verbrauchsteuern niederschlagen. Es ist ferner anzunehmen, daß die aus dem zusätzlichen Umsatz gebildeten zusätzlichen Einkommen der natürlichen Personen und der Körperschaften künftig im Durchschnitt mit etwa 25 vom Hundert besteuert werden. Auf Grund dieser Überlegungen lassen sich die durch die Steuersenkung mittelbar ausgelösten Mehreinnahmen in den kommenden Rechnungsjahren etwa wie folgt veranschlagen (Beträge in Mill. DM):

Rechnungsjahr	Mehreinnahmen		
	an Umsatz- und Verbrauchssteuern	an Einkommensteuern	Zusammen
1953	140	250	390
1954	260	450	710
1955	260	450	710
1956	270	475	745

5. Die Gegenüberstellung der Steuerausfälle (Nr. 3) und der durch die Steuersenkung ausgelösten Steuermehreinnahmen (Nr. 4) ergibt hiernach für den öffentlichen Gesamthaushalt folgendes Bild (Beträge in Mill. DM):

Rechnungsjahr	Steuer- ausfall	Mehrein- nahmen	Minderertr. (—) Mehrertrag (+)
1953	950	390	— 560
1954	900	710	— 190
1955	435	710	+ 275
1956	435	745	+ 310
1957	435	745	+ 310

Hiernach würde der durch die Steuerrechtsänderung verursachte jährliche Einnahmeausfall erstmals im Rechnungsjahr 1955 durch Mehreinnahmen, die als mittelbare Folge der Steuerreform zu erwarten sind, ausgeglichen sein. Spätestens im Rechnungsjahr 1957 würde der letzte Rest des zur Überbrückung des Steuerausfalls aufgenommenen Zwischenkredits abgedeckt werden können.

Diese Vorausschätzungen lassen die aus der Rationalisierung des steuerlichen Erhebungsverfahrens zu erwartende Aufkommenssteigerung außer Betracht; sie gründen sich im übrigen auf die Hypothese, daß einerseits der Ausgabebedarf des Haushalts in der für das Rechnungsjahr 1953 vorveranschlagten Höhe künftig keine Einschränkung erfährt, andererseits Mehrausgaben künftig ausschließlich aus den Mehreinnahmen finanziert werden, die

sich aus einer zusätzlichen (nominellen oder realen) Steigerung des Bruttosozialprodukts ergeben. Wird in Betracht gezogen, daß jedes Prozent Zuwachs am Bruttosozialprodukt für Bund und Länder Steuermehreinnahmen von schätzungsweise 500 bis 550 Mill. DM bedeutet, so erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß die haushalts- und kassenmäßige Überwindung des durch die Steuerrechtsänderung verursachten Einnahmeausfalls innerhalb kürzerer Frist möglich sein sollte, als es die vorstehende schematische Darstellung erkennen läßt.

II. Die Sicherung des Haushaltsgleichgewichts

6. Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern hat in den kommenden Rechnungsjahren unter der Zielsetzung zu stehen, die in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen staatswirtschaftlich tragbar zu gestalten und das Gleichgewicht des öffentlichen Gesamthaushalts ohne Beeinträchtigung der lebenswichtigen Aufgaben des Bundes und der Länder nachhaltig zu sichern. Die unmittelbaren finanziellen Wirkungen der Einkommen- und Körperschaftsteuersenkung treffen an sich im Verhältnis ihrer Aufkommensbeteiligung Bund und Länder gemeinsam. In welchem Umfange jedoch die Wirkung des Einnahmeausfalls im Haushalt des Bundes und in den Haushalten der Länder tatsächlich spürbar wird, hängt von der im Art. 106 Abs. 3 GG vorbehaltenen Gestaltung des vertikalen Finanzausgleichs ab. Dieser Gesetzentwurf setzt sich zum Ziel, die Haushaltsverschlechterungen, die sich unmittelbar aus der Steuersenkung zunächst ergeben, von den Länderhaushalten fernzuhalten, andererseits den Bund, da er das volle Risiko des Steuerausfalls auf sich nimmt, finanziell zu befähigen, die zur kassenmäßigen Überbrückung dieses Ausfalls von ihm aufzunehmenden Verbindlichkeiten in möglichst geringem Rahmen zu halten und in möglichst kurzer Frist abzudecken.

7. Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund im Rechnungsjahr 1953 (BT-Drucksache Nr. 4006) sieht für 1953 eine 44 %ige Bundesbeteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer vor. Diesem Gesetzentwurf lag die Annahme zugrunde, daß im Rechnungsjahr 1953 das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Bundesgebiet

(einschließlich des Landes Berlin) insgesamt 11 450 Mill. DM betragen wird (Nr. 14 der amtlichen Gesetzesbegründung); hiernach würden vom Gesamtaufkommen 5 038 Mill. DM (44 v. H.) dem Bund und 6 412 Mill. DM (56 v. H.) den Ländern zufließen. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung, die das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer in den letzten Monaten genommen hat, würde es methodisch rechtfertigen, das Gesamtaufkommen für das Rechnungsjahr 1953 jetzt etwas höher, und zwar auf 11 750 Mill. DM zu veranschlagen.

Obwohl es aus den Gründen, die zu dem Vorschlag einer Steuerrechtsänderung Veranlassung gegeben haben, außerordentlich fraglich erscheint, ob dieses theoretisch errechnete Aufkommen bei gleichbleibendem Steuerrecht im Rechnungsjahr 1953 tatsächlich erreicht worden wäre, kann für die Ausfallsberechnung methodisch nur von dem als theoretisch erreichbar zu veranschlagenden Aufkommensbetrag von 11 750 Mill. DM ausgegangen werden. Dann ergibt sich, wenn nur die unmittelbare Wirkung der Steuersenkung für 1953 berücksichtigt und als Einnahmeausfall der Betrag von 950 Mill. DM (Nr. 3 a) angesetzt wird, für das Rechnungsjahr 1953 ein Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen von $(11\,750 - 950 =) 10\,800$ Mill. DM. Eine 44 %ige Bundesbeteiligung an einem Gesamtaufkommen in dieser (reduzierten) Höhe würde den Ländern nur 6 048 Mill. DM belassen, also annähernd 400 Mill. DM weniger als die Bundesregierung bei der Vorlage des Inanspruchnahmegesetzentwurfs veranschlagt hatte, und über 500 Mill. DM weniger als die Länder bei einer 44 %igen Bundesbeteiligung an einem Gesamtaufkommen von 11 750 Mill. DM erhalten hätten. Mit Rücksicht auf die finanzschwachen Länder, für die zusätzliche Einnahmeverluste eine nur schwer erträgliche Einengung ihres finanzwirtschaftlichen Bewegungsspielraums bedeuten würden, hat sich die Bundesregierung entschlossen, die finanziellen Folgen der von ihr für notwendig erachteten steuerlichen Maßnahmen auf den Bundeshaushalt zu übernehmen und den vertikalen Finanzausgleich nunmehr so zu gestalten, daß alle Länder finanziell mindestens ebenso und die leistungsschwächeren Länder merklich besser gestellt werden als sie stehen würden, wenn bei unverändertem Steuerrecht das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Rechnungsjahr 1953 ins-

gesamt 11 750 Mill. DM erreichen und der Bund hiervon 44 v. H. in Anspruch nehmen würde. Den Ländern wären in diesem Falle 6 580 Mill. DM aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugeflossen; nach dem vorliegenden Gesetzentwurf und den ihm zugrundeliegenden Aufkommensschätzungen sollen den Ländern im Rechnungsjahr 1953 insgesamt 6 730 Mill. DM aus dem Ertrag der Einkommen- und Körperschaftsteuer zukommen. Gegenüber den Berechnungen, die dem Entwurf des Inanspruchnahmegesetzes für 1953 zugrunde liegen, ergibt sich für die Länder eine Gesamtverbesserung um $(6730 - 6412 =) 318$ Mill. DM.

8. Für den Bundeshaushalt 1953 bedeutet diese Regelung eine nicht unbeträchtliche finanzielle Verschlechterung gegenüber dem von der Bundesregierung eingebrachten Planentwurf (BT-Drucksache Nr. 4000). Die Einnahme des Bundes aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist dort (60 01 St 9) mit 5038 Mill. DM angesetzt, während nach diesem Gesetzentwurf dem Bund aus einem Gesamtaufkommen von 10 800 Mill. DM im finanziellen Ergebnis nur 4120 Mill. DM verbleiben; mit dem Differenzbetrag von 918 Mill. DM trägt der Bund 97 v. H. des Einnahmeausfalls, der sich aus der Steuerrechtsänderung im Rechnungsjahr 1953 unmittelbar ergibt. Im Entwurf des Bundeshaushalts für 1953 entsteht damit zunächst eine Deckungslücke, die — da sie durch Ausgabeabstriche nicht kompensiert werden kann — insoweit kassenmäßig überbrückt werden muß, als sie nicht durch Mehreinnahmen auszugleichen ist. Zur Verringerung der Deckungslücke (und damit zur Verringerung des Kassenkreditbedarfs) stehen dem öffentlichen Gesamthaushalt (Bund und Länder) die Mehreinnahmen zur Verfügung, die als mittelbare Folge der Steuersenkung, insbesondere auf Grund der von ihr ausgelösten volkswirtschaftlichen Belegungswirkung aufkommen werden (Nr. 4). Es ist währungspolitisch und finanzwirtschaftlich geboten, diese Mehreinnahmen zur „Finanzierung“ der Steuersenkung zu verwenden, also ausschließlich der Aufgabe vorzubehalten, die Inanspruchnahme von Überbrückungskrediten auf das geringstmögliche Maß zu beschränken und, soweit die Aufnahme solcher Kredite zur Finanzierung ordentlicher Ausgaben unvermeidlich wird, diese Verschuldung mit möglichster Beschleunigung wieder abzubauen. Das setzt voraus, daß der Bund über diese Mehreinnahmen verfügen kann.

Da der Mehrertrag aus der Umsatzsteuer und den großen Verbrauchsteuern (mit Ausnahme der Biersteuer) automatisch dem Bund zufließt, erfordert nur die Inanspruchnahme der Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer eine gesetzliche Regelung. An sich wäre die volle Zuweisung dieser Mehreinnahmen an den Bund sachlich gerechtfertigt. Um aber die Länder von der künftigen Wiederaufwärtsentwicklung des Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommens nicht ganz auszuschließen und ihr unmittelbares Interesse an einer Steigerung des Wirkungsgrades der Steuerverwaltung wachzuhalten, sollen die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, soweit sie den (durch die Steuersenkung reduzierten) Jahresaufkommensbetrag von 10 800 Mill. DM (Nr. 7) übersteigen, nur mit 80 v. H. dem Bunde zugewiesen und mit 20 v. H. den Ländern belassen werden; diese höhere Bundesbeteiligung soll überdies auf den Jahresbetrag des unmittelbaren Steuerausfalls (950 Mill. DM) beschränkt bleiben, so daß für Einnahmen, die über den (ursprünglich veranschlagten) Jahresaufkommensbetrag von 11 750 Mill. DM hinaus erzielt werden, wieder das normale Beteiligungsverhältnis gilt. Für die Länder bedeutet eine solche, der Höhe nach begrenzte Zurückdrängung ihres Anteils an den zu erwartenden Mehreinnahmen keine unbillige Zumutung; sie ist nur die notwendige Konsequenz der haushaltsmäßigen und kassenmäßigen Vorleistung des Bundes, durch die den Ländern das finanzielle Risiko der Steuersenkung abgenommen und die Einnahmequelle, die den Mehrertrag erbringen soll, überhaupt erst angeschlagen werden wird. Die in den Rechnungsjahren 1953 und 1954 zu erwartenden und in Höhe von 80 v. H. dem Bund zuzuweisenden Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer werden auf $(250 + 450 =) 700$ Mill. DM veranschlagt (Nr. 4). Der Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1953 erhöht allerdings durch diese Mehreinnahme noch keine Entlastung (vgl. dazu Nr. 17).

9. Die hier vorgesehene Finanzausgleichsregelung kann die ihr zugedachte Funktion — die nachhaltige Sicherung des bundesstaatlichen Haushaltsgleichgewichts — nur dann erfüllen, wenn ihr Geltungsbereich sich auf mehrere Jahre erstreckt. Der Gesetzentwurf beschränkt die zeitliche Geltung auf die Rechnungsjahre 1953 und 1954, weil damit gerechnet werden kann, daß spätestens mit Wirkung vom 1. April 1955 das im

Artikel 107 GG vorbehaltene Gesetz in Kraft tritt und damit die finanzausgleichsrechtlichen Beziehungen zwischen Bund und Ländern ab dem Rechnungsjahr 1955 grundlegend neu geordnet werden.

III. Die Gestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern im einzelnen

10. In den bisherigen Verhandlungen mit dem Bundesrat über die Bemessung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1952 und für 1953 ist von den finanzschwächeren Ländern wiederholt die Forderung erhoben worden, daß die finanzielle Wirkung des Bundeszugriffs nach dem Grad der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder gestaffelt werde. Finanzwirtschaftlich ist dieser Forderung eine Berechtigung nicht grundsätzlich abzuspochen, wenn gleich die Verpflichtung der einzelnen Länder, nach einem einheitlichen, der Steuerkraft entnommenen Maßstab zur Finanzierung von Bundesausgaben beizutragen, bereits im Verhältnis der Länder untereinander finanzausgleichend wirkt. Aber je mehr der Finanzbedarf des Bundes dazu zwingt, den Zugriff auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer prozentual zu erhöhen, erhalten die den einzelnen Ländern verbleibenden Einnahmen im Verhältnis zu ihren Ausgabeverpflichtungen ein unterschiedliches Gewicht. Denn im finanziellen Effekt bedeutet die Heranziehung von Ländereinnahmen für Bundeszwecke nur eine Einengung des haushaltswirtschaftlichen Bewegungsspielraums, der den Ländern zur Leistung freiwilliger oder doch nicht zwangsläufiger Ausgaben (z. B. Wirtschaftsförderung) zur Verfügung steht. Da dieser Spielraum in den steuerschwachen Ländern erheblich geringer ist als in den steuerlich leistungsfähigen Ländern, schwächt eine Steigerung des Bundeszugriffs, auch wenn sie für alle Länder prozentual gleich bemessen ist, in durchaus verschiedenem Ausmaß die Fähigkeit der einzelnen Länder, ihre Haushaltswirtschaft der Einnahmekürzung anzupassen; mit jeder weiteren Steigerung des Bundeszugriffs nimmt diese unterschiedliche Wirkung progressiv zu. Durch eine Intensivierung des horizontalen Finanzausgleichs können diese Ungleichheiten — wie die bisherigen Verhandlungen unter den Ländern ergeben haben — nicht ausreichend gemildert werden.

11. Die der Bundesregierung bisher von einzelnen Ländern unterbreiteten Vorschläge sehen durchweg eine regionale Differenzierung des Bundesbeteiligungsprozentsatzes vor. Eine solche Regelung erscheint indessen verfassungsrechtlich anfechtbar; es sprechen genügend Anhaltspunkte für die Deutung, daß die Heranziehung der einzelnen Länder zur Deckung des Bundesfehlbedarfs gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG allein nach dem Maßstab der regionalen Einkommen- und Körperschaftsteuerkraft zulässig ist. Dieselbe Verfassungsbestimmung eröffnet jedoch dem Bund auch die Befugnis, aus den von ihm in Anspruch genommenen Ländereinnahmen Rücküberweisungen in der Form von Zuschüssen zur Deckung bestimmter Länderausgaben zu gewähren; hier bietet sich in verfassungsrechtlich einwandfreier Form die Möglichkeit, die finanzielle Belastungswirkung des (prozentual einheitlichen) Steuerzugriffs durch unterschiedliche, nach den ausgabenverursachenden Tatbeständen bemessene Rücküberweisungen regional zu differenzieren. Damit der Bund haushaltsmäßig zur Leistung solcher Zuschüsse befähigt wird, muß die Bundesbeteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer allerdings um die Gesamtzuschußsumme höher angesetzt werden, als es zur Deckung des eigentlichen Bundesfehlbedarfs erforderlich oder ohne die Zuschußgewährung für die Länder tragbar wäre.

12. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern erstmals in dieser Form gestaltet werden. Für die Gewährung von Bundeszuschüssen bieten die Schullasten der Länder und Gemeinden methodisch und statistisch einwandfreie Anhaltspunkte. Der Zuschußbedarf auf dem Gebiet des Schulwesens ist zudem im Rahmen des Gesamtzuschußbedarfs der Länder und Gemeinden von besonderem Gewicht; mit rd. 2 200 Mill. DM beträgt er im Bundesdurchschnitt etwa 20 v. H. des gesamten Zuschußbedarfs der Hoheits- und Kammereiverwaltungen. Es kommt hinzu, daß die Finanz- und Verwaltungskraft der einzelnen Länder und ihrer Gemeinden durch das Schulwesen sehr unterschiedlich beansprucht wird; überlastet sind die finanzschwachen Länder, da gerade sie, gemessen an den Einwohnerzahlen, durchweg höhere Schülerzahlen aufweisen als die finanzstärkeren Länder (vgl. Nr. 15, Spalten 4 und 5 der Tabelle) und deshalb — gleiche Lei-

stungen vorausgesetzt — höhere Schullasten zu tragen haben. Diese Überlastung ist vor allem auf den verhältnismäßig hohen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, auf die höhere Belegung mit Heimatvertriebenen, Zuwanderern und dgl., zum Teil auch auf die Sonderbedürfnisse zurückzuführen, die sich auf dem Gebiet des Schulwesens für die an der Ost- und Nordgrenze des Bundesgebietes gelegenen Bezirke ergeben. Die Überlastung der finanzschwachen Länder hat zur Folge, daß hier die Erfüllung der Pflichtaufgaben auf dem Gebiet des Schulwesens nur unter großen Schwierigkeiten finanziell sichergestellt werden kann; soweit diese Länder im Schulwesen dennoch Leistungen erbringen, die sich im Rahmen des Bundesdurchschnittes halten oder vereinzelt den Durchschnitt übersteigen, sind sie gezwungen, andere und vielfach nicht weniger wichtige Aufgaben verkümmern zu lassen.

13. Daß die Leistungskraft der einzelnen Länder auf den ihnen zugewiesenen Aufgabengebieten gewisse Unterschiede aufweist, ist in einem föderativ gegliederten Staatsverband grundsätzlich hinzunehmen. Aber auch im Bundesstaat ist sicherzustellen, daß ein von der Gesamtbevölkerung als Mindestmaß empfundener Standard an öffentlichen Verwaltungsleistungen in allen Ländern erreicht und gehalten werden kann. Angesichts seiner großen Bedeutung für die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des deutschen Volkes gilt dies für das Schul- und Erziehungswesen in besonderem Maße; gerade auf diesem Gebiet darf die Erreichung des Ziels, einen möglichst gleich hohen Leistungsstand in allen Teilen des Bundesgebietes zu gewährleisten, nicht an der Finanzschwäche einzelner Länder scheitern. Diese Gründe rechtfertigen es, gesamtstaatliche Mittel zur Milderung der regionalen Schullasten einzusetzen. Der Bund beschränkt sich hierbei auf eine nach objektiven Merkmalen zu verteilende Finanzhilfe; die Bundesregierung beabsichtigt nicht, auf die Gestaltung des Schulwesens in den Ländern administrativen Einfluß zu nehmen oder die Gewährung der Finanzhilfe an Bedingungen zu knüpfen, die einen Eingriff in die Kompetenzbefugnisse der Länder bedeuteten.

14. Die den Ländern in den Rechnungsjahren 1953 und 1954 zu gewährenden Bundeszuschüsse sind zur anteiligen Deckung der Lasten bestimmt, die den Ländern unmittelbar

oder mittelbar durch die in ihrem Bereich be-
legenen allgemeinbildenden Schulen aller Gat-
tungen erwachsen; zur Ausschaltung regionaler
Ungleichheiten sind nur die Lasten des ersten
bis achten Schuljahrganges berücksichtigt. Die
Zuschüsse sind auf feste Jahresbeträge von je
200 Mill. DM bemessen; diese Summe ent-
spricht etwa 9 v. H. des bundesdurchschnitt-
lichen Zuschußbedarfs für das Schulwesen
überhaupt und etwa 11 v. H. des Zuschuß-
bedarfs für die allgemeinbildenden Schulen.
In den Haushalten der Länder stellen die Zu-
schüsse allgemeine Deckungsmittel dar. Die
Zuschußleistungen werden neben den Leistun-
gen des horizontalen Finanzausgleichs (Art.
106 Abs. 4 GG) gewährt.

15. Zur Gewinnung eines sachgerechten Ver-
teilungsmaßstabes werden Tatbestände her-
angezogen, die die unterschiedliche Belastung
der einzelnen Länder mit Schulaufwendungen
repräsentativ zum Ausdruck bringen und die
statistisch einwandfrei und ohne größeren
Arbeits- und Kostenaufwand ermittelt wer-

den können: die Schülerzahl im Verhältnis
zur Einwohnerzahl. Da die finanziellen
Lasten je Schüler progressiv steigen, je größer
das Verhältnis der Schülerzahl zur Ein-
wohnerzahl ist, wird bei der Verteilung des
Gesamtzuschusses die „Schülerdichte“, soweit
sie 10 v. H. nicht übersteigt, in allen Ländern
außer Betracht gelassen; maßgebend ist die
Schülerzahl nur insoweit, als sie dieses Ver-
hältnis überschreitet. Damit wird erreicht,
daß die Zuschußmittel des Bundes stärker
auf die Länder konzentriert werden, die —
finanziell gesehen — durch eine verhältnis-
mäßig hohe Schülerzahl belastet und infolge-
dessen zu entsprechend hohen Schulauf-
wendungen verpflichtet sind.

Werden einstweilen die vom Statistischen
Bundesamt am 30. Juni 1951 festgestellten
(heute durch zwischenzeitliche Veränderungen
etwas überholten) Zahlen zugrunde gelegt, so
ergeben sich für die einzelnen Länder die aus
der folgenden Berechnung ersichtlichen Zu-
schußbeträge:

Land	Einwohner- zahl (1 000)	Schüler- zahl (1 000)	Schüler- zahl je 1 000 Ein- wohner	Schülerzahl über 100 je 1 000 Ein- wohner (1 000)	Bundes- zuschüsse (Mill. DM)
1	2	3	4	5	6
Baden-Württemberg	6 541,9	888,3	135,8	234,1	23,7
Bayern	9 121,7	1 284,2	140,8	372,0	37,7
Bremen	573,1	71,2	124,2	13,9	1,4
Berlin	2 162,0	245,2	113,4	29,0	2,9
Hamburg	1 639,5	192,3	117,3	28,4	2,9
Hessen	4 370,3	597,7	136,8	160,7	16,3
Lindau	59,7	8,1	135,8	2,1	0,2
Niedersachsen	6 742,1	1 064,6	157,9	390,4	39,5
Nordrhein-Westfalen	13 433,5	1 831,6	136,3	488,2	49,4
Rheinland-Pfalz	3 077,3	430,2	139,8	122,5	12,4
Schleswig-Holstein	2 520,1	386,8	153,4	134,6	13,6
Bundesgebiet	50 241,2	7 000,2	139,3	1 975,9	200,0

16. Für die Neubemessung des Bundesanteils
an der Einkommen- und Körperschaftsteuer
ist, soweit das Gesamtaufkommen den für
1953 zunächst veranschlagten Betrag von
10 800 Mill. DM nicht übersteigt (vgl. Nr. 7
und 8), von dem Entwurf des Gesetzes über
die Inanspruchnahme eines Teils der Ein-
kommen- und Körperschaftsteuer im Rech-
nungsjahr 1953 (BT-Drucksache Nr. 4006)
auszugehen; der aus der Einkommen- und

Körperschaftsteuer zu deckende Fehlbedarf
des Bundeshaushalts ist hier auf 5 038 Mill.
DM veranschlagt worden. Um die Länder-
haushalte gegen die unmittelbaren finanziellen
Auswirkungen der mit diesem Gesetzentwurf
vorgesehenen Steuersenkung abzusichern und
ihnen mindestens einen Einkommen- und
Körperschaftsteuerertrag in der Höhe zu be-
lassen, in der ihnen nach dem Entwurf des
Inanspruchnahmegesetzes bei unverändertem

Steuerrecht Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer verblieben wären (vgl. Nr. 7), ist der Beteiligungsanspruch des Bundes um einen Betrag in der Größenordnung von 900 Mill. DM zu ermäßigen, also auf etwa (5038 — 900 =) 4138 Mill. DM zu bemessen; dieser Betrag entspricht 38,3 v. H. des auf 10 800 Mill. DM veranschlagten Gesamtaufkommens. Nominell ist der Beteiligungsanspruch des Bundes um den an die Länder wieder auszuschüttenden Gesamtzuschußbetrag von 200 Mill. DM (Nr. 14) auf 4338 Mill. DM oder 40,1 v. H. des Gesamtaufkommens zu erhöhen; abgerundet ergibt sich somit eine Bundesbeteiligung von 40 v. H. (= 4320 Mill. DM), aus der Zuschüsse im Betrage von 200 Mill. DM an die Länder zurückfließen, so daß im finanziellen Ergebnis eine Bundesbeteiligung von 4120 Mill. DM oder 38,15 v. H. verbleibt.

17. Die 80%ige Bundesbeteiligung an den Einnahmen, die als mittelbare Folge der Einkommensteuersenkung über den zunächst veranschlagten Gesamtbetrag von 10 800 Mill. DM hinaus erzielt werden, führt unter der Annahme, daß im Rechnungsjahr 1953 Mehreinnahmen in Höhe von 250 Mill. DM aufkommen werden (Nr. 4), dem Bund weitere 200 Mill. DM zu. Haushaltsmäßig steht dieser Betrag dem Bund jedoch erst im Rechnungsjahr 1954 zur Verfügung, da die Feststellung, ob und in welchem Umfange Mehreinnahmen im Rechnungsjahr 1953 tatsächlich aufgekomen sind, erst nach Ablauf dieses Rechnungsjahres getroffen werden kann.

18. Für den Entwurf des Bundeshaushalts 1953 ergeben sich hiernach die folgenden Änderungen:

a) Haushaltsverschlechterungen
Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (Beträge in Mill. DM):

40 v. H. von 10 800 Mill. DM: 4 320

80 v. H. von 250 Mill. DM

(die mit 200 Mill. DM zu veranschlagende Einnahme wird erst im Rechnungsjahr 1954 eingehen):

—
4.320

Bisheriger Ansatz 5.038 718

Zuschüsse an die Länder zur Deckung von Ausgaben auf dem Gebiet des Schulwesens

200

Haushaltsverschlechterungen insgesamt 918

b) Haushaltsverbesserungen
Mehrertrag an Umsatz- und Verbrauchssteuern 140

Entschädigung an die Länder für die Mitwirkung bei der Verwaltung von Bundesabgaben 27

Haushaltsverbesserungen insgesamt 167

Mithin ergibt sich für 1953 ein Kreditbedarf in Höhe der Netto-Haushaltsverschlechterung von (918 — 167 =) 751 Mill. DM.

19. Der Einnahmeausfall, der sich vorübergehend für den Bund ergeben wird, muß erforderlichenfalls durch eine verstärkte Inanspruchnahme von Betriebsmittelkrediten überbrückt werden. Auf Grund des Haushaltsrechts ist der Bundesminister der Finanzen zur Aufnahme von Betriebsmittelkrediten bis zu einem Betrage von 3 Milliarden DM ermächtigt. Der damit gegebene Spielraum erscheint zwar auch unter Berücksichtigung der sich aus diesem Gesetz ergebenden finanziellen Folgen ausreichend; es ist jedoch sicherzustellen, daß Kreditmittel in dieser Größenordnung jederzeit aufgenommen werden können. Die Aufnahme von Betriebsmittelkrediten erfolgt in der Form von Kassenkrediten bei der Bank deutscher Länder oder durch Begebung von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen. Nach Abschnitt III Nr. 14 d des Gesetzes über die Errichtung der Bank deutscher Länder ist der Betrag, den die Bank dem Bund an Betriebsmittelkrediten gewähren darf, auf 1500 Mill. DM begrenzt. Als von der Bank gewährte Betriebsmittelkredite gelten dabei auch die durch Begebung von Schatzwechseln beschafften Kredite, für die die Bank deutscher Länder eine Diskontzusage gegeben hat. Da Schatzwechsel am Geldmarkt nur mit einer solchen Diskontzusage begeben werden, ist nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine Höchstgrenze von insgesamt 1500 Mill. DM für die Aufnahme von Kassenkrediten und Wechselkrediten gesetzt. Die darüber hinausgehende Ermächtigung für den Bundesminister der Finanzen, Betriebsmittelkredite bis zu einem Betrag von 3 Milliarden DM aufzunehmen, kann zur Zeit für den über 1500 Mill. DM hinausgehenden Betrag nur durch die Begebung von unverzinslichen Schatzanweisungen verwirklicht werden.

Da es nicht sicher erschien, daß sich jederzeit ein Betrag in dieser Größenordnung an un-

verzinslichen Schatzanweisungen auf dem Geldmarkt unterbringen läßt, hatte die Bundesregierung beabsichtigt, eine Erhöhung des Kreditplafonds von 1500 Mill. DM auf 2500 Mill. DM vorzuschlagen. In der Zwischenzeit haben jedoch Besprechungen mit der Bank deutscher Länder ergeben, daß die Bundesregierung mit der Befriedigung ihrer Bedürfnisse durch Placierung unverzinslicher Schatzanweisungen in dem voraussichtlich benötigten Betrag oder durch andere mit Hilfe der Bank deutscher Länder auf dem Geld- und Kapitalmarkt durchzuführende Maßnahmen rechnen kann. Die Bundesregierung hat sich daher entschlossen, die Klärung der Frage des Kreditplafonds den Beratungen über den Entwurf des Bundesbankgesetzes zu überlassen, der dem Bundestag zur Zeit vorliegt.

20. Den Ländern fließen nach den hier zugrundeliegenden Schätzungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Rechnungsjahr 1953 zu:

60 v. H. von 10 800 Mill. DM	6 480 Mill. DM
20 v. H. von 250 Mill. DM	50 Mill. DM
Bundeszuschüsse zur Deckung von Ausgaben auf dem Gebiet des Schulwesens	200 Mill. DM
Mithin insgesamt	<u>6 730 Mill. DM</u>

Hierbei ist außer Betracht gelassen, daß die kassenmäßigen Einnahmen der Länder im Rechnungsjahr 1953 um 200 Mill. DM höher sind, weil die vom Bund in Anspruch genommenen 80 v. H. der Mehreinnahmen (200 Mill. DM) erst im Rechnungsjahr 1954 an den Bund abzuführen sind (vgl. dazu Nr. 17).

Der mit 40 v. H. bemessene Anteil des Bundes an dem mit 10 800 Mill. DM veranschlagten Gesamtaufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer verringert sich nach Gegenrechnung der an die Länder auszuschüttenden Zuschüsse (auf Grund der vorläufigen Schätzungsunterlagen) im Ergebnis wie folgt:

für Baden-Württemberg	auf 38,55 v. H.
für Bayern	auf 37,65 v. H.
für Bremen	auf 39,09 v. H.
für Berlin	auf 39,15 v. H.
für Hamburg	auf 39,48 v. H.
für Hessen	auf 38,39 v. H.
für Lindau	auf 36,06 v. H.
für Niedersachsen	auf 36,44 v. H.
für Nordrhein-Westfalen	auf 38,62 v. H.
für Rheinland-Pfalz	auf 37,48 v. H.
für Schleswig-Holstein	auf 35,55 v. H.
für den Bund	auf 38,15 v. H.

IV. Die Einzelvorschriften des Zweiten Teils des Gesetzentwurfs

Zu § 1 Abs. 1: Vgl. Nr. 16.

Zu § 1 Abs. 2: Vgl. Nr. 8.

Die Umlegung der in Anspruch genommenen Mehreinnahmen auf die einzelnen Länder bedarf einer Sonderregelung, weil die erhöhte Inanspruchnahme die Erzielung eines Gesamtaufkommens von 10 800 Mill. DM im ganzen Bundesgebiet (einschl. Berlin) voraussetzt und infolgedessen die aufkommenden Mehreinnahmen sich nicht regional radizieren lassen. Die Bestimmung des Satzes 2 soll die Einhaltung der Vorschrift des Art. 106 Abs. 3 GG sicherstellen, wonach die einzelnen Länder nur nach dem Verhältnis ihres Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer zu steuerlichen Beitragsleistungen an den Bund verpflichtet werden können.

Zu § 2:

Das Verfahren der täglichen Abführung entspricht der Regelung der Vorjahre. Da „Mehreinnahmen“ im Sinne des § 1 Abs. 2 voraussichtlich erstmals im März 1954 aufkommen werden und aus dem Ist-Aufkommen des vergangenen Rechnungsjahres regelmäßig auf das für das neue Rechnungsjahr zu erwartende Aufkommen geschlossen werden kann, ist es gerechtfertigt, im Rechnungsjahr 1954 den für die tägliche Abführung maßgebenden Vomhundertsatz der vorjährigen Aufkommensentwicklung anzupassen; die Erhöhung des Vomhundertsatzes soll jedoch erst nach dem Inkrafttreten der im § 1 Abs. 2 Satz 2 vorgesehenen Rechtsverordnung wirksam und auf den in dieser Rechtsverordnung festgestellten Vomhundertsatz beschränkt werden. Abs. 2 trägt einer etwa notwendig werdenden weiteren Anpassung des Abführungssatzes an die voraussichtlich zu erwartenden Mehreinnahmen (sowohl nach oben wie nach unten) Rechnung, während die Absätze 3 und 4 die erforderlichen Vorschriften über die Fälligkeit von Nachzahlungen und Überzahlungen enthalten.

Zu § 3: Vgl. Nr. 12 bis 15.

Die sogenannte Schüllerrichtzahl (die Zahl der Schüler und Schülerinnen des ersten bis achten Schuljahrganges der allgemeinbildenden Schulen, soweit sie die Zahl von 100 Schülern je 1000 Einwohner übersteigt) ist

ein technisches Hilfsmittel zur methodisch und statistisch einwandfreien, nach objektiven Merkmalen zu bemessenden Verteilung der Zuschüsse auf die einzelnen Länder. Der Begriff der „allgemeinbildenden“ Schulen ist im Gesetz festgelegt; er entspricht dem Sprachgebrauch der Schulstatistik. Zu den Sonderschulen gehören Hilfsschulen, Schulen in Heil-, Pflege- und Fürsorgeanstalten, Schulen für schwerhörige, sechschwache, blinde, sprachkranke usw. Kinder. Die notwendigen statistischen Unterlagen (Einwohnerzahlen und Schülerzahlen) werden vom Statistischen Bundesamt jährlich ermittelt, und zwar soweit die Schulstatistik in Betracht kommt, im Einvernehmen mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und den zuständigen Landesbehörden.

Zu § 4:

Der vorgesehene Zahlungsverkehr entspricht dem Erfordernis, die Zuschüsse den Ländern

laufend zur Verfügung zu stellen und Nachzahlungen sowie Überzahlungen unverzüglich nach ihrer Feststellung auszugleichen.

Dritter Teil

Schlußvorschriften

Zu § 1:

Da der bayerische Kreis Lindau in seiner Haushaltswirtschaft selbständig ist, muß er als mit den übrigen Ländern insoweit vergleichbarer Partner in die vertikale Finanzausgleichsregelung einbezogen werden.

Zu § 2:

Die Notwendigkeit, den Geltungsbereich des Gesetzes auch auf Berlin zu erstrecken, ergibt sich aus den §§ 1, 12 bis 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1).

Anlage 2

DER PRÄSIDENT DES BUNDES RATES

Bonn, den 20. Februar 1953

An den Herrn
Bundeskanzler

Mit Bezug auf das Schreiben vom 30. Januar 1953 — 6 — 52 200 — 243/52 II — beehre ich mich mitzuteilen, daß der Bundesrat in seiner 101. Sitzung am 20. Februar 1953 zu dem

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung

die sich aus der Anlage ergebenden Bemerkungen und Änderungen gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen hat.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz gemäß Artikel 105 Absatz 3 und 106 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 78 des Grundgesetzes seiner Zustimmung bedarf.

Dr. Reinhold Maier

Betr.: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung**I. Allgemeine Bemerkungen**

Der Bundesrat weist darauf hin, daß die Maßnahmen zur Steuersenkung auf dem Gebiet der direkten und indirekten Steuern vom Bundestag und von der Bundesregierung in einem Zeitpunkt gefordert werden, in dem die obere Grenze der Belastung mit Ausgaben im Bundesetat und auch in den Haushalten der Länder und Gemeinden offenbar noch nicht erreicht ist. Zur Zeit wird z. B. über eine Erhöhung der Besoldung im öffentlichen Dienst und über die Kosten wegen der Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge verhandelt, ohne daß die entsprechenden Deckungsmittel in den Haushaltsplänen von Bund, Ländern und Gemeinden bisher nachgewiesen sind. Der Bundesrat hält die geplanten Steuerermäßigungen bei der

Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, aber auch bei den Verbrauchsteuern haushaltswirtschaftlich nicht für unbedenklich. Die Belastung der Verbraucher von Genußmitteln ist bei der gegenwärtigen Lage durchaus gerechtfertigt und unvermeidbar. Die Beseitigung der Sondervergünstigungen bei der Einkommenbesteuerung ist nach dem Abschluß der ersten Aufbauperiode und aus Gründen der Steuervereinfachung geboten. Der Bundesrat würde gegen diese Gesetzesvorlage noch stärkere Bedenken erheben, wenn er nicht die Erwartung hätte, daß die Unabhängigkeit und Organisation der Notenbank im Sinne des Gesetzentwurfs der Bundesregierung über die Bundesnotenbank gewährleistet wird.

II. Änderungsvorschläge**A. Erster Teil**

(Änderung steuerlicher Vorschriften)

1. Zu Artikel 1 Ziff. 1

§ 4 Abs. 4 erhält die folgende Fassung:

„(4) Betriebsausgaben sind die Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt sind. Sie scheiden jedoch bei der Gewinnermittlung insoweit aus, als sie unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung als offensichtlich unangemessen anzusehen sind.“

B e g r ü n d u n g :

Die Fassung des Gesetzentwurfs geht zu weit. Es genügt, wenn als abzugsfähige Betriebsausgaben nur solche Ausgaben anerkannt werden, die nicht offensichtlich unangemessen sind. Es muß vermieden werden, daß die Finanzverwaltung in einer nicht zu überblickenden Zahl von Steuerfällen in

die Notwendigkeit versetzt wird, zu Betriebsausgaben im Sinn ihrer Abzugsfähigkeit Stellung zu nehmen, die vom Standpunkt der Wirtschaft und unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung als vertretbar anzusehen sind. Mit dem vorgeschlagenen Zusatz kann insbesondere etwaigen Mißbräuchen, die sich durch die Aufhebung des § 9 a EStG ergeben, steuerlich entgegengetreten werden.

2. Zu Artikel 1 Ziff. 2 Buchst. b

a) In § 7 c Abs. 2 Ziff. 1 werden die Worte „weder unmittelbar noch mittelbar“ durch das Wort „nicht“ ersetzt.

B e g r ü n d u n g :

Diese Änderung beugt verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten bei der Auslegung des Begriffs „unmittelbar oder mittelbar“ vor. Sie bietet hinreichend Schutz gegen Mißbräuche, läßt aber die

Möglichkeit der Aufnahme eines Kredits, z. B. aus einem laufenden Kontokorrentverhältnis zu. Letzteres kann gerechtfertigt sein, wenn die Ertragslage des Unternehmens die Hingabe von 7c-Geldern an sich ermöglichen, aber eine augenblickliche Anspannung der Liquidität dem entgegenstehen würde.

- b) § 7c Abs. 2 Ziff. 2 erhält die folgende Fassung:

„2. bei Darlehen,

daß sie innerhalb von drei Jahren nicht zurückgezahlt, abgetreten oder beliehen werden. Bei Darlehen mit einer Laufzeit von zehn oder mehr Jahren berührt die in gleichen Jahresraten vorgenommene Tilgung in den ersten drei Jahren die Abzugsfähigkeit nicht.“

Begründung:

Der Gesetzentwurf berücksichtigt nicht die Fälle der Abtretung von Darlehensforderungen. Außerdem muß sichergestellt werden, daß bei Darlehen mit einer längeren Laufzeit die Frage der Abzugsfähigkeit nicht deshalb verneint wird, weil entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen bereits in den ersten drei Jahren eine anteilmäßige Tilgung der Darlehensschuld in gleichen Jahresraten vorgenommen wird.

- c) In § 7c Abs. 3 (neu) ist hinter dem Satz 2 der folgende Satz 3 einzufügen:

„Das gleiche gilt für die nach Absatz 1 Buchstaben a bis e empfangsberechtigten Unternehmen, die erhaltene Zuschüsse und Darlehen an andere im Absatz 1 Buchstaben f und g bezeichnete Empfangsberechtigte weitergeben.“

Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

Begründung:

Ein großer Teil der empfangsberechtigten Wohnungs- und Siedlungsunternehmen hat sich auch in der Vergangenheit als Betreuer für Eigenheim- und Kleinsiedlungsvorhaben betätigt. Es erscheint wünschenswert, daß die verstärkte Förderung des Eigenheims dadurch erleichtert wird, daß die Wohnungsunter-

nehmen ihnen gewährte Darlehen oder Zuschüsse an die von ihnen betreuten Bauherren weiterleiten können.

- d) In § 7c Abs. 3 Satz 4 (neu) ist hinter dem Wort „Bedingungen“ einzufügen:

„unbeschadet eines angemessenen Verwaltungskostenbeitrages“.

- e) In § 7c Abs. 3 erhält der letzte Satz folgende Fassung:

„Beträge, die an das Organ zurückgezahlt worden sind, dürfen bis zu ihrer Rückzahlung an den Darlehensgeber nur im Sinn der Sätze 1 und 2 und nur unverzinslich verwendet werden.“

Begründung:

Diese geänderte Fassung soll sicherstellen, daß das Organ die zurückgezählten Beträge zur Förderung von Wohnungen im Sinn des Absatzes 3 Sätze 1 und 2 verwendet und daß diese Art der Verwendung unverzüglich und in unverzinslicher Form zu geschehen hat.

- f) In § 7c Abs. 4 Satz 1 (neu) sind hinter den Worten „im Fall des Absatzes 1 Buchstabe g“ folgende Worte einzufügen:

„für die vom Bauherrn selbst benutzte Wohnung“.

Begründung:

Hierdurch soll sichergestellt werden, daß der den allgemeinen Betrag von 7 000 DM übersteigende Betrag von 10 000 DM nur für die vom Bauherrn selbst benutzte Wohnung, nicht aber auch für die Einliegerwohnung in Betracht kommt. Für die Einliegerwohnung gilt der allgemeine Höchstbetrag von 7 000 DM.

- g) In § 7c Abs. 4 (neu) wird hinter Satz 2 der folgende Satz 3 eingefügt:

„Die Sätze 1 und 2 sind auch dann anzuwenden, wenn Kaufeigenheime durch Bauherren im Sinne von Absatz 1 Buchstaben a bis e mit der Verpflichtung errichtet werden, sie als Eigenheime zu übertragen.“

Satz 3 wird Satz 4.

Begründung:

Der Fall der Errichtung von Eigenheimen durch Wohnungsunternehmen

und Organe der staatlichen Wohnungspolitik mit der Verpflichtung zur Übertragung an die späteren Bewohner muß in gleicher Weise begünstigt werden wie der private Eigenheimbau, zumal die minderbemittelten Bevölkerungsschichten häufig nicht unmittelbar als Bauherren in Betracht kommen.

- h) § 7 c Abs. 5 (neu) ist folgende Fassung zu geben:

„(5) Die Zuschüsse und Darlehen können als Betriebsausgaben nur bis zu der im § 7 g bestimmten Höhe abgezogen werden.“

Begründung:

siehe Begründung zu § 7 g.

3. Zu Artikel 1 Ziff. 3 Buchst. b

- a) In § 7 d Abs. 2 sind die Sätze 2 und 3 durch folgenden Satz zu ersetzen:
„Die Zuschüsse und Darlehen können als Betriebsausgaben nur bis zu der im § 7 g bestimmten Höhe abgezogen werden.“

Begründung:

siehe Begründung zu § 7 g.

- b) § 7 d Abs. 2 Satz 4 („Die Abzugsfähigkeit der Zuschüsse und Darlehen für jedes Kalenderjahr.“) wird gestrichen.

Begründung:

Verwaltungsmäßige Schwierigkeiten lassen es angezeigt erscheinen, die im Gesetzentwurf vorgesehene Begrenzung der Abzugsfähigkeit der Zuschüsse und Darlehen auf insgesamt 150 Millionen DM jährlich zu streichen. Im übrigen ist die Streichung durch die Neufassung der Sätze 2 und 3 unter Buchstabe a geboten.

- c) In § 7 d Abs. 2 Ziff. 1 Buchst. a werden die Worte „weder unmittelbar noch mittelbar“ durch das Wort „nicht“ ersetzt.

Begründung:

Die Begründung zur Neufassung des § 7 c Abs. 2 Ziff. 1 gilt sinngemäß.

- d) In § 7 d Abs. 2 Ziff. 1 wird Buchstabe d gestrichen.

Begründung:

Die Beibehaltung dieser Bestimmung erscheint überflüssig. Es genügt die Prüfung der Förderungswürdigkeit nach dem Buchstaben c.

- e) § 7 d Abs. 2 Ziff. 2 erhält folgende Fassung:

„bei Darlehen,

daß sie innerhalb von drei Jahren nicht zurückgezahlt, abgetreten oder beliehen werden. Bei Darlehen mit einer Laufzeit von zehn oder mehr Jahren berührt die in gleichen Jahresraten vorgenommene Tilgung in den ersten drei Jahren die Abzugsfähigkeit nicht.“

Begründung:

Hinweis auf die Begründung oben zu § 7 c Abs. 2 Ziff. 2.

- f) § 7 d Abs. 2 letzter Satz wird ein selbständiger Absatz 3. Hinter dem Wort „Darlehen“ ist einzufügen:
„(Absatz 2)“.

Begründung:

Redaktionelle Änderung in Anpassung an die neue Vorschrift im § 7 c Abs. 6 EStG.

4. Zu Artikel 1 Ziff. 3 a (neu)

Hinter Artikel 1 Ziff. 3 ist folgende Ziffer 3 a einzufügen:

„3 a) Hinter dem beabsichtigten § 7 f ist § 7 g in folgender Fassung anzufügen:

„§ 7 g

Die Zuschüsse und Darlehen im Sinn der §§ 7 c, 7 d Abs. 2 und 7 f dürfen als Betriebsausgaben insgesamt höchstens bis 50 v. H. des Gewinns abgezogen werden, der sich vor Abzug der Zuschüsse und Darlehen im Sinn der §§ 7 c, 7 d Abs. 2 und 7 f ergibt.“

Begründung:

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß an Stelle der in Abschnitt I Artikel 1 Ziff. 2 b und Ziff. 3 b vorgesehenen Begrenzungen der Darlehen und Zuschüsse nach dem § 7 c und § 7 d EStG eine auf sämtliche Vergünstigungen nach § 7 c, § 7 d und § 7 f EStG bezogene Höchstgrenze von 50 v. H. eingeführt werden sollte. In einer neu aufzu-

nehmenden Vorschrift ist zum Ausdruck zu bringen, daß es dem Steuerpflichtigen überlassen bleiben soll, nach seiner Wahl die Höchstgrenze von 50 v.H. des Gewinnes im Rahmen der §§ 7 c, 7 d oder 7 f EStG auszunutzen.

5. Zu Artikel 1 Ziff. 5 Buchst. a

- a) Im Buchstaben a Doppelbuchstabe cc Satz 1 werden die Worte: „weder unmittelbar noch mittelbar“ durch das Wort „nicht“ ersetzt.

Begründung:

Die Begründung zur Neufassung des § 7 c Abs. 2 Ziff. 1 gilt sinngemäß.

- b) Buchstabe a Doppelbuchstabe cc Satz 2 erhält die folgende Fassung:

Satz 2:

„Für die im Buchstaben a bezeichneten Beiträge zu Versicherungen auf den Lebensfall ist außerdem Voraussetzung, daß die Versicherungssumme weder ganz noch zum Teil vor Ablauf von drei Jahren nach dem Abschluß des Versicherungsvertrags ausgezahlt oder daß die geleisteten Versicherungsbeiträge nicht vor Ablauf dieser Frist ganz oder teilweise zurückgezahlt werden.“

Begründung:

Es empfiehlt sich, die Beiträge zu Versicherungen auf den Lebensfall anders zu behandeln als die Beiträge an Bausparkassen. Auch durch die neue zum Teil redaktionell veranlaßte Änderung des Gesetzentwurfs soll sichergestellt werden, daß die bisher aufgetretenen Mißbräuche in Zukunft nicht mehr möglich sind.

- c) Buchstabe a Doppelbuchstabe cc Satz 4 erhält die folgende Fassung:

Satz 4:

„Das gleiche gilt, wenn vor Ablauf von drei Jahren die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag abgetreten oder beliehen oder wenn die im Buchstaben b bezeichneten Beiträge an Bausparkassen vor Ablauf von drei Jahren nach Abschluß des Bausparvertrags unter Aufhebung dieses Vertrags zurückgezahlt werden.“

Begründung:

Hinweis auf die Begründung zu Buchstabe b.

6. Zu Artikel 1 Ziff. 6 a (neu)

Hinter Artikel 1 Ziff. 6 ist folgende Ziffer 6 a neu einzufügen:

„6 a. § 32 Abs. 2 Ziff. 1 wird wie folgt geändert:

1. In die Steuerklasse I fallen die Personen, die weder zu Beginn des Veranlagungszeitraums noch mindestens vier Monate in diesem Veranlagungszeitraum verheiratet waren, und Ehefrauen, die in einem dem Ehemann fremden Betrieb unselbständig tätig sind. Auf gemeinsamen Antrag der Ehegatten können statt der Einkünfte der Ehefrau die Einkünfte des Ehemannes nach Steuerklasse I versteuert werden, wenn er ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezieht.“

Begründung:

Siehe Begründung zu Artikel 2.

7. Zu Artikel 1 Ziff. 10

In Ziffer 10 ist folgender Buchstabe b einzufügen:

„b) Absatz 2 Ziffer 1 wird wie folgt geändert:

1. In die Steuerklasse I fallen die Arbeitnehmer, die nicht verheiratet sind, und Ehefrauen, die in einem dem Ehemann fremden Betrieb unselbständig tätig sind. Auf gemeinsamen Antrag der Ehegatten können statt der Einkünfte der Ehefrau die Einkünfte des Ehemannes nach Steuerklasse I versteuert werden, wenn er ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezieht.“

Der bisherige Buchstabe b wird Buchstabe c.

Begründung:

Siehe Begründung zu Artikel 2.

8. Zu Artikel 2

Artikel 2 ist zu streichen.

Begründung:

Gegen die im Gesetzentwurf vorgesehene Zusammenveranlagung der Ehegatten bestehen grundsätzliche Bedenken. Im Hinblick auf die durch die Zusammenveranlagung eintretenden Härten erscheint es zweckmäßig, die Klärung dieser Frage bis zur großen Steuerreform zurückzustellen und den bestehenden Rechtszustand beizubehalten.

Es erscheint jedoch nicht gerechtfertigt, der Ehefrau, die in einem dem Ehegatten fremden Betrieb unselbständig tätig ist, neben dem Ehemann die Familienermäßigung zu gewähren. Es ist in diesen Fällen angebracht, die Besteuerung der Ehefrau grundsätzlich nach der Steuerklasse I vorzunehmen. Auf gemeinsamen Antrag der Ehegatten können die Finanzämter in gewissen Fällen eine für den Steuerpflichtigen günstigere Regelung der Besteuerung treffen.

9. Zu Artikel 4 Abs. 7

Im letzten Satz werden hinter den Worten „mit der Maßgabe anzuwenden, daß“ folgende Worte eingefügt:

„bei erstmaliger Inanspruchnahme für den Veranlagungszeitraum 1951“

Begründung:

Auch in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige erstmalig für den Veranlagungszeitraum 1952 die Steuervergünstigung des § 32 b EStG in Anspruch genommen hat, ist § 34 Abs. 1 EStG anzuwenden. Es besteht aber in dem Fall keine Veranlassung, den Steuersatz auf höchstens 20 v. H. zu begrenzen. Das erscheint nur bei denjenigen Steuerpflichtigen angebracht, die bereits erstmalig für den Veranlagungszeitraum 1951 die Versteuerung des gewerblichen Gewinns gemäß § 32 b EStG beantragt haben.

10. Zu Artikel 6

Der Bundesrat weist darauf hin, daß in dem Gesetzentwurf der Senkung der Einkommensteuertarife keine gleichwertige Senkung des Körperschaftsteuersatzes gegenübersteht. Die vorgesehene steuerliche Begünstigung der Gewinnausschüttungen (40 v. H. des Einkommens) gleicht diesen Mangel nicht in genügendem Maße

aus. Die Kapitalgesellschaften werden durch den Wegfall der Begünstigungen ebenso getroffen wie die Einkommensteuerpflichtigen.

Der Bundesrat ist im übrigen der Auffassung, daß eine weitere steuerliche Förderung des Kapitalmarktes unter besonderer Berücksichtigung der echten Beteiligungspapiere in Aussicht zu nehmen ist.

11. Zu Artikel 9

Im Satz 1 werden nach dem Wort „wird“ folgende Worte eingefügt:

„mit erstmaliger Wirkung für den Veranlagungszeitraum 1952“

Begründung:

Dieser Zusatz hat nur klarstellende Bedeutung. Das, was in Artikel 9 ausgesprochen wird, ist bereits jetzt in einer Durchführungsverordnung zum Investitionshilfegesetz gesagt.

12. Zu Artikel 12

Absatz 2 Ziffer 1 erhält folgende Fassung:

„1. Für den Erhebungszeitraum, für den der nach § 12 Abs. 5 des Gewerbesteuergesetzes maßgebende Einheitswert den Hilfswert um mehr als 10 v. H., mindestens aber um 5 000 DM übersteigt;“

Begründung:

Diese Fassung soll sicherstellen, daß auch in den Fällen, in denen der den Gewerbesteuerveranlagungen zugrunde gelegte Hilfswert nur unwesentlich unter dem Einheitswert zurückbleibt, von einer Änderung der vorläufigen Gewerbesteuerveranlagungen Abstand genommen wird. Die Änderung der Gewerbesteuerveranlagungen soll also nur in wirklich lohnenden Fällen erfolgen.

13. Der Bundesrat empfiehlt der Bundesregierung, in das Steueränderungsgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, die alle Wiedergutmachungsleistungen der öffentlichen Hand von der Einkommensteuer freistellt entsprechend § 110 des Entwurfs eines Bundesentschädigungsgesetzes (BR-Drucks. Nr. 413/2/52).

B. Zweiter Teil

(Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in den Rechnungsjahren 1953 und 1954)

Der Zweite Teil des Entwurfs (§§ 1—4) wird gestrichen und der Entwurf eines Gesetzes über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer durch den Bund im Rechnungsjahr 1953 (BT-Drucks. Nr. 4006) mit den Änderungsvorschlägen des Bundesrates zu diesem Gesetzentwurf (BR-Drucks. Nr. 472/52 — Beschluß —) — Bundesanteil von 37 v. H. ohne Rücksicht auf die Höhe des Aufkommens und Garantieklausel — aufrechterhalten. Die Garantieklausel ist jedoch dahin zu ändern, daß den Ländern ein Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer in Höhe von 100 v. H. ihres Nettoaufkommens im Rechnungsjahr 1952 garantiert wird. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ist dabei um die Beträge zu erhöhen, die das Land auf Grund des Zerlegungsgesetzes an andere Länder gezahlt hat.

B e g r ü n d u n g :

Der durch die im Entwurf vorgesehenen Zuschüsse des Bundes an die Länder zu

bewirkende Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder stellt tatsächlich ein Element des horizontalen Finanzausgleichs dar und muß deshalb diesem vorbehalten bleiben. Durch den Wegfall der Bundeszuschüsse ermäßigt sich der im Gesetzentwurf vorgesehene Bundesanteil auf 38,15 v. H. Aus den in der BR-Drucks. Nr. 472/52 (Beschluß) dargelegten Gründen kann aber nur eine Inanspruchnahme von 37 v. H. verbunden mit der oben bezeichneten Garantie für die Länder als tragbar angesehen werden. Die Beträge, die nach dem Zerlegungsgesetz abzuführen sind, sollen außer Ansatz bleiben, damit nicht der Bund die Auswirkungen der Zerlegung, wie es bei der jetzt geltenden Regelung weitgehend der Fall ist, zu tragen hat.

C. Dritter Teil

(Schlußvorschriften)

15. § 1 ist zu streichen.

Die §§ 2 und 3 werden §§ 1 und 2.

B e g r ü n d u n g :

Siehe Begründung zu Nr. 14.

Anlage 3

Betr.: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung

Stellungnahme der Bundesregierung

zu den Bemerkungen und Änderungsvorschlägen des Bundesrates

vom 20. Februar 1953

Der Bundesrat hat in seiner 101. Sitzung am 20. Februar 1953 zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung eine Reihe von Änderungsvorschlägen beschlossen, zu denen wie folgt Stellung genommen wird:

Zu I. Allgemeine Bemerkungen

Die Bundesregierung verweist auf die ausführlichen Darlegungen im Abschnitt I des Ersten Teils und in den Abschnitten I und II des Zweiten Teils der Begründung zum Gesetzentwurf.

Zu II. A. Erster Teil

(Änderung steuerlicher Vorschriften)

1. Zu Artikel 1 Ziff. 1 des Entwurfs (Änderung des § 4 Abs. 4 EStG, Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben); zu Ziffer 1 der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der durch den Bundesrat vorgeschlagenen Neufassung des § 4 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß das Wort „offensichtlich“ gestrichen wird. Die Einfügung des Wortes „offensichtlich“ bedeutet gegenüber der Regierungsvorlage eine materielle Einschränkung, der nicht beigetreten werden kann. Die Regierungsvorlage ist davon ausgegangen, daß den Finanzämtern eine gesetzliche Grundlage in die Hand gegeben werden muß, um Auswüchsen bei der Geltendmachung von Unkosten bei den Steuerpflichtigen wirksam entgegenzutreten zu können. Es ist mit Vorbedacht davon abgesehen worden, die Beschränkung auf „offensichtlich“ unangemessene Aufwendungen in den Text der Vorschrift aufzunehmen, weil dies dazu geführt hätte, die Maßnahmen der Finanzämter gegen die mißbräuchliche Geltendmachung von Aufwendungen als Betriebsausgaben wesentlich zu erschweren. Die Befürchtung, daß die Finanzämter zu weitgehend von der einschränkenden Möglichkeit der Regierungsvorlage Gebrauch machen könnten, wird in ausreichender Weise dadurch ausgeräumt, daß die Finanzämter in den Einkommensteuer-Richtlinien 1953 angewiesen werden sollen, daß nur wirkliche Auswüchse durch die Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben getroffen werden sollen. § 4 Abs. 4 EStG muß demnach die folgende Fassung erhalten:

„(4) Betriebsausgaben sind die Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt sind. Sie scheiden jedoch bei der Gewinnermittlung insoweit aus, als sie unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung als unangemessen anzusehen sind.“

2. Zu Artikel 1 Ziff. 2 des Entwurfs

(Einschränkungen bei § 7 c EStG)

a) (§ 7 c Abs. 2 Ziff. 1)

zu Ziffer 2 a der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Regierungsentwurf sieht in der in Artikel 1 Ziff. 2 Buchst. b vorgeschlagenen Fassung des § 7 c Abs. 2 Ziff. 1 EStG vor, daß die Zuschüsse und Darlehen weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen dürfen. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Worte „weder unmittelbar noch mittelbar“ durch das Wort „nicht“ ersetzt werden können. Dieser Auffassung kann nicht zugestimmt werden. Würde ihr gefolgt werden, so würde nach der geltenden Rechtsprechung und Verwaltungsübung lediglich der unmittelbare wirtschaftliche Zusammenhang die steuerliche Vergünstigung ausschließen. Mit Rücksicht auf die vielfach vorgekommenen Mißbräuche muß die Möglichkeit bestehen bleiben, daß auch ein mittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang zur Versagung der Vergünstigung führt.

b) (§ 7 c Abs. 2 Ziff. 2)

zu Ziffer 2 b der Änderungsvorschläge des Bundesrates

In Artikel 1 Ziff. 2 Buchst. b des Entwurfs ist vorgesehen, daß Darlehen innerhalb von drei Jahren nicht zurückgezahlt oder beliehen werden dürfen. Der Bundesrat hat beschlossen, auch die Abtretung auszuschließen. Andererseits soll nach Auffassung des Bundesrates bei Darlehen mit einer Laufzeit von 10 oder mehr Jahren die in gleichen Jahresraten vorgenommene Tilgung in den ersten drei Jahren die Abzugsfähigkeit des Darlehens nicht berühren.

Gegen diese Vorschläge bestehen keine Bedenken.

c) (§ 7 c Abs. 3)

zu Ziffer 2 c der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Bundesrat wünscht in den neuen Absatz 3 des § 7 c EStG einen Satz einzufügen, durch den die nach § 7 c EStG empfangsberechtigten Wohnungs- und Siedlungsunternehmen ebenso wie die Organe der staatlichen Wohnungspolitik berechtigt werden sollen, erhaltene

7c-Mittel an private Bauherren und Bauherren von Eigenheimen weiterzugeben. Dem Vorschlag des Bundesrates kann nicht beigetreten werden. Die Förderung des Eigenheimbaus ist durch Aufnahme der Bauherren von Eigenheimen in den Kreis der Empfangsberechtigten (neuer Buchstabe g des § 7 c Abs. 1 EStG) und durch die Erhöhung des bei Zuschüssen oder Darlehen an diese Bauherren abzugsfähigen Betrags von 7 000 DM auf 10 000 DM (neuer Absatz 4 des § 7 c EStG) ausreichend sichergestellt. Darüber hinaus bedeutet der Vorschlag des Bundesrates eine Ausweitung, die mit der Tendenz des Entwurfs, die Vergünstigungen abzubauen, nicht vereinbar ist.

- d) (§ 7 c Abs. 3 Satz 3; „Satz 4“ im Änderungsvorschlag wohl irrtümlich)

zu Ziffer 2d der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Bundesrat hat weiterhin vorgeschlagen, im Satz 3 des neuen Absatzes 3 des § 7 c EStG hinter dem Wort „Bedingungen“ die Worte „unbeschadet eines angemessenen Verwaltungskostenbeitrags“ einzufügen. Diese Einfügung ist überflüssig, da durch Anweisung in den Einkommensteuer-Richtlinien 1952 auch schon für die Vergangenheit eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 2 v. H. und eine laufende Verwaltungsgebühr von 0,5 v. H. zugelassen wird.

- e) (§ 7 c Abs. 3 Satz 4)

zu Ziffer 2e der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

- f) (§ 7 c Abs. 4 Satz 1)

zu Ziffer 2f der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Gegen die Beschränkung der Vergünstigung (Erhöhung von 7 000 DM auf 10 000 DM) auf die vom Bauherrn selbst benutzte Wohnung werden im Hinblick auf die vordringliche Förderung des Baues von Eigenheimen auch mit zwei Wohnungen Bedenken erhoben. Es wird vorgeschlagen, es bei der Regierungsvorlage zu belassen.

- g) (§ 7 c Abs. 4)

zu Ziffer 2g der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Bundesrat wünscht, die Vergünstigung des § 7 c EStG auch auf die Fälle auszudehnen, in denen Eigenheime durch Wohnungsunternehmen und Organe der staatlichen Wohnungspolitik mit der Verpflichtung errichtet werden, sie an die späteren Bewohner zu übereignen. Dieser Vorschlag bedeutet eine Erweiterung des § 7 c EStG, die in dem Zeitpunkt, in dem § 7 c EStG sowohl sachlich weitgehend eingeschränkt als auch zeitlich begrenzt wird, nicht gutgeheißen werden kann. Darüber hinaus stellt er eine Komplizierung der Vorschrift dar, die mit dem Bestreben nach Vereinfachung des Steuerrechts nicht zu vereinbaren ist.

- h) (§ 7 Abs. 5)

zu Ziffer 2h der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Beschluß, den Absatz 5 des Entwurfs dadurch zu ersetzen, daß die Zuschüsse und Darlehen als Betriebsausgaben nur bis zu der im § 7 g bestimmten Höhe abgezogen werden können, hängt mit der beschlossenen Neueinführung des § 7 g zusammen. Dieser enthält eine Begrenzung der Zuschüsse und Darlehen im Sinn der §§ 7 c, 7 d Abs. 2 und 7 f als Betriebsausgaben auf insgesamt höchstens 50 v. H. des Gewinns. Im Zusammenhang damit soll die besondere Grenze von 15 v. H. des Gewinns in Absatz 5 gegenstandslos sein. Die Bundesregierung ist trotz grundsätzlicher Zustimmung zu dem Gedanken des § 7 g mit dem Wegfall der bisher vorgesehenen Fassung des § 7 c Abs. 5 nicht einverstanden, sondern der Auffassung, daß es nach wie vor auch bei der Beschränkung auf 15 v. H. bleiben müsse, die sich jedoch nicht auf Zuschüsse und Darlehen für den Bau von Wohnungen der Arbeitnehmer bezieht.

3. Zu Artikel 1 Ziff. 3 Buchst. b des Entwurfs
(Einschränkungen bei § 7 d Abs. 2 EStG)

- a) (§ 7 d Abs. 2 Sätze 2 bis 4)

zu Ziffer 3a und Ziffer 3b der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Hier gilt im wesentlichen das gleiche wie oben zu 2. Buchstabe h. Die Bundesregierung ist auch beim Schiffbau der Auffassung, daß für Zuschüsse und Darlehen, soweit es sich nicht um Aufwendungen zur Förderung von Neubauten handelt, die im Rahmen eines Schiffbauprogramms mit Hilfe von Bundesmitteln durchgeführt werden, die besondere Grenze von 15 v. H. des Gewinns neben der Gesamtbegrenzung des § 7 g bestehenbleiben soll. Dies erscheint aus Gründen der Lenkung der Mittel erforderlich. Die Bundesregierung ist jedoch bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Sätze 2 und 3 in der Fassung der Regierungsvorlage mit der Streichung des Satzes 4, der die außerhalb der 15 v. H. abzugsfähigen Zuschüsse und Darlehen hier auf 150 Millionen DM im Kalenderjahr beschränkt, aus Vereinfachungsgründen einverstanden. Redaktionell wird empfohlen, den Absatz 2 Satz 3 wie folgt zu fassen:

„Das gilt nicht für Zuschüsse und Darlehen zur Förderung von Neubauten, die im Rahmen eines Schiffbauprogramms mit Hilfe von Bundesmitteln durchgeführt werden.“

b) (§ 7 d Abs. 2 Ziff. 1 Buchst. a)

zu Ziffer 3 c der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Vorschlag des Bundesrates, in § 7 d Abs. 2 Ziff. 1 Buchst. a EStG die Worte „weder unmittelbar noch mittelbar“ durch das Wort „nicht“ zu ersetzen, entspricht dem Vorschlag zu § 7 c Abs. 2 Ziff. 1 EStG. Ihm kann nicht zugestimmt werden. Vgl. hierzu die Stellungnahme in Ziffer 2 Buchstabe a.

c) (§ 7 d Abs. 2 Ziff. 1 Buchst. d)

zu Ziffer 3 d der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der vom Bundesrat vorgeschlagenen Streichung des § 7 d Abs. 2 Ziff. 1 Buchst. d EStG kann nicht zugestimmt werden. Das Verfahren zur Prüfung, ob die hingegebenen Zuschüsse und Darlehen als den zu fördernden Zwecken dienlich anerkannt werden können, umfaßt die Prüfung der Frage, ob die Finanzierung des Bauvorhabens gesichert ist. Auf diese Prüfung kann nicht verzichtet werden.

d) (§ 7 d Abs. 2 Ziff. 2)

zu Ziffer 3 e der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Gegen die vorgeschlagene Änderung des § 7 d Abs. 2 Ziff. 2 EStG sind Bedenken nicht geltend zu machen. Sie entspricht der Änderung in § 7 c Abs. 2 Ziff. 2 EStG. Vgl. hierzu die Stellungnahme in Ziffer 2 Buchstabe b.

e) (§ 7 d Abs. 2 letzter Satz)

zu Ziffer 3 f der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Es handelt sich hier nur um eine redaktionelle Änderung, gegen die Bedenken nicht zu erheben sind.

4. Zu Artikel 1 Ziff. 2 und 3 des Entwurfs

(vom Bundesrat vorgeschlagene neue Ziffer 3 a)

(Einschränkungen bei §§ 7 c und 7 d Abs. 2 EStG)

zu Ziffer 4 der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Bundesrat hat mit Rücksicht darauf, daß bei Inanspruchnahme der §§ 7 c, 7 d Abs. 2 und des in einem besonderen Gesetzentwurf vorgesehenen neuen § 7 f (Begünstigung von Zuschüssen und Darlehen an die Lastenausgleichsbank zugunsten des Lastenausgleichsfonds) der Steuerpflichtige nach wie vor in der Lage ist, seinen gesamten Gewinn steuerfrei zu stellen, beschlossen, eine allgemeine Höchstgrenze für die Abzugsfähigkeit von Zuschüssen und Darlehen im Sinn der §§ 7 c, 7 d Abs. 2 und 7 f EStG einzuführen. Gegen die Einführung dieser allgemeinen Höchstgrenze werden von der Bundesregierung Bedenken nicht erhoben.

Im Gegensatz zu der Auffassung des Bundesrates hält die Bundesregierung jedoch die Einzelbegrenzungen in § 7 c Abs. 5 und § 7 d Abs. 2 daneben für erforderlich (vgl. oben). Im Hinblick auf die außerordentliche Dringlichkeit des Baues von Wohnungen für die Arbeitnehmer ist die Bundesregierung außerdem der Auffassung, daß im § 7 g folgender zweiter Satz hinzugefügt werden müßte:

„Das gilt nicht für Zuschüsse und Darlehen, durch die der Steuerpflichtige den

Bau von Wohnungen für seine Arbeitnehmer fördert.“

Hierdurch würde erreicht, daß auch im Falle von Betriebsverlusten oder geringen Gewinnen der Arbeitnehmerwohnungsbau nach wie vor programmäßig gefördert werden könnte.

5. Zu Artikel 1 Ziff. 5 Buchst. a Doppelbuchst. cc des Entwurfs (Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Sonderausgaben) zu Ziffer 5 der Änderungsvorschläge des Bundesrates

- a) Der Regierungsentwurf sieht in § 10 Abs. 1 Ziff. 2 EStG für die Abzugsfähigkeit der hier zu a bis d bezeichneten Aufwendungen vor, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Aufnahme eines Kredits stehen. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Worte „weder unmittelbar noch mittelbar“ durch das Wort „nicht“ ersetzt werden können. Dieser Ansicht kann aus den in Ziffer 2 Buchstabe a dieser Stellungnahme aufgeführten Gründen nicht zugestimmt werden.
- b) In Buchstabe a Doppelbuchstabe cc Satz 2 der Ziffer 5 der Regierungsvorlage werden besondere Voraussetzungen für den Abzug von Beiträgen zu Versicherungen auf den Lebensfall und an Bausparkassen gefordert. Der Bundesrat schlägt eine Erweiterung dieser Vorschrift dahin vor, daß auch die Rückzahlung von Versicherungsbeiträgen vor Ablauf von drei Jahren nach dem Abschluß des Versicherungsvertrags steuerschädlich ist. Der Vorschlag ist in Anbetracht der auch hier aufgetretenen Mißbräuche sehr zweckmäßig; ihm wird deshalb zugestimmt.
- c) Außerdem schlägt der Bundesrat ein Abtretungsverbot für die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag innerhalb der ersten drei Jahre nach Vertragsabschluß und ein Rückzahlungsverbot für die Bausparkassenbeiträge innerhalb desselben Zeitraums vor. Da auch diese Vorschläge die Beseitigung von Mißbräuchen bezwecken, schließt sich die Bundesregierung an. Eine Regelung über die Behandlung der Auszahlung der Bausparsumme und die Beleihung des Anspruchs aus dem Bau-

sparvertrag innerhalb der ersten drei Jahre ist in der beschlossenen Fassung nicht enthalten, wäre aber wünschenswert.

6. Zu Artikel 1 Ziff. 6 und 10 und Artikel 2 des Entwurfs (Steuerklassen, Streichung des § 43 EStDV)

zu Ziffern 6 bis 8 der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Bundesrat hat beschlossen, den Artikel 2 des Entwurfs zu streichen (Ziffer 8 der Änderungsvorschläge). Damit würde der bisherige Zustand, nach dem Einkünfte der Ehefrau aus nichtselbständiger Arbeit aus einem dem Ehemann fremden Betrieb bei der Zusammenveranlagung ausscheiden, bestehenbleiben. Dem kann die Bundesregierung nicht zustimmen. Die Bestimmung, daß Arbeitseinkünfte der Ehefrau aus einem dem Ehemann fremden Betrieb von der Zusammenveranlagung ausgenommen werden, wurde in der Kriegszeit zur Förderung des Einsatzes der Frauen in der Kriegswirtschaft geschaffen. Die arbeitspolitische Lage, die zur Einführung dieser Vorschrift geführt hat, besteht längst nicht mehr. Die Aufhebung der Vorschrift ist dringend erforderlich. Die bevorzugte Behandlung dieser Arbeitseinkünfte der Ehefrau verträgt sich nicht mit dem Grundsatz der steuerlichen Gleichmäßigkeit. Sie bedeutet eine einseitige Bevorzugung der Ehefrauen, die in einem Dienstverhältnis stehen, gegenüber den Ehefrauen, die selbständig tätig sind, und deren Einkünfte schon bisher voll in die Zusammenveranlagung einbezogen werden. Die Bestimmung des § 43 EStDV bedeutet aber auch eine ungerechte Bevorzugung der Ehen, in denen die Ehefrau in einem Arbeitsverhältnis steht, gegenüber den Ehen, bei denen die Ehefrau nicht mitarbeiten kann, weil sie die Kinder versorgen muß. Es kann nicht bestritten werden, daß gegenüber diesen Ehen diejenigen Ehen, in denen beide Ehegatten Arbeitseinkünfte haben, wirtschaftlich leistungsfähiger sind. Es ist deshalb ungerecht, daß diese wirtschaftlich leistungsfähigeren Ehepaare, deren Zahl zudem bei rund 12,5 Millionen Familienhaushaltungen nur etwa 600 000 beträgt, steuerlich bevorzugt werden.

Es trifft zwar zu, daß heute viele Ehefrauen mitarbeiten, um die Grundlagen des gemeinsamen Haushalts mit zu erarbeiten.

Diesem Gesichtspunkt wird aber in ausreichendem Maße dadurch Rechnung getragen, daß diejenigen Ehegatten, deren gemeinsames Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit gering ist, weiter geschont werden sollen. Die Zusammenveranlagung wird nach dem Entwurf nicht durchgeführt, wenn die Arbeitseinkünfte beider Ehegatten 7 200 DM jährlich nicht übersteigen.

Diese Bedenken werden auch dadurch nicht nennenswert gemildert, daß nach dem Beschluß des Bundesrates künftig die in einem dem Ehemann fremden Betrieb tätige Ehefrau in die Steuerklasse I fallen soll. Bei dieser Kompromißlösung bleibt es bei einer halben Maßnahme, die den Grundsatz der Zusammenveranlagung nach wie vor in höchst unorganischer Weise durchbricht. Auch würde sich gegenüber der Regierungsvorlage ein sehr beträchtlicher Ausfall von annähernd jährlich 100 Millionen DM ergeben.

Die weitere Fassung des Beschlusses, wonach auf gemeinsamen Antrag der Ehegatten statt der Einkünfte der Ehefrau die Einkünfte des ausschließlich als Arbeitnehmer tätigen Ehemanns nach Steuerklasse I versteuert werden können, stößt auf außerordentlich große technische Schwierigkeiten und ist schon daher nicht zu empfehlen.

Ergänzend wird noch darauf hingewiesen, daß bei Streichung des Artikels 2 des Gesetzentwurfs auch Ziffer 12 des Artikels 1 sinngemäß in Fortfall kommen müßte. Ein ausdrücklicher Beschluß des Bundesrates hierzu liegt nicht vor.

7. Zu Artikel 4 Abs. 7 des Entwurfs

(Übergangsvorschriften zum Wegfall des § 32 b EStG)

zu Ziffer 9 der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Dem Änderungsvorschlag des Bundesrates wird aus dem Gesichtspunkt heraus zugestimmt, daß Steuerpflichtige, die die Besteuerung nach § 32 b EStG bereits für den Veranlagungszeitraum 1951, also regelmäßig in der Vergangenheit beantragt haben, bei der Nachbesteuerung eine besondere Vergünstigung verdienen.

8. Zu Artikel 9 des Entwurfs

(Änderung des § 36 des Investitionshilfegesetzes)

zu Ziffer 11 der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Gegen die Einfügung der Worte „mit erstmaliger Wirkung für den Veranlagungszeitraum 1952“ im Satz 1 des Artikels 9 bestehen keine Bedenken. Die Einfügung dient der Klarstellung.

9. Zu Artikel 12 des Entwurfs

(Abwicklung der vorläufigen Gewerbesteuerfestsetzungen für das Gewerbekapital)
zu Ziffer 12 der Änderungsvorschläge des Bundesrates

Der Neufassung des Absatzes 2 Ziff. 1 des Artikels 12 nach dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt. Der Vorschlag dient der Vereinfachung.

Zu II. B. Zweiter Teil

(Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in den Rechnungsjahren 1953 und 1954)

1. Die ablehnende Haltung des Bundesrates zum Zweiten Teil des Gesetzentwurfs ist mit der im wesentlichen zustimmenden Stellungnahme des Bundesrates zum Ersten Teil nicht vereinbar. Der Gesetzentwurf stellt ein einheitliches Ganzes dar; seine Teile stehen in einem unlöslichen, sich gegenseitig bedingenden finanzwirtschaftlichen Zusammenhang. Erklärt sich der Bundesrat mit der Steuersenkung und dem dadurch verursachten Steuerausfall einverstanden, so hat er als verantwortliches Bundesorgan auch die aus einem solchen Entschluß sich ergebende haushaltswirtschaftliche Konsequenz zu ziehen. Mit einer Ablehnung der Vorschriften, die den Steuerausfall staatswirtschaftlich tragbar gestalten und die öffentliche Haushaltsführung ohne Gefährdung der Währung sicherstellen sollen, würde der Bundesrat der von ihm befürworteten Änderung steuerlicher Vorschriften die finanzwirtschaftlichen Grundlagen entziehen und die geplante Steuersenkung selbst unmöglich machen.
2. Nach der Gesamtkonzeption des Gesetzentwurfs übernimmt der Bund den Einnahmeausfall, der sich aus der Steuersenkung unmittelbar ergibt. Die dadurch im Bundeshaushalt entstehende Deckungs-

- lücke kann zunächst nur durch Inanspruchnahme von Überbrückungskrediten geschlossen werden. Es entspricht den Grundsätzen einer verantwortlichen, auf Sicherung der Währung bedachten Finanzpolitik, Umfang und Dauer dieser Zwischenfinanzierung aufs äußerste zu beschränken. Ausschließlich diesem Zweck sollen die Mehreinnahmen vorbehalten bleiben, die sich aus der mit der Steuersenkung ausgelösten volkswirtschaftlichen Belegungswirkung in den kommenden Rechnungsjahren ergeben werden. Daraus folgt die Notwendigkeit, die Verfügungsmacht über diese Mehreinnahmen dem Bund zuzuweisen. Auch im Verhältnis zu den Ländern ist eine solche Regelung billig und sachlich gerechtfertigt, weil sie nur die Konsequenz der bundesseitigen Übernahme des Ausfallrisikos und damit der Absicherung der Länder gegen Haushaltsverschlechterungen darstellt. Die Bundesregierung kann deshalb nicht darauf verzichten, daß der Bund an den Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Sinn des § 1 Abs. 2 des Zweiten Teils bis zum Gesamtbetrag des voraussichtlichen Einnahmeausfalls mit 80 v. H. beteiligt wird.
3. Die in den §§ 3 und 4 des Zweiten Teils vorgesehenen Bundeszuschüsse an die Länder sollen die Inanspruchnahme der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch den Bund in verfassungsrechtlich zulässiger Form auch für die leistungsschwächeren Länder tragbar gestalten. Die Auffassung der Mehrheit des Bundesrates, dieser Ausgleich müsse einer Regelung nach Artikel 106 Abs. 4 GG vorbehalten bleiben, ist verfassungsrechtlich nicht haltbar, da Artikel 106 Abs. 3 GG den hier vorgesehenen Ausgleich ausdrücklich vorsieht. Der vom Bundesrat befürwortete Wegfall der Bundeszuschüsse bedeutet in Verbindung mit der von ihm angestrebten Herabsetzung des Bundesanteils auf 37 v. H. im finanzwirtschaftlichen Ergebnis eine einseitige Begünstigung der leistungsfähigeren Länder auf Kosten des Bundes und zum Teil auf Kosten der leistungsschwächeren Länder. Durch den horizontalen Finanzausgleich wird dieses unbefriedigende Ergebnis keineswegs angemessen korrigiert, wie die gleichzeitige Entschließung des Bundesrates zum Entwurf des Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern in den Rechnungsjahren 1953 und 1954 erkennen läßt.
 4. Gegenüber der Forderung des Bundesrates nach Garantie der diesjährigen Ländereinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer verweist die Bundesregierung auf ihre Darlegungen unter Nr. 2 der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Inanspruchnahme eines Teils der Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Rechnungsjahr 1953 (BT-Drucksache Nr. 4006). Der Entschluß, den durch die Steuersenkung zunächst verursachten Einnahmeausfall auf den Bundeshaushalt zu übernehmen, stellt ein finanzpolitisches Wagnis dar, das keine weitere Belastung durch eine Bundesgarantie bestimmter Ländereinnahmen verträgt.
 5. Der Forderung des Bundesrates, den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf 37 v. H. herabzusetzen, kann die Bundesregierung schon deshalb nicht entsprechen, weil sich inzwischen neue Tatbestände ergeben haben, die zu wesentlichen, bisher nicht veranschlagten Mehrbelastungen des Bundeshaushalts führen werden. Vor allem stellt die ungewöhnliche Steigerung des Zustroms von Sowjetzonen-Flüchtlingen gegenwärtig und auf abschärbare Zeit an den Bundeshaushalt finanzielle Anforderungen von solchem Ausmaß, daß eine Deckung des zusätzlichen Bedarfs nur mit Hilfe der Länder möglich ist. Der Bundesrat hat am 23. Januar 1953 zur Errichtung von Unterkünften für Sowjetzonen-Flüchtlinge in den Aufnahmeländern die Bereitstellung von 350 Millionen DM aus Bundesmitteln gefordert. Schon jetzt ist erkennbar, daß dem Bundeshaushalt durch die vorläufige und endgültige Unterbringung dieser Flüchtlinge, die Ausstattung der Unterkunftsräume und die Sicherstellung des Lebensunterhalts (Versicherung, Versorgung, Fürsorge) im Rechnungsjahr 1953 Ausgaben erwachsen, die den vom Bundesrat geforderten Betrag erheblich übersteigen; ein ansehnlicher Teil dieser Ausgabemittel fließt den Ländern als zusätzliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu. Die Bundesregierung sieht sich aus diesen Gründen gezwungen, an ihrer Forderung auf 40%ige Bundesbeteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer selbst dann festzuhalten, wenn ihr Vorschlag, den Ländern in der Form von Bundeszuschüssen Rücküberweisungen zu gewähren, von den gesetzgebenden Organen nicht gebilligt werden sollte.